

Jahrestagung

Nachhaltigkeit im Dialog

Großer Konvent der Schader-Stiftung

Dokumentation der Jahrestagung am 14. November 2014

Schader-Stiftung (Hrsg.)



Schader Stiftung

Herausgeber

Schader-Stiftung
Goethestraße 2, 64285 Darmstadt
Telefon 0 61 51 / 17 59 - 0
Telefax 0 61 51 / 17 59 - 25
kontakt@schader-stiftung.de
www.schader-stiftung.de

Redaktion

Alexander Gemeinhardt (verantwortlich)
Monika Berghäuser, Tyll Birnbaum, Claudia Bolte, Michael Feike,
Sebastian Fellner, Verena Fries, Selina Härtel, Gudrun Kirchhoff,
Peter Lonitz, Kirsten Mensch, Alice Pawlik, Tobias Robischon

Korrektorat

Monika Berghäuser, Aleksandra Ilic, Alla Stoll

Photographie

Christoph Rau, Darmstadt

Gestaltung und Herstellung

Ph. Reinheimer GmbH, Darmstadt

Alle Rechte vorbehalten

ISBN 978-3-932736-44-5



Dezember 2014



Inhaltsverzeichnis

1

7 **Einleitung**

2

13 **Programm**

3

17 **Keynotes**

4

23 **Dialog-Cafés**

5

69 **Biogramme der Teilnehmenden**

6

97 **Wahl zum Kleinen Konvent**

Als im November 2013 ein Großer Konvent das Jubiläumsjahr der Schader-Stiftung einleitete, geschah dies unter dem Titel „25 Jahre Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis“. Erstmals wurden in großer Zahl die Partnerinnen und Partner im Darmstädter Stiftungszentrum zusammengerufen, um gemeinsam über die Aufgaben und Perspektiven der Schader-Stiftung nachzudenken: Gesellschaftswissenschaftlerinnen und Gesellschaftswissenschaftler, Vertreterinnen und Vertreter der Praxis, der Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Verbände und nichtstaatlicher Organisationen, des Wissenschaftsmanagements und der angewandten Wissenschaft. Damit bildet der Große Konvent mit seiner Jahrestagung das zentrale Beratungsgremium der Schader-Stiftung.

Nicht nur, aber auch ganz wesentlich die Ergebnisse dieses ersten Großen Konvents, die Anregungen und vielfältigen Beziehungen daraus haben die Schader-Stiftung in ihrer aktuellen Dynamik bestärkt, „nachhaltig im Dialog“ zu bleiben. Während des laufenden Jahres stehen Begegnungen im Rahmen einzelner Projekte, Veranstaltungen und Sitzungen an. Der Große Konvent bietet die Möglichkeit, diese diversen Handlungsstränge zu verweben und die handelnden Personen zusammen zu führen. Viele der Teilnehmenden der Konventstagung verfügen über langjährige Verbindungen zur Schader-Stiftung. Etliche haben aber auch erst in den vergangenen Monaten und Jahren den Kontakt über konkrete Vorhaben gefunden. Die Spannung aus den Erfahrungen einer verlässlichen und zielführenden Zusammenarbeit und damit verbundenen Erwartungen ist sicher ein Teil der guten Grundlage für eine fruchtbare Diskussion im Format des Konvents.

Was hat die Schader-Stiftung also gelernt aus dem letzten Großen Konvent und in diese Tagung weiter getragen? Die Schader-Stiftung ist im ablaufenden Jahr 2014 mit einer Vielzahl von gesellschaftswissenschaftlich relevanten Fragestellungen angesprochen und als Dialogplattform in Anspruch genommen worden. Schon ein Blick in die Halbjahresprogramme zeigt, dass wir im Vollzug dieser Anfragen eine breite Themenpalette aufgenommen haben. Dabei – das war den Gremien der Stiftung von Anfang an klar – gibt es eine Divergenz zwischen der Offenheit und der Erkennbarkeit. Viele haben die Schader-Stiftung über Jahre und Jahrzehnte thematisch deutlich identifiziert. Allerdings beschränkte gerade diese starke Identifikation mit einzelnen Themenfeldern die Möglichkeit, auf neue und drängende Fragestellungen angemessen reagieren zu können. Das Ziel der Stiftung, den Dialog zu fördern, fokussiert sich nach dem Willen des Stifters nicht in erster Linie auf einzelne Themenfelder, sondern auf den Anreiz, intersektoral tätig zu werden. Deshalb sind wir weiter offen für Anregungen derer, die in unserem Angebot der Dialogvermittlung und der Bereitstellung einer nicht nur räumlichen, sondern auch fachkompetenten Ressource ein echtes Angebot sehen.

Aber natürlich schälen sich wesentliche Elemente heraus, die die Stiftung bereits begleitet haben und weiter begleiten. Dieses Spannungsfeld ist in Themenstellungen wie beispielsweise „*Demographie und soziale Nachhaltigkeit*“ (Dialog-Café 5) oder Partizipation unter dem Blickwinkel „*Nachhaltigkeit und Demokratie im Konflikt*“ (Dialog-Café 6) unmittelbar zu erkennen.



Immer wieder sind wir mit den Fragen gesellschaftlicher Verantwortung von Unternehmen und anderen gesellschaftlichen Akteuren beschäftigt, so dass wir nach der „gesellschaftlichen Verantwortung in Wirtschaft und Wissenschaft“ (Dialog-Café 1) fragen. An einem anderen Ende dieser Debatte steht die operative Arbeit in der Galerie der Schader-Stiftung, die seit wenigen Wochen wieder zeitgenössische Kunst in sozialwissenschaftlicher Perspektive präsentiert, gemeinsam mit unserem langjährigen Partner, dem Hessischen Landesmuseum Darmstadt. Wir fragen also nach „Nachhaltigkeit und Wertekommunikation in Wissenschaft und Kunst“ (Dialog-Café 2).

Sowohl in der Perspektive internationaler Politik als auch in Aspekten lokaler Partizipation und anderen Steuerungsprozessen, in der Frage nach Werten und Akteuren stehen Themen wie „Nachhaltigkeit und Governance“ (Dialog-Café 3) im Fokus unserer Aktivitäten. Dazu haben wir uns zuletzt in einer Kooperation mit der Hochschule Darmstadt und etlichen anderen Akteuren mit der Frage von Nachhaltigkeitskommunikation beschäftigt.

Zuletzt geht die Schader-Stiftung seit dem vergangenen Jahr in einem intensiven Arbeitsprozess der Frage nach, inwieweit Nachhaltigkeit lehr- und lernbar sein kann: „Nachhaltigkeit durch Transdisziplinarität“ lautet das Stichwort des Dialog-Cafés 4 und einer Reihe von Salongesprächen hier in der Stiftung.

Dies sind einige Anregungen aus der aktuellen Projektarbeit, die in der einen oder anderen Form die Dialog-Cafés inspirierten. Und das sind nicht ansatzweise alle bedenkenswerten Thematiken. Gerade deshalb hat die Schader-Stiftung mit den Einladungen zum Großen Konvent Wert gelegt auf eine breite Repräsentanz der Wissenschaft und der Praxis. Die Teilnehmenden waren dabei eingeladen als kritische und wache Begleiterinnen und Beobachter des Auftrags der Schader-Stiftung und als Anreger und Anstifterinnen neuer Ideen, Projekte und Kooperationen. Sie repräsentieren eine Vielzahl von Lehrstühlen und wissenschaftlichen Einrichtungen, politische und zivilgesellschaftliche Gruppen und Organisationen. Die Biogramme der Teilnehmenden finden Sie am Ende dieser Dokumentation.

Mit dem Anliegen, eine große Zahl von Menschen ins direkte Gespräch zu bringen, war eine nicht unbeträchtliche Herausforderung an die kommunikative Logistik verbunden. Jeder Gast wäre in der Lage gewesen, das je eigene Themenfeld adäquat zu präsentieren und für den Dialog fruchtbar zu machen. Dennoch baten wir im Vorfeld einige Personen, mit Impulsen die jeweiligen Sessions des Nachmittags zu eröffnen und sind dankbar für die Vielfalt der Referierenden; 18 Impulsbeiträge eröffneten die Dialog-Cafés und finden sich in ihren wesentlichen gedanklichen Linien in dieser Dokumentation.

Die Keynotes des Konvents-Vormittags lebten zu Recht von der freien Rede und der anschließenden Diskussion. Einige wenige zentrale Gedanken haben wir in dieser Dokumentation zusammengestellt. Frau Professor Dr. Gesine Schwan, Schader-Preisträgerin 2006, eröffnete den Konvent. Dazu kam der Vortrag des Präsidenten des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie, Herrn Professor Dr. Uwe Schneidewind.

Die Bezeichnung dieser Tagung als „Konvent“ hat im Vorfeld Fragen aufkommen lassen: Was ist ein Konvent nun mehr als der wortsinnige *conventus*, die Zusammenkunft, an und für sich? Bedeutet das gemeinsame Denken und Diskutieren eigentlich nicht auch konventuales, gemeinsames Leben? Oder ist es das Ziel dieser Convention, Gleichgesinnte zu gleichgerichteten Zwecken zu sammeln? Die Gleichgesinnung ist jedenfalls nicht das primäre Ziel, die Schader-Stiftung möchte vielmehr Widerständigkeiten, Haken und Ösen entdecken. Denn über gemeinsame Annahmen, Erfahrungen und Erkenntnisse hinaus möchten wir genau das Unerwartete, das Neue und das Noch-nicht-Beachtete aufscheinen lassen. Neben die Stringenz der Argumentation gesellt sich also die Emergenz; die Erwartung und Hoffnung, dass aus den Impulsvorträgen mehr entsteht als die dokumentierte Summe von Statements, sondern eine lebendige Vielstimmigkeit aktueller Fragestellungen im Spannungsfeld von Gesellschaftswissenschaften und Praxis.

Deshalb wurden neben Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus der Soziologie, aus der Politik- und der Kommunikationswissenschaft, aus historischen, juristischen und ökonomischen Fächern, der Geographie, Theologie und Psychologie auch Vertreterinnen und Vertreter dessen eingeladen, was in der Schader-Stiftung vielleicht nicht immer trennscharf als Praxis bezeichnet wird. Und bei vielen Persönlichkeiten kommt das zusammen, was dem Stifter Alois M. Schader seit einem Vierteljahrhundert als Antrieb der Schader-Stiftung vor Augen steht – dass Persönlichkeiten beide Aspekte zu vereinen versuchen: Wissenschaftliche Exzellenz mit der Praxis in den Dialog zu bringen und aus den gesellschaftlichen Anforderungen und Realitäten heraus Zutrauen zur Lösungsfähigkeit wissenschaftlicher Ansätze zu entwickeln.

Gut 140 Personen haben den Großen Konvent 2014 gemeinsam erlebt und gestaltet. Als Gastgeber sind wir dankbar für die Zeit, die Gedanken und Anregungen und die kritische Begleitung im Horizont der Schader-Stiftung. Das Konzept des Großen Konvents bietet der Stiftungsarbeit die Möglichkeit, aus einem Fundus an Perspektiven und Erfahrungen schöpfen zu können. Gleichzeitig verpflichtet es uns auch zur transparenten Kommunikation über unsere Arbeit und die Erkenntnisse des Konvents. Dieser Selbstverpflichtung wollen wir nachkommen, indem wir nun nach der Konventstagung den vorliegenden Band zeitnah online veröffentlichen, der an die Eingeladenen und Teilnehmenden des Großen Konvents auch in gedruckter Form verschickt wird.

Der Große Konvent 2014 hat die Doppeldeutigkeit seines Titels facettenreich entfaltet. Das gleichzeitig mit der Dokumentation erscheinende Magazin Schader-Dialog informiert Sie über den Konvent, aber auch über die Breite der Projekte und Veranstaltungen der Schader-Stiftung. Diese Berichte sind zugleich die Einladung, mit eigenen Projektideen im Kontext der Stiftung tätig zu werden. Sie finden zu allen Themen Beiträge, Dokumente und Videos unter www.schader-stiftung.de. Und natürlich ist dort auch die Dokumentation des Großen Konvents in vollem Umfang frei zugänglich.

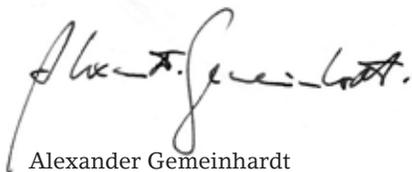
Nachdem die Jubiläumstagung 2013 vom Zentrum für Wissenschaftsmanagement Speyer mit vorbereitet und durch dessen Vorstandsvorsitzenden Professor Dr. Hanns H. Seidler moderiert worden war, führte 2014 Dr. Lukas Zenk, Zentrum für Kognition, Information und Management der Donau-Universität Krems, durch die Tagung.

Die Kolleginnen und Kollegen der Schader-Stiftung begleiteten die Tagung als Moderierende, Protokollierende und als Gastgeber – vor allem aber als jene, die sehr genau hinhören und aufmerken, was Aufgaben sind und sein sollen im Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis.

Im Laufe des Großen Konvents wurde mit dem Kleinen Konvent der Wissenschaftliche Beirat der Schader-Stiftung komplettiert, nachdem der Stifter zu Beginn des Jahres 2014 die ersten drei Mitglieder berufen hatte: Professor Dr. Gabriele Abels, Universität Tübingen, Vorsitzende der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Professor Dr. Klaus-Dieter Altmeppen, Katholische Universität Eichstätt, seinerzeit Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft und Professor Dr. Stephan Lessenich, Ludwig-Maximilians-Universität München, Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Gewählt wurden nun zudem die Direktorin der Akademie für Politische Bildung in Tutzing, Professor Dr. Ursula Münch, Professor Dr. Stefan Selke von der Hochschule Furtwangen und Professor Dipl.-Ing. Julian Wékel von der Technischen Universität Darmstadt. Die Vorstellung der neuen Mitglieder und das Wahlergebnis finden Sie am Ende dieser Dokumentation.

Mit der vollzogenen Wahl des Kleinen Konvents hat die Jahrestagung des Großen Konvents 2014 ihre Arbeit beschlossen. Die dokumentierte Fülle an Anregungen, Aufträgen und Anfragen werden – neben laufenden Projekten – für die konkrete operative Arbeit der Schader-Stiftung fruchtbar gemacht werden.

Dem Stiftungsrat und dem Kleinen Konvent der Schader-Stiftung, nicht zuletzt aber dem Stifter ist zu danken für die Entschlossenheit, sich kontinuierlich der Frage auszusetzen, wie denn die Gesellschaftswissenschaften mit der Praxis in den Dialog treten können.



Alexander Gemeinhardt
Vorsitzender des Vorstands
Direktor des Stiftungszentrums

2

Programm

- 9:30 - 10:30 Uhr **Galerie**
Führungen in der Galerie der Schader-Stiftung
- 10:30 - 10:40 Uhr **Begrüßung**
Alexander Gemeinhardt, Vorsitzender des Vorstands der Schader-Stiftung
- 10:40 - 11:30 Uhr **Keynotes**
Governance: Werte – Verfahren – Akteure
Prof. Dr. Dr. h.c. Gesine Schwan, Humboldt-Viadrina Governance Plattform gGmbH, Berlin
- Nachhaltigkeit in den Sozialwissenschaften**
Prof. Dr. Uwe Schneidewind, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH
- 11:30 - 12:00 Uhr **Aussprache**
Moderation *Mag. Dr. Lukas Zenk, Donau-Universität Krems*
- 12:00 - 12:30 Uhr **Wahl**
Erläuterung des schriftlichen Verfahrens und Vorstellung der Kandidierenden für den Kleinen Konvent (Wissenschaftlicher Beirat) der Schader-Stiftung
- 12:30 - 13:30 Uhr Mittagessen

Dialog-Café

Dialog-Café 1

Gesellschaftliche Verantwortung in Wirtschaft und Wissenschaft

Dialog-Café 2

Nachhaltigkeit und Wertekommunikation in Wissenschaft und Kunst

Dialog-Café 3

Nachhaltigkeit und Governance

Dialog-Café 4

Nachhaltigkeit durch Transdisziplinarität

Dialog-Café 5

Demographie und soziale Nachhaltigkeit

Dialog-Café 6

Nachhaltigkeit und Demokratie im Konflikt

13:30 - 14:15 Uhr

Session 1
Impuls zum Thema

Dialog-Café 1

Prof. Dr. Thomas Beschoner, Universität St. Gallen

Dialog-Café 2

*Staatsminister a.D. Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Peter Frankenberg,
Heinrich-Vetter-Stiftung, Ilvesheim*

Dialog-Café 3

Prof. Dr. Martin Führ, Hochschule Darmstadt

Dialog-Café 4

Dr. Silke Kleihauer, Hochschule Darmstadt

Dialog-Café 5

*Prof. Dr. Günther Bachmann, Rat für Nachhaltige Entwicklung,
Berlin*

Dialog-Café 6

Prof. Dr. Oliver Quiring, Johannes Gutenberg-Universität Mainz

14:15 - 14:30 Uhr

Pause

14:30 - 15:15 Uhr

Session 2
Impuls aus der Wissenschaft

Dialog-Café 1

Prof. Dr. Alfred Nordmann, Technische Universität Darmstadt

Dialog-Café 2

*Prof. Dr. Dr. h.c. Gesine Schwan, Humboldt-Viadrina Governance
Plattform gGmbH, Berlin*

Dialog-Café 3

Prof. Dr. Claus Offe, Hertie School of Governance, Berlin

Dialog-Café 4

*Prof. Dr. Christian Stegbauer, Goethe-Universität,
Frankfurt am Main*

Dialog-Café 5

*Prof. Dr. Annette Spellerberg, Technische Universität
Kaiserslautern*

Dialog-Café 6

Prof. Dr. Dirk Jörke, Technische Universität Darmstadt

15:15 - 15:30 Uhr

Pause

15:30 - 16:15 Uhr

Session 3

Impuls aus der Praxis

Dialog-Café 1

Dirk Gerasch, Gerasch Communication GmbH & Co. KG,
Darmstadt

Dialog-Café 2

Eva Claudia Scholtz, Hessische Kulturstiftung, Wiesbaden

Dialog-Café 3

Dr. Bettina Brohmann, Öko-Institut e.V., Darmstadt

Dialog-Café 4

Dr. Ingo Augustin, FAIR – Facility for Antiproton and Ion
Research Europe, Darmstadt

Dialog-Café 5

Dr. Thomas Hain, Nassauische Heimstätte Wohnungs- und
Entwicklungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main

Dialog-Café 6

Prof. Dr. Harald Müller, Leibniz-Institut Hessische Stiftung
Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt am Main

16:15 - 16:30 Uhr

Session 4

Impulse für die Stiftungsarbeit

16:30 - 16:45 Uhr

Pause

16:45 - 17:30 Uhr

Plenum

Moderierte Präsentation der Resümees

Mag. Dr. Lukas Zenk, Donau-Universität Krems

Statements der Mitglieder des Kleinen Konvents (Wissenschaftlicher Beirat) zur Weiterführung der Arbeit des Großen Konvents

17:30 - 17:45 Uhr

Stiftungsratsleitung

Gratulation an die neuen Mitglieder des Kleinen Konvents
Staatssekretär a.D. Prof. Dr. Joachim-Felix Leonhard,
Vorsitzender des Stiftungsrats

Vorstand

Verabschiedung

17:45 - 21:00 Uhr

Ausklang

Jazz-Lounge

The Art of Jazztainment

18 **Governance: Werte – Verfahren – Akteure**

Prof. Dr. Dr. h.c. Gesine Schwan

20 **Nachhaltigkeit in den Sozialwissenschaften**

Prof. Dr. Uwe Schneidewind

Der Große Konvent der Schader-Stiftung 2014 wurde mit zwei Keynotes eröffnet, die unter www.schader-stiftung.de/GrKo14 für Sie als Aufzeichnung zur Verfügung stehen.



„Das Anliegen der Schader-Stiftung ist mir sehr wichtig und mir ist es auch sehr wichtig, dass Sie Praxis sagen. Sie sagen nicht Technik, Sie sagen nicht ökonomische Anwendung, sondern Sie sagen Praxis.“

„Der Nachhaltigkeitsbegriff in seiner Geschichte hat eigentlich, wenn man ihn weiterdenkt, eine Affinität zum Gemeinwohlbegriff und ist in Folge dessen ebenso klar oder unklar wie der Gemeinwohlbegriff, aber das macht ihn nicht überflüssig.“

„Politisch finde ich es nicht schlecht, wenn auch markante Partikularinteressenvertreter sagen, sie handeln nachhaltig. Dann kann man sie mehr beim Wort nehmen, dann kann man ja mal nachgucken, was daran ist denn nun eigentlich nachhaltig und wie versteht das jemand. Wenn sie sich überhaupt nicht dazu bekennen, wäre es viel schwieriger, dann hätte man gar keine, nicht mal eine verbale, Gemeinsamkeit. Also es ist insofern gar nicht schlecht.“

Governance: Werte – Verfahren – Akteure

Prof. Dr. Dr. h.c. Gesine Schwan studierte Romanistik, Geschichte, Philosophie und Politikwissenschaft in Berlin und Freiburg im Breisgau. Von 1999 bis 2008 war sie Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder), außerdem von 2004 bis 2009 Koordinatorin der Bundesregierung für die deutsch-polnische zwischengesellschaftliche und grenznahe Zusammenarbeit. Von 2010 bis 2014 war Schwan Präsidentin der Humboldt-Viadrina School of Governance. Zurzeit leitet sie die Humboldt-Viadrina Governance-Plattform gGmbH in Berlin. 2006 wurde Gesine Schwan mit dem Schader-Preis ausgezeichnet.

In ihrer Keynote für den Großen Konvent spricht Gesine Schwan über Praxis, Kommunikation, Gemeinwohl und über Beteiligung im vorstaatlichen Raum. Sie unterstützt aus Überzeugung das Grundanliegen der Schader-Stiftung, den Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis zu fördern. Sie bevorzugt es, etwas für die Praxis zu tun, statt abgehobene Diskursanalyse zu betreiben. In ihrem Vortrag zeichnet Gesine Schwan in Stichpunkten und mit Bezug auf Klassiker der Gesellschaftswissenschaften wie Jürgen Habermas ihren Standpunkt zu dem Verhältnis zwischen Wissenschaft und Praxis nach. Trotz des Bekenntnisses zur repräsentativen Demokratie spielen bei ihren Überlegungen Grundsätze der Deliberation eine wichtige Rolle: Sie geht davon aus, dass durch den Austausch von Argumenten und durch die Frage nach der Verallgemeinerbarkeit von Positionen eine Annäherung an die Gemeinwohlvorstellung gelingt.



„Ich will ein Begriffsangebot mitbringen, den Begriff der ‚transformativen Literacy‘, um diesen Brückenschlag zwischen den verschiedenen Diskurswelten zu vermitteln. Und bringe dann unter dem Titel ‚Transformative Wissenschaft‘ einen Einblick in ein institutionelles Reformprogramm.“

„Ein solcher Transformationsprozess ist eine riesige Herausforderung für das deutsche akademische System, wo es im Umgang mit Wissensformen eine tief verankerte Form von hierarchisierter Wahrnehmung gibt.“

„Wir brauchen diese neuen Formen von interdisziplinären und transdisziplinären Strukturen, neue Rekrutierungs- und Qualifizierungspolitiken für den wissenschaftlichen Nachwuchs, auch vermutlich innerhalb der Sozialwissenschaften, und eben das Denken auch in ganz anderen Infrastrukturen.“

Nachhaltigkeit in den Sozialwissenschaften

Prof. Dr. Uwe Schneidewind studierte Betriebswirtschaftslehre an der Universität Köln und der HEC School of Management, Paris und wurde 1995 an der Universität St. Gallen promoviert, wo er sich 1998 habilitierte. 1998 bis 2010 war er Professor für Betriebswirtschaftslehre an der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg, von 2004 bis 2008 Präsident der Universität. Seit 2010 ist er Professor für Innovationsmanagement und Nachhaltigkeit am Fachbereich Wirtschaftswissenschaft der Bergischen Universität Wuppertal. Er ist von dort beurlaubt für die Tätigkeit als Präsident und wissenschaftlicher Geschäftsführer des Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH.

Wo fehlen bei der Nachhaltigkeitsforschung die Sozialwissenschaften und wie können diese einen Beitrag leisten? Mit dieser Fragestellung eröffnet Uwe Schneidewind seine Keynote als ein Plädoyer für die Inter- und Transdisziplinarität. Die naturwissenschaftliche Prägung der Nachhaltigkeitsdebatte wird zunehmend durch sozial- und gesellschaftswissenschaftliche Ansätze ergänzt. Innerhalb des Diskurses ist eine deutliche Machtverschiebung zu beobachten. Es geht allerdings nicht darum, in einem etablierten System eine inhaltliche Lücke, wie bei dieser Debatte die fehlende Beachtung der Sozialwissenschaften, im klassischen Modus zu schließen. Vielmehr entsteht daraus eine massive institutionelle Herausforderung für die Wissensproduktion und das Wissenschaftssystem im Allgemeinen. Notwendig ist ein Brückenschlag zwischen den verschiedenen Diskurswelten. Ein Ansatz, der dies leisten kann, ist für Uwe Schneidewind die transformative Literacy, die Fähigkeit, Sachverhalte sowohl kognitiv verstehen als auch elegant vermitteln zu können.

24 Dialog-Café 1

Gesellschaftliche Verantwortung in Wirtschaft und Wissenschaft

32 Dialog-Café 2

Nachhaltigkeit und Wertekommunikation in Wissenschaft und Kunst

40 Dialog-Café 3

Nachhaltigkeit und Governance

46 Dialog-Café 4

Nachhaltigkeit durch Transdisziplinarität

52 Dialog-Café 5

Demographie und soziale Nachhaltigkeit

58 Dialog-Café 6

Nachhaltigkeit und Demokratie im Konflikt

Vertreterinnen und Vertreter aus den Gesellschaftswissenschaften und der Praxis befassten sich beim Großen Konvent einmal im Jahr im Schader-Forum mit dem Status Quo und den Perspektiven des Dialogs zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis. Ziel ist es, aktuelle sowie kommende Herausforderungen zu formulieren und daraus Themen und Bedarfe für zukünftige Aufgaben der Gesellschaftswissenschaften, aber auch für die Arbeit der Schader-Stiftung zu explorieren. Der Große Konvent fand zu einem großen Anteil im offenen Format statt. In vier Gesprächsrunden in „Dialog-Cafés“, die an Projekte der Stiftung anknüpften, konnten die gut 140 Teilnehmenden des Großen Konvents Erfahrungen und Ideen, Anregungen und Erkenntnisse austauschen. Im Zentrum des Großen Konvents 2014 standen die Aufgaben und Herausforderungen der Gesellschaftswissenschaften in der Diskussion um das Erreichen einer nachhaltigen Lebens- und Wirtschaftsweise.



Dialog-Café 1: Gesellschaftliche Verantwortung in Wirtschaft und Wissenschaft

Impulsgeber:

Prof. Dr. Thomas Beschorner, Universität St. Gallen

Prof. Dr. Alfred Nordmann, Technische Universität Darmstadt

Dirk Gerasch, Gerasch Communication, Darmstadt

Begleitung: Prof. Dr. Klaus-Dieter Altmeyden, Katholische Universität Eichstätt

Moderatorin: Dr. Kirsten Mensch, Schader-Stiftung

Bericht und Protokoll: Tyll Birnbaum und Dr. Kirsten Mensch

Das Dialog-Café 1 beschäftigt sich mit der gesellschaftlichen Verantwortung von Wissenschaft und Wirtschaft. Kernfragen sind dabei zum einen, wie gesellschaftlich verantwortliches Handeln in die Handlungslogiken von Wissenschaft – Freiheit der Forschung – und Wirtschaft – ökonomische Rationalität – integriert werden können. Zum anderen, ob persönliche Einsicht und Verantwortung ausreichen, um Handlungslogiken nachhaltiger werden zu lassen oder ob institutionelle Regelsetzungen notwendig sind.

Ökonomisierung und Moralisierung

Den ersten Impuls hält der Wirtschaftsethiker Thomas Beschorner. Er sieht gesellschaftliche Verantwortung als normativen Begriff, der eine gute und gerechte Gesellschaft zum Ziel hat. Ökonomie und Wissenschaft sollen lebensdienlich sein. Beide Felder lassen sich nach der Themenbeschreibung dieses Dialog-Cafés als Mittel zum allgemeinen Zweck, nämlich dem Erreichen einer guten und gerechten Gesellschaft, verstehen. Im Gegensatz dazu stellt eine radikale Position die Wirtschaft als diesem Zweck grundsätzlich entgegenwirkend dar: Sie funktioniert zu Lasten Dritter, Gewinnmaximierung und Boni stehen im Vordergrund und Menschen selbst sind Humankapital. Thomas Beschorner stellt fest, dass auch in der Wissenschaft ökonomische Handlungslogiken vorliegen. Die Ökonomisierung der Wissenschaft erfolgt auf der einen Seite über monetäre Elemente, wie beispielsweise vertragliche Pflichten neu angestellter Professoren, Drittmittel in festgelegter Höhe einzuwerben. Auf der anderen Seite zeigt sie sich über die ökonomische Rationalität im Wissenschaftssystem. Damit beschreibt er die Tendenz in der Wissenschaft, Publikationsleistung als Währung zu sehen. Die Karriere junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ist an die Häufigkeit ihrer Veröffentlichungen in gerankten Fachzeitschriften geknüpft. In der Gesellschaft als Ganzes lässt sich ebenfalls eine zunehmende Ökonomisierung erkennen. Die Ökonomisierung ist für Thomas Beschorner ambivalent, somit nicht automatisch negativ. Als eine weitere Tendenz sieht er eine zunehmende Moralisierung der Wirtschaft. Unternehmen erhalten vermehrt Zuschreibungen von Verantwortung durch die Gesellschaft. In der Gesellschaft kann man ebenfalls eine zunehmende Moralisierung erkennen, wie sich am Beispiel von Ethikkommissionen an Hochschulen zeigt. Wissenschaft sollte „good practices“, die zu einer gesellschaftlichen Veränderung beitragen, fördern.

Diese Punkte fasst der Impulsgeber zusammen zu der These, dass sowohl Prozesse der Ökonomisierung als auch der Moralisierung in Wirtschaft und Gesellschaft gleichzeitig stattfinden, dies aber nicht in allen Bereichen geschieht. Um gesellschaftliche Verantwortung in allen Bereichen zu fördern, reichen individuelle Lösungen nicht aus. Einzelne Persönlichkeiten, die gesellschaftlich verantwortlich handeln, sind erwünscht und zeigen auch Wirkung, allerdings sind Veränderungen in größerem Ausmaß nur durch die Beteiligung gesellschaftlicher Institutionen möglich. Institutionelle Stützen müssen sowohl in Unternehmen und Organisationen als auch gesamtgesellschaftlich verankert werden, um moralisches und nachhaltiges Handeln zu fördern oder mindestens nicht länger zu bestrafen.

Ökonomie – ein ambivalentes Thema

Eine Reihe von Beiträgen in der sich anschließenden Diskussion verdeutlicht, dass die Begriffe der Ökonomisierung und der Ökonomie einer genaueren Betrachtung bedürfen. Es darf nicht der Fehler gemacht werden, Ökonomie schlicht mit Unternehmen gleichzusetzen. Ökonomie kann auch als Grundprinzip für rationales Handeln gefasst werden. Ein Ökonomie-Bashing sollte es jedenfalls nicht geben. Weitgehend einig waren sich die Teilnehmenden in dem Punkt, dass man die Ökonomie differenziert betrachten muss. Keinesfalls, meint ein Teilnehmer, darf man die Ökonomisierung als neues Phänomen in der Gesellschaft ansehen. Als Beispiel nennt er die Wahl der Ehepartner, die in der Geschichte auf ökonomischer Grundlage erfolgte.

Der radikalen Position, die der Impulsvortrag benannte, kann man eine positive Position gegenüberstellen. Hier wird die Marktwirtschaft als lebensdienlich verstanden, weil sie zu einer effizienten Input-Output-Steuerung führt, also mit vorgegebenen Mitteln Ziele erreicht. Außerdem wird festgehalten, dass die Ökonomie den hohen Lebensstandard im eigenen Land erst ermöglicht hat. Beide Positionen zeigen den ambivalenten Charakter der Thematik und warnen vor voreiligen Schlüssen. Trotzdem lassen sich Probleme klar benennen, ohne dabei in eine einseitige Sichtweise abzurutschen. Eines dieser Probleme ist die Funktionslogik der Ökonomie, die den Wohlstand einer Gesellschaft oftmals nur auf Kosten Dritter möglich macht. Grundsätzlich ist darüber hinaus zu fragen, so eine Teilnehmerin, welche Instrumentarien es gibt, mittel- und langfristigen Nutzen sichtbarer und wertvoller werden zu lassen. Die Zeithorizonte, auf die sich die ökonomische Rationalität bezieht, sind meist kurzfristige: Man ist an schnellen Gewinnen orientiert. Langfristiger Schaden wird dabei in Kauf genommen. Als Beleg für problematische Folgen der Ökonomisierung wird die Medienbranche genannt. Medienunternehmen entscheiden nicht mehr vorrangig nach publizistischen Gesichtspunkten, was sie veröffentlichen, sondern vermehrt nach ökonomischen. Relevante Themen finden leicht Ersetzung durch Themen, die eine möglichst große Zielgruppe ansprechen.

Moralisierung und Ökonomisierung in Wirtschaft und Wissenschaft

Ein ungünstiger Einfluss der Ökonomisierung auf die Wissenschaft lässt sich, so ein Beitrag aus der Runde, dagegen empirisch nicht belegen. Zwar kann man eine Quantifizierung in der Wissenschaft erkennen und Forschung ist häufig aus Drittmitteln finanziert. Der tatsächliche Einfluss auf das autonome Denken in der Forschung ist allerdings, laut einer Teilnehmerin, aktuell sehr gering. Dennoch muss man die Frage aufgreifen, welcher gesellschaftlichen Verantwortung die Forschung an Hochschulen sich stellen muss.

Brisant ist die Debatte, wenn man sie mit der Verteilung knapper öffentlicher Ressourcen verbindet. Warum sollen Hochschulen Gelder bekommen, die man auch an Kindergärten leiten könnte? Es stellt sich die Frage nach dem Nutzen des freien Denkens für die Gesellschaft oder allgemein dem Sinn der Wissenschaft – und nach der Möglichkeit zu messen, ob die Forschung ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht wird.

Es fehlt eine Debatte um die Verwendung knapper öffentlicher Mittel. Aus Sicht der Wissenschaft wird entgegnet, dass die Universitäten nach wie vor Orte sind, an denen autonomes Denken möglich ist. Der Nutzen von Wissenschaft kann und soll nicht nur daran gemessen werden, wie er ökonomisch verwertbar ist. Einigkeit herrscht bei den Teilnehmenden darüber, dass auch die Wissenschaft gesellschaftliche Verantwortung übernehmen muss. Die Tendenz der Moralisierung ist in diesem Bereich wichtig, um „bad practices“ zu vermeiden. Ethikkommissionen an Universitäten etwa pochen auf moralische Standards, die besonders dann wichtig werden, wenn es um die Annahme von Spenden geht.

Eine Moralisierung der Wirtschaft zeigt sich dadurch, dass einige Unternehmen in ihrem Geschäftsmodell das Ziel formulieren, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Ein Teilnehmer schildert die Ergebnisse des ersten Engagementberichts der Bundesregierung. Laut diesem investiert die Wirtschaft einen vergleichsweise hohen Betrag in den gemeinnützigen Sektor. 90 % davon werden allerdings unstrukturiert und nicht nachhaltig verwendet. Das zeigt, dass einige Unternehmen in geringen Maßen versuchen, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen, dieses Vorhaben allerdings auf lange Sicht nicht oder jedenfalls nicht zielorientiert umsetzen.

Moralische Werte oder institutionelle Regeln?

Während der Diskussion zeigt sich, dass es Moralisierungs- und Ökonomisierungstendenzen sowohl in der Wirtschaft als auch in der Wissenschaft gibt. Allerdings fällt den Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf, dass sich Wirtschaft und Wissenschaft hierbei stark voneinander unterscheiden. Ein Teilnehmer stellt fest, dass man zwar beide Tendenzen gleichzeitig erkennen kann, ihre Entwicklungen aber unverbunden, gleichsam parallel verlaufen. Die Teilnehmenden haben unterschiedliche Antworten auf die Frage, wie sich gesellschaftlich verantwortliches Handeln in die Bereiche Wirtschaft und Wissenschaft integrieren lässt. Ein Vorschlag fordert die Analyse, wer wem gegenüber für was verantwortlich ist. Dadurch kann man Strukturen von Verantwortungslosigkeit freilegen. Die individuellen moralischen Werte, die für die Übernahme von Verantwortung notwendig sind, sind hintergründig vorhanden, finden aber kaum Verstärkung durch institutionelle Stützen in Unternehmen und Organisationen oder durch einen Widerhall in den Medien. Eine Diskussion über kulturelle Praktiken mahnt ein Teilnehmer des Dialog-Cafés an. Eine Kultur der Mitverantwortung Einzelner und von Unternehmen muss entstehen. Ein ehrbarer Kaufmann oder eine integre Forscherin sind wünschenswert, es kann allerdings nur über eine institutionelle Rahmensetzung wirklich gelingen, dass Wirtschaft und Wissenschaft gemeinschaftlich verantwortliches Handeln im Sinne der Nachhaltigkeit in ihre Handlungslogiken integrieren.

Unterforderung, Überforderung und ein blinder Fleck

Die zweite Runde des Dialog-Cafés blickt aus der Perspektive der Wissenschaft auf das Thema der gesellschaftlichen Verantwortung. Den Impuls hält der auf Wissenschaften und Technikwissenschaften spezialisierte Philosoph Alfred Nordmann. Der Begriff Nachhaltigkeit, so Alfred Nordmann, weckt Hoffnungen und Ängste gleichermaßen, was sich auch im Wissenschaftsbetrieb niederschlägt. Zugleich birgt der Begriff Ambivalenzen. Solche Zweischneidigkeiten spiegeln sich in der Wissenschaftspraxis. Prägend für den Nachhaltigkeitsdiskurs ist der Brundtland-Bericht von 1987, der, anders als der heutige Diskurs glauben lässt, nicht die Begrenzungen der Ressourcen oder der Natur thematisiert, sondern wissenschaftliche und technische Grenzen sowie solche der gesellschaftlichen Organisation. Alfred Nordmann zitiert aus dem Brundtland-Bericht: „The idea of limitations which is imposed by the state of technology and social organization on the environment’s ability to meet both present and future needs.“

Drei Symptome des Einflusses des Nachhaltigkeitsbegriffs auf die Wissenschaft diagnostiziert Alfred Nordmann: eine Unterforderung, eine Überforderung und einen blinden Fleck.

Unterfordert sind Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, da sie unter der Marke Nachhaltigkeit die Forschung angehen können, die sie ohnehin machen wollen. Projekte mit dem Stempel Nachhaltigkeit kommen leicht an Drittmittel und Förderung. Wenn man es zu leicht damit nimmt und etwa nur eine Seite im weiten Bereich der Nachhaltigkeit betrachtet, kann dies jedoch negative Folgen haben: Das Beispiel der Biokraftstoffe macht dies deutlich. Diese erscheinen auf den ersten Blick sinnvoll, haben aber bei genauerer Betrachtung negative Konsequenzen für die Landnutzung. Der eingesparte Effekt geht an anderer Stelle wieder verloren.

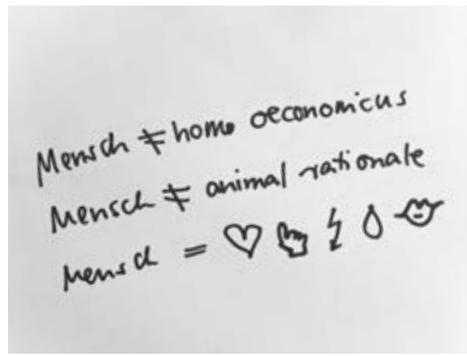
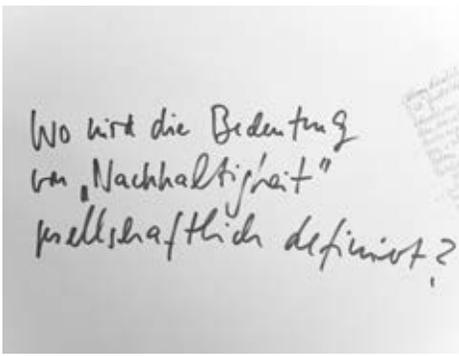
Mit Überforderung beschreibt Nordmann die Grenzen des wissenschaftlichen Erfolgs. Zwar ermöglicht dieser manche technische Innovation, um Angebote für eine ressourcenschonende Lebensweise bereitzustellen. Allerdings müssen die Konsumenten als Nutzer diese Angebote entsprechend wahrnehmen. Das findet dann nicht statt, wenn etwa ein Kühlschrank weniger Energie verbraucht und die Konsumenten daraus schließen, einen größeren kaufen zu können. Dieses Phänomen wird als „Rebound-Effekt“ bezeichnet.

Als blinden Fleck bezeichnet der Impulsgeber die Universitäten und Forschungseinrichtungen selbst. An diesen Orten fehlt häufig die Frage nach der eigenen Nachhaltigkeit. Wie organisieren Universitäten ihre eigenen materiellen Bedingungen? Spielt Nachhaltigkeit eine Rolle in der Lehre? Welche Art der Forschung betreiben die Hochschulen? Sind die internen demokratischen Verfahren nachhaltig? Um das Thema in seiner Komplexität zu verstehen, ist eine Kultur des nachhaltigen Denkens an den Universitäten ebenso notwendig wie Aufmerksamkeit auf die bereits vorhandenen „best practices“.

Nachhaltigkeit in der Wissenschaft

Die Diskussion nach diesem Impuls startet mit einer Frage: Ist es so, dass auch Gesellschaftswissenschaftler mit dem Fokus auf den Nachhaltigkeitsbegriff arbeiten? Der Fragende selbst sieht das in seinem Bereich nicht so. Vielmehr betreibt er in altweberianischer Tradition Voraussetzungs- und Folgenanalyse. Die Gegenfrage dazu lässt nicht lange auf sich warten: Ist nicht das Überprüfen von Voraussetzungen und Folgen als nachhaltig zu bezeichnen? So bleibt die Vermutung einer pragmatischen Vorgehensweise. Forschung, die ohnehin erfolgen würde, lassen sich die Forschenden durch die Nutzung des Labels Nachhaltigkeit fördern: Die Wissenschaft instrumentalisiert den Nachhaltigkeitsbegriff, um an Fördergelder zu gelangen. Das erklärt auch die hohe Resonanz dieses Begriffs in der Wissenschaft. Nachhaltigkeit ist in dieser Auslegung nicht mehr als Mittel zum Zweck.

Ob der Begriff der Nachhaltigkeit als solcher überhaupt weiterhilft, stellt ein anderer Teilnehmer in Frage. Untersuchungen zeigen eine große Skepsis in der öffentlichen Wahrnehmung gegenüber diesem Begriff, weil er inhaltlich entleert ist. Grund dafür ist die im Impuls angesprochene Unterforderung, die den Begriff abgenutzt erscheinen lässt, weil alles damit etikettiert wird. Begriffsarbeit kann dem entgegenwirken, indem man unscharfe Begriffe als Startpunkt nutzt mit dem Ziel, sie zu schärfen. Konkret ist es Aufgabe und Verantwortung der Wissenschaft, den Nachhaltigkeitsbegriff mit Inhalt zu versehen. Normative Zuschreibungen sind dabei zu diskutieren. Als Frage daraus ergibt sich, ob dann Begriffsarbeit eine Art autoritative Setzung ist, die klären soll, ob man es ernst mit der Nachhaltigkeit meint oder nicht. Der Teilnehmer zweifelt daran, dass jemand eine Vorgabe dieser Art leisten kann. In der Konsequenz würde dies



bedeuten, dass der Nachhaltigkeitsbegriff als solcher nicht weiterhilft. Vielmehr sind es soziale Deutungspraktiken, die bestimmte Gehalte mit Nachhaltigkeit verbinden. Wie steht es um den Unterschied zwischen Gesellschaftswissenschaften und technischen Wissenschaften beim Blick auf die Nachhaltigkeit? In den Sozialwissenschaften entstehen weniger materielle Produkte, die nachhaltig sein können oder nicht. Es geht eher um die Beobachtung des Verhaltens sozialer Akteure, wie zum Beispiel der Politik. Das Verhalten wird unter bestimmten Erkenntnisinteressen, wie dem der Nachhaltigkeit, bewertet. Ob Politik nachhaltig ist oder nicht, lässt sich jedoch kaum messen. Zu viele Faktoren müssen einbezogen und Maßstäbe durch den Beobachtenden gesetzt werden. Einschätzungen sozialwissenschaftlicher Natur sind folglich mit einem Komplexitätsproblem konfrontiert.

Ein weiterer Teilnehmer aus der Wissenschaft sieht eine Differenz zwischen Wissenschaftstheorie und Wissenschaftspraxis. In der Theorie möchten Forscherinnen und Forscher Ursachen und Effekte messen. Die Praxis umfasst befristete Verträge, Publikationsdruck und den Zwang zur Drittmittelakquise an den Universitäten. Eine nachhaltige Wissens- und Kompetenzsicherung erscheint ihm an den Universitäten nicht möglich, weil die Finanzierungsbedingungen eine langfristige Beschäftigung mit nur einem Thema verhindern. Daher fügt er der im Impuls genannten Über- und Unterforderung als drittes Element eine Forderung hinzu, nämlich die Forderung nach günstigen Rahmenbedingungen für die Organisation einer nachhaltigen Wissenschaft.

Qualität der Nachhaltigkeit

Spannend am Nachhaltigkeitsbegriff, so ein Teilnehmer, ist die Zeitdimension, die im sozialen Bereich mit dem Begriff der Generationengerechtigkeit umschrieben wird. Die Wissenschaft sollte langfristig angelegte Modelle und Szenarien auflegen, um der Politik ein Sehen in die Zukunft zu ermöglichen. Dass die Wissenschaft in diesem Sinne agieren kann, zeigt die Klimapolitik. Diese ist ein ursprünglich von der Wissenschaft generiertes Politikfeld. Die Forschung tendiert aktuell allerdings dazu, Zukunft allein als technologische Entwicklung zu denken. Es fehlen Denkmodelle wie zum Beispiel neue Gesellschaftsentwürfe. Problematisch im Sinne der Überforderung ist bei jeder Forschung, dass der Untersuchungsgegenstand von Studien qua Perspektive komplexitätsreduziert behandelt werden muss. Um Ergebnisse zu erhalten, legt man den Fokus auf einen Mini-Ausschnitt der realen Welt.

Die Verantwortung der Wissenschaft

Die Forderung nach einer nachhaltigen Forschung mit Blick auf das Ganze in der Gegenwart und Gültigkeit für die Zukunft ist eine „ungeheure“ Verantwortungsübertragung von der Gesellschaft auf die Wissenschaft, wie Alfred Nordmann zuspitzt. Es handelt sich um eine überfordernde Zuschreibung von Verantwortung an die Wissenschaft. Allerdings kann Überforderung auch motivierend auf die Wissenschaft wirken und etwa Diskussionen in allen wissenschaftlichen Bereichen über Zukunftsfähigkeit

anstoßen. Interdisziplinäre Zusammenarbeit ist dabei wichtig, um keine einseitigen Ergebnisse zu erhalten. Sozialwissenschaftliche Ergebnisse können ebenso wie technische Innovationen helfen, die wissenschaftliche Verantwortung für Nachhaltigkeit zu erfüllen. Die Universitäten sollten ihren Beitrag leisten, indem sie sowohl die Lehre als auch die Forschung in einen Wertezusammenhang von Nachhaltigkeit einbetten. Denn ein wesentlicher Faktor für den erfolgreichen Umgang mit der Verantwortung für Nachhaltigkeit sind die Forscherinnen und Forscher selbst. Sie müssen den Nachhaltigkeitsbegriff mit Inhalt füllen (gegen Unterforderung), die Überforderung aushalten, den eigenen Standpunkt reflektieren (gegen den blinden Fleck) und ihrerseits Forderungen formulieren, um Strukturen für nachhaltige Wissenschaft zu schaffen.

Nachhaltigkeit in der Automobilindustrie

Den Impuls aus der Praxis, der im Mittelpunkt der dritten Runde des Dialog-Cafés steht, hält Dirk Gerasch. Er nimmt eine Bestandsaufnahme zum Thema Nachhaltigkeit an Hand der Automobilindustrie vor. Diese bietet sich an, weil sie innovative und moderne Managementmethoden nutzt und weil sie ein gutes Beispiel für effiziente Netzwerke von Forschung, Entwicklung und ökonomischen Nutzen ist. Hinzu kommt, dass diese Branche viel Geld für die Kommunikation von Nachhaltigkeit ausgibt. Trotzdem konstatiert Dirk Gerasch: Nachhaltigkeit geht hier nur, wenn sie sich rechnet! Das Thema Nachhaltigkeit spielt bei den Automobilunternehmen sowie bei deren Zulieferern meist nur beim Verfassen eines Nachhaltigkeitsberichts eine Rolle. Solche Berichte sind nach Geraschs Erfahrung nicht inhaltlich an einem Nachhaltigkeitskonzept orientiert, sondern dienen lediglich der Dokumentation und Rechtfertigung. Das Motto in diesem Zusammenhang lautet „Nachhaltigkeit geht immer“. Allerdings: Eine nachhaltige Zielsetzung wird nicht ernsthaft verfolgt. Nicht Nachhaltigkeit selbst ist das Ziel, vielmehr nutzen die Unternehmen Nachhaltigkeit als ein Schlagwort, mit dem sie Marketing betreiben, mit dem sie besser Personal rekrutieren, mit dem sie Berichtspflichten im Rahmen der Corporate Social Responsibility nachkommen. Ökonomische Aspekte stehen also im Vordergrund.

Auch auf die Frage, ob persönliche Einsicht und Verantwortung einzelner ausreichen, um Unternehmen zu nachhaltigen Strategien zu bringen, liefert Dirk Gerasch eine klare Antwort: Nein! Persönliche Einsicht reicht demnach nicht, um die Handlungslogik der Wirtschaft im Sinne der Nachhaltigkeit zu verändern. Es bedarf Regelsetzungen, die den Rahmen dafür festlegen. In der Automobilindustrie sind es die Zulieferer, die für zum Beispiel ressourcenschonende innovative Entwicklung zuständig sind. Sie bieten ihre Produkte den Herstellern an. Dabei gilt auf Seiten der Hersteller der Grundsatz, Innovationen nur dann zu kaufen, wenn diese keine Extrakosten verursachen. Nachhaltigkeit geht, solange der Preis stimmt. Verstärkend kommt hinzu: Gesellschaftlich verantwortliches Handeln bei der Produktion lässt sich nur schwer in der Handlungslogik der Automobilindustrie verankern, weil hier die Fertigungstiefe gering und die Lieferketten lang sind: Weder der Autohersteller noch der Zulieferer sind direkt an der Herstellung des Materials, das sie verwerten, beteiligt. Die Fragen, woher das Material kommt, ob dafür womöglich Raubbau betrieben wird, stellt man sich im Allgemeinen nicht. Nachhaltigkeit in der Automobilindustrie, so Dirk Gerasch, ist nicht mehr als eine Marketingblase. Um dem abzuwehren, bedarf es Regelsetzungen.

Wirtschaft und Nachhaltigkeit

Im Gegensatz zu der pessimistischen Perspektive aus dem Impuls sieht ein Teilnehmer in den letzten fünf bis zehn Jahren Fortschritte in Richtung Nachhaltigkeit in den Unternehmen. Nachhaltigkeitsberichte sind nicht nur PR-Instrumente. Es findet derzeit eine Zwecktransformation statt. Auch wenn die ersten Berichte dieser Form ohne Gesamtstrategie geschrieben wurden, entwickeln die Unternehmen inzwischen Nachhaltigkeitsstrategien. Die sich im Dialog-Café entwickelnde Diskussion zur Wirkung der

Nachhaltigkeitsberichte hinterfragt deren Rolle. Der Überlegung, diese zu stärken und mit Inhalt zu füllen, hält der Impulsgeber entgegen, dass zuerst die Motivation hinter den Berichten zu klären ist. Der Aufwand, mit dem diese Berichte angefertigt werden, ist bereits sehr hoch, allerdings ist die Motivation nicht durch ein Interesse an Nachhaltigkeit bedingt, sondern durch den Wunsch nach positiver Außendarstellung. Ein weiterer Beitrag fügt hinzu, dass Nachhaltigkeit nicht durch Berichte, sondern durch Handeln entsteht. Im Gegensatz hierzu steht die Beobachtung, dass die Berichtspflichten zwar nicht von Quartal zu Quartal, aber längerfristig Änderungen in der Unternehmensstrategie bewirken. Die Unternehmen befinden sich in einem teils schmerzhaften Lernprozess, der fortgesetzt werden muss.

Hinsichtlich der im Impuls beklagten Innovationsmüdigkeit werden in der Runde Beispiele genannt, die belegen, dass Innovation durchaus etwas kosten darf. Die Autohersteller müssen sich den Marktbedingungen anpassen und Nachfrage, zum Beispiel nach Elektroautos, bedienen. Dass Elektroautos bisher nicht gekauft werden, liegt nicht an fehlender Nachfrage, sondern an den hohen Preisen. Eine andere Erklärung für den schlechten Absatz von innovativen Automodellen liefert die These eines Teilnehmers, wonach nationalstaatliche Anforderungen für die Weltunternehmen der Automobilindustrie belanglos sind. Dies könnte man den Unternehmen als Ignoranz auslegen. Einem anderen Ansatz zufolge setzen zunehmend Unternehmen die Marktbedingungen: Nicht mehr Märkte bestimmen durch Angebot und Nachfrage, welche Produkte sich durchsetzen, vielmehr sind es zum Beispiel große Autohersteller, die den Markt lenken und damit die ökonomischen Bedingungen diktieren.

Mobilität

Es stellt sich die Frage, in welchem Verhältnis die Automobilindustrie zur Mobilität in einem weiteren Sinne steht. Die Autounternehmen müssen sich über ihre Rolle klar werden: Produzieren sie nur Autos oder leisten sie einen generellen Beitrag zur Mobilität? Als positives Beispiel für die Bedürfnisbefriedigung von Mobilität nennt ein Teilnehmer das Nutzungsmodell „Car2Go“, welches nach dem Carsharing-Prinzip funktioniert. Allerdings sieht sich die Automobilindustrie nicht automatisch mit der Thematik Mobilität verbunden. Es bedarf auf Seiten der Automobilindustrie einer klaren Positionierung zu diesem Thema. Denn Mobilität beinhaltet weniger die Produktion neuer Autos, sondern vielmehr erfordert sie die Entwicklung neuer Nutzungskonzepte und geht in der Auslegung als Raumüberschreitungstechnologie weit über Automodelle hinaus.

Die Rolle von Akteuren und Akteurskonstellationen

Gesellschaftlich verantwortliches Handeln im Sinne der Nachhaltigkeit kann nicht durch Appelle erreicht werden. Die Akteure selber müssen dazu gebracht werden, diese Prinzipien zu wollen. Eine Theologin am Tisch stellt die Frage an die Gesellschaftswissenschaften, ob das Verhalten wirtschaftlich verantwortlicher Subjekte ausreichend erforscht ist. Sie spricht von Widersprüchen zwischen individuellem Verhalten und ökonomischer Rationalität etwa bei der Nutzung von Autos: Das Teilen von Autos wäre in den meisten Fällen ökonomisch rational, wird aber von den wenigsten Menschen praktiziert. Ähnliches lässt sich beobachten bei nachhaltigen Produkten im Supermarkt, die trotz oder aufgrund ihres geringen Mehrpreises von den Konsumenten ignoriert werden. Können Modelle wie „homo oeconomicus“ oder „animal rationale“ den Menschen in seiner Vielseitigkeit erfassen? Akteure und Akteurskonstellationen im Wirtschaftssystem, so ergibt die nachfolgende Diskussion, spielen eine entscheidende Rolle. So sollte sich bei dem Beispiel des Supermarkts der Blick nicht nur auf Unternehmen und Konsumenten richten, sondern ebenfalls die Rolle der Zwischenhändler aufgreifen. Zugleich darf man nicht erwarten, dass Konsumenten immer stimmig und schlüssig agieren. Dabei, so die Überlegung, helfen nur institutionelle Regelsetzungen.

gen. Ein anderer Standpunkt lehnt diese Erklärung ab und formuliert die These, dass auch die Akteure nur Teile eines Systems sind. Die Unternehmen können nach dieser Auslegung selber keine Regeln setzen. Für diese These spricht, dass Unternehmen, die nach Prinzipien der Nachhaltigkeit handeln oder handeln wollen, auf Grenzen und Widerstände stoßen, die institutionell bedingt sind. Hinzu kommt die Feststellung, dass die Wirtschaft von den Konsumenten lebt und in Teilen auch von diesen gesteuert wird. Elektroautos verkaufen sich nicht, weil sie den Konsumenten nicht überzeugen. Durch eine Reihe von Beiträgen wird deutlich, dass die Akteurskonstellation komplex ist. Weder die Unternehmen noch die Institutionen noch die Konsumenten können ohne weiteres gesellschaftlich verantwortliches Handeln im Sinne der Nachhaltigkeit in der Wirtschaft integrieren. Die Konstellation geht über die einfache Produzent-Konsument-Beziehung hinaus. Ebenso wenig darf man undifferenziert den Grundverdacht übernehmen, Unternehmen seien generell schlecht und nur am Gewinn orientiert. Es ist darüber hinaus notwendig, dass auch Konsumenten besser aufgeklärt werden. Die Innovationsmüdigkeit in den Kernunternehmen gilt es zu überwinden. Die Ansätze dazu sind zum Beispiel in den Sozialwissenschaften vorhanden. Der Ratschlag des Impulsgebers lautet, die Industrie mit ihren eigenen Waffen zu schlagen. Gemeint damit ist das Marketing. Marketingbotschaften und -blasen müssen als solche erkannt und der Öffentlichkeit vermittelt werden. Damit entzieht man ihnen die Glaubwürdigkeit und begünstigt ein Umdenken bei allen Akteuren.

Resümee

Zusammenfassend lässt sich ein eher desillusionierender Aspekt feststellen, der Wissenschaft und Wirtschaft in Bezug auf die Nachhaltigkeit eint: In beiden Bereichen zeigen sich Tendenzen, den Begriff Nachhaltigkeit nur als Schlagwort zu nutzen, gleichsam als Flagge, unter der man segelt, ohne dass den Farben der Flagge eine weiterreichende Bedeutung zukommt. In der Wissenschaft nutzt man den Begriff, um leichter an Drittmittel zu kommen; in der Wirtschaft nutzt man ihn, um eine positive Außendarstellung zu erwirken. Zu hoffen bleibt, dass die Wirkung des Begriffs Nachhaltigkeit nach und nach in die Unternehmen sowie in die Hochschulen und Forschungseinrichtungen einsickert und in Folge sich mit dem Begriff Nachhaltigkeit ernst gemeinte Ansprüche an verantwortliches Handeln verbinden.

Klaus-Dieter Altmeyen, Mitglied des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung, der dieses Dialog-Café wissenschaftlich begleitete, fasst die Ergebnisse zusammen. Als notwendig erachtet er eine Schärfung des Nachhaltigkeitsbegriffs, bei der auch zu fragen ist, ob der Begriff die Problemlagen verdeutlicht oder nicht eher verschleiert. Wichtig ist die Beachtung des Zeithorizonts. Eine Orientierung an Wahl- oder Quartalsperioden ist im Sinne der Nachhaltigkeit nicht zielführend. Durch alle Runden des Dialog-Cafés hinweg verdeutlichte sich die Notwendigkeit von institutioneller Ordnung, um nachhaltige Wissenschafts- und Wirtschaftsformen verstärkt zu realisieren. Zu fragen ist dabei: Welche Ordnungen müssen das sein? Wie implementiert man institutionelle Ordnungen? Welche Akteure sind einzubeziehen und welche Ziele zu verfolgen? Die letzte Frage leitet über zu einem Aspekt, dessen Wichtigkeit die Diskussion aufgezeigt hat: die Analyse von Akteurs- und Interessenkonstellationen. Abschließend entlässt Klaus-Dieter Altmeyen die Teilnehmenden der Runde mit einer nachdenklich stimmenden Frage: „Müssen wir nicht auch konstatieren, dass wir einen großen Bereich der gesellschaftlichen Verantwortungslosigkeit haben?“ Diese Frage lässt das Ansinnen, den Begriff Nachhaltigkeit mit ernst gemeinten Ansprüchen an verantwortliches Handeln in allen Bereichen zu füllen, umso dringlicher erscheinen.



Dialog-Café 2: Nachhaltigkeit und Wertekommunikation in Wissenschaft und Kunst

Impulsgeberinnen und Impulsgeber:

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Peter Frankenberg, Heinrich-Vetter-Stiftung, Ilvesheim

Prof. Dr. Dr. h.c. Gesine Schwan, Humboldt-Viadrina Governance Platform gGmbH, Berlin

Eva Claudia Scholtz, Hessische Kulturstiftung, Wiesbaden

Begleitung: Prof. Dr. Stephan Lessenich, Ludwig-Maximilians-Universität München

Moderation: Peter Lonitz, Schader-Stiftung

Bericht und Protokoll: Alice Pawlik und Peter Lonitz

Nachhaltigkeit und Wertekommunikation in Wissenschaft und Kunst ist das Thema des Dialog-Cafés 2. Es wird den Fragen nachgegangen, welche Rolle Nachhaltigkeit in den verschiedenen Facetten der Wertekommunikation spielt, ob Kunst und Wissenschaft durch ihre jeweiligen Werke eine nachhaltigere Lebensweise bewirken können und in welchem Maße der Prozess des stetigen Bezweifeln der Wissenschaft und eine wissenschaftliche Autorität Grundlage der Kommunikation zwischen Wissenschaft und gesellschaftlicher Praxis sein kann.

Nachhaltigkeit in Natur und Kultur

Den ersten Impuls hält der ehemalige Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst des Landes Baden-Württemberg Peter Frankenberg. Er geht davon aus, dass der Begriff der Nachhaltigkeit am ehesten aus dem Bereich des Wirtschaftslebens bekannt ist. Einen praktischen Zugang sieht Frankenberg in der Frage nach den Möglichkeiten, Unternehmen im Wert zu erhalten und zu steigern, so dass trotz Finanzkrise und niedriger Zinsen zukünftige Generationen von den Erträgen profitieren.

Als promovierter Geologe und Botaniker möchte Frankenberg den Begriff der Nachhaltigkeit jedoch lieber im Hinblick auf die Natur definieren und gibt zu bedenken, dass der Begriff Nachhaltigkeit den Geowissenschaften eigentlich fremd ist. Denn die Natur wird von einer Dynamik begleitet, die das Zerstören, Verschwinden und neu Aufbauen als Überlebensstrategie innehat. Den Klimawandel als zerstörende Kraft zu bezeichnen, ist demnach keine naturwissenschaftliche, sondern eine anthropozentrische Perspektive. Dadurch ist die Sicht auf Nachhaltigkeit immer auf den Menschen bezogen. Typische Fragen zum Thema Nachhaltigkeit belegen das: Bleiben Lebensräume erhalten, können Lebensmöglichkeiten an zukünftige Generationen weitergegeben werden, schöpft man Ressourcen aus, indem sie verbraucht werden und haben daher zukünftige Generationen diese Ressourcen nicht mehr zur Verfügung? Es gilt die These des Club of Rome: Rohstoffe werden aufgebraucht und fehlen damit den künftigen Generationen.

Doch es ist zu erkennen, dass Rohstoffe durch technologischen Fortschritt substituiert werden können und man bei einigen Rohstoffen wie beispielsweise Kohle oder Erdöl im Sinne von Nachhaltigkeit froh ist, sie nicht mehr zu verbrauchen, da ihre Verwendung zu weiteren negativen Konsequenzen führt. Dies funktioniert, solange technologischer Fortschritt hilft, diese Rohstoffe durch innovative eigene Produkte zu substituieren.

Abschließend betont Frankenber, dass die Natur selbst keine Strategien von Nachhaltigkeit benötigt, sondern dies vielmehr eine Frage ist, inwiefern Lebensräume und Lebensmöglichkeiten für den Menschen erhalten werden oder regional und zeitlich nicht mehr gegeben sind.

Nachhaltigkeit in der Natur – Wertekommunikation aus anthropozentrischer Perspektive

In der anschließenden Diskussion verdeutlicht sich, dass die naturwissenschaftliche Perspektive in der Nachhaltigkeitsdebatte eine Perspektive ist, die immer auf den Menschen bezogen ist. Denn nicht die Natur selbst ist nachhaltig, sondern der Mensch und sein Tun im Hinblick auf den Wunsch, den aktuellen Naturzustand zu schützen und zu erhalten, um sich selbst zu erhalten. Nachhaltigkeit besitzt daher eine normative Dimension, welche die Aufforderung impliziert, nicht mehr zu verbrauchen als das, was man auf absehbare Zeit auch regenerieren kann. Diese anthropozentrische Perspektive ist jedoch kein Mangel. Denn die Norm kann auch auf andere Bereiche übertragen werden und erhält in der Folge eine ökonomische und eine soziale Dimension. Nachhaltigkeit ist ein Imperativ des Verhaltens und damit auch explizit eine Wertekommunikation. Im Hinblick auf den Impulsvortrag stellt sich vor allem die Frage, ob Natur überhaupt der zu kommunizierende Wert ist? Die anthropozentrische Perspektive legt nahe, dass es bei der Diskussion um Nachhaltigkeit nicht um natürliche und materielle Prozesse gehen kann, sondern dass Nachhaltigkeit das meint, was Künstler und Wissenschaftler bewirken. Sowohl die wissenschaftliche Erkenntnis als auch das künstlerische Werk sind insofern nachhaltig, als dass sie praktische Konsequenzen haben, die in die Zukunft hinein wirken. Das Thema der Nachhaltigkeit wird mehr als geistige Dimension angesehen als ein Prozess in der Natur.

Nachhaltigkeit und Wertekommunikation als dynamischer Prozess

Nachhaltigkeit aus naturwissenschaftlicher Perspektive bedeutet auch, dass der Naturprozess von einer ständigen Dynamik begleitet wird. Diese Veränderungsdynamik von Nachhaltigkeit kann auch auf andere Bereiche angewendet werden. Nachhaltigkeit und Veränderung gehören daher ebenso zusammen wie Stabilität und Flexibilität. Denn die Erhaltung von Systemen bedarf immer einer flexiblen Veränderungsdynamik. Es wird jedoch zu bedenken gegeben, dass in der Öffentlichkeit der Begriff der Nachhaltigkeit oftmals mit Besitzstandswahrung einhergeht. Damit kommt der zeitlichen Dimension von Nachhaltigkeit eine tragende Bedeutung zu. Hier wird gefragt, ob Nachhaltigkeit in der Vergangenheit nicht nur auf den Aspekt des „Bewahrens“ reduziert wurde. Sollte man nicht versuchen, den Begriff zu dynamisieren? Diese einseitige Auffassung kann mit einer aktuellen Diskussion in der Medizin verglichen werden, bei der es um das Verhältnis von Prävention im Sinne von Gesundheitsförderung und Remedur, der Behandlung im Krankheitsfall, geht. In diesem Zusammenhang wird für eine zukunftsorientierte, nach vorne gerichtete Prävention plädiert, die nicht nur technisch konnotiert sein soll, sondern den Fokus auf die Bildung legt. Nicht alle Teilnehmer der Diskussion waren mit der Abwertung des Rückstandsdenkens und der Besitzstandswahrung einverstanden. Warum soll die Zukunftsorientierung mehr Legitimation haben als das bewahrende Denken?

Nachhaltigkeit im Wissenschaftsbetrieb

Den Impuls zur zweiten Runde des Dialog-Cafés gab die Politikwissenschaftlerin Gesine Schwan. Beim Thema Nachhaltigkeit im Wissenschaftsbetrieb setzt sich Gesine Schwan zunächst mit bestimmten Denkweisen auseinander, die eine wertfreie Wis-

Keine Angst vor Kunst!



senschaft proklamieren, aber gleichzeitig massive Wertungen und politische Optionen enthalten. Diese entsprechen nicht immer dem Gemeinwohl und sind daher auch nicht nachhaltig. Wissenschaftliche Arbeit ist nicht wertfrei. Jede Fragestellung impliziert eine Wertung, jede methodische Entscheidung impliziert eine Wertung. Der irreführende Begriff der Wertfreiheit sollte daher beiseitegeschoben werden. Schwan wünscht sich eine reflektierte Freilegung der implizierten Werte im wissenschaftlichen System. Wenn Wissenschaft Werte kommunizieren soll oder sich in den Dienst von Nachhaltigkeit stellen will, dann muss sie ihr gegenwärtiges System, seine impliziten und seine von Nachhaltigkeit abweichenden Logiken freilegen und sich neu orientieren. Gesine Schwan spricht sich gegen den manischen Wettbewerb, der angeblich zu Leistungssteigerung führt, aus und schlägt vor, dass anstelle dessen das Prinzip der Kooperation stärkere Anwendung finden soll.

Neben der Tatsache, dass Wissenschaft Werte kommunizieren kann, kann sie auch für Werte, wie beispielsweise Freiheit, eintreten. Wissenschaften sind verschiedenen politischen und finanziellen Zwängen unterworfen. Ein reflektierter Umgang sollte nicht nur wissenschaftstheoretisch und intellektuell erfolgen, sondern vor allem in einer Wertekommunikation münden, die Implikationen für das gesamte Wissenschaftssystem beinhaltet. Dies ist keine leichte Aufgabe, trotzdem plädiert Gesine Schwan dafür, an dieser Stelle unterstützend zu wirken und so zum Beispiel studentischen Initiativen zur Seite zu stehen.

Zudem sieht Schwan in der schwammigen Definition des Begriffs Nachhaltigkeit durchaus auch die Chance, alle möglichen Implikationen zu vereinen. Dahinter steht ein Gerechtigkeitsverständnis und ein Verantwortungs- und Inklusionsverständnis. Nachhaltigkeit kann so als ein Begriff des Gemeinwohls verstanden werden.

In diesem Sinne ist auch Kunst derzeit mehr an sozialer Verantwortung und sozialer Gerechtigkeit interessiert. Filme, optische Kunstwerke, Ausstellungen wie „Künstler-tourist: Grenzgänge“ in der Galerie der Schader-Stiftung: Gerade bei jungen Künstlerinnen und Künstlern stehen hinter den Kunstwerken auch soziale Bezüge. Wissenschaft und Kunst sind beide auf Wahrheit aus. Die Kunst ist aber nicht verpflichtet, ihren Weg zur Wahrheit zu prüfen oder zu rechtfertigen, sondern sie hat eine andere Art des Wahrheitszugangs. Dies sieht Gesine Schwan als Chance, denn gerade die visuelle oder auch auditive Kunst bietet neue Möglichkeiten des Ausdrucks und erreicht mehr Menschen als Wissenschaft.

Wertekommunikation und Nachhaltigkeit als wünschenswerte Kriterien im Wissenschaftssystem

Die anschließende Diskussion bestätigt, dass Wissenschaft nicht wertfrei verfährt, da sie immer politischen oder finanziellen Zwängen unterworfen ist. Eine reflektierte Haltung, die diese Umstände auch explizit formuliert, ist wünschenswert. Doch wenn

eine Wissenschaft werthaltig kommunizieren soll, dass ökonomische, ökologische und soziale Nachhaltigkeit ein Anliegen ist, stellt sich die Frage, wie diese Wissenschaft beschaffen sein muss? In diesem Zusammenhang wird der Aspekt der Ausbildung zukünftiger Generationen diskutiert und darauf hingewiesen, dass Bildungsziel und Ausbildungsziel oftmals Unterschiedliches meint. Bildung im Sinne einer ganzheitlichen geistigen Dimension wird den zukünftigen Generationen an den wettbewerbsorientierten Hochschulen nicht mehr vermittelt. Vielmehr wird eine Ausbildungsform betrieben, die sich an den Regularien des Arbeitsmarkts orientiert. Auf Grund der veränderten Hochschulpolitik stellen sich Nachwuchswissenschaftler kaum noch kritischen Fragen. Es ist wünschenswert, den Studenten über das fachspezifische Wissen hinaus eine Werterhaltung mitzugeben. Diese Situation erfordert aber im Hinblick auf die Hochschulpolitik ein selbstständiges Engagement dafür, Zwischenräume zu finden, um neue Plattformen für einen kritischen Austausch zu etablieren. Der Bedarf wird erkannt, doch die Frage nach der Umsetzung im Hinblick auf die Finanzierung schafft erneute Zwänge.

Nachhaltigkeit und Wertekommunikation in ihren zeitlichen Dimensionen

Trotz der Zwänge sind nach einem Jahrzehnt gewisser Sprachlosigkeit, was gesellschaftliche Wertebildung anbetrifft, Tendenzen zu erkennen, dass Kunst und Wissenschaft wieder politische Ansätze hervorbringen. Auf Grund der veränderten Machtverhältnisse in der Medienwelt haben sich neue Wertesysteme entwickelt, denen es nachzugehen gilt. An diesem Punkt des Umbruchs muss sich nachhaltige Wissenschaft die Frage stellen, ob es sinnvoll ist, darüber nachzudenken, welche Werte notwendig sind und wie sie diese in die neue Zeit mitnehmen kann. Durch die Institutionsordnung des Wissenschaftssystems und die Kurzorientierung im Wettbewerb fragen sich die Wissenschaften nicht mehr, was an alten Wissensbeständen fortzuschreiben ist. Nachhaltige Wissenschaft muss institutionelle Vorkehrungen treffen, um Wissensbestände zu bewahren. Es wird zu bedenken gegeben, hier nicht in einen historischen Pessimismus im Sinne einer Kulturkritik zu verfallen, sondern dies als eine Institutionskritik und als eine Kritik am Wissenschaftssystem anzusehen.

Kann Wissenschaft von der Kunst lernen?

Obwohl die Kunst ebenso wie die Wissenschaft institutionellen und ökonomischen Logiken unterworfen ist, schafft sie es, sich auf Grund ihrer hohen kreativen Leistung immer wieder den beschriebenen Zwängen zumindest scheinbar zu entziehen. Vermehrt wird darauf hingewiesen, dass der wesentliche Unterschied zwischen Kunst und Wissenschaft in der Tatsache liegt, dass die Wissenschaft einen Anspruch auf Wahrheit, Beweisbarkeit, Steuerbarkeit und Umsetzbarkeit hat, während das künstlerische Schaffen immer interpretierbar ist und nicht den Anspruch eines logischen nachvollziehbaren Ergebnisses hat. Diese Feststellung wurde aber nicht als ein gegensätzliches Kriterium empfunden, sondern vielmehr als ein Potenzial zur Ergänzung angesehen. Liefße sich Kunst von den Wissenschaften operationalisieren? Durch die veränderten Bedingungen von aktuellen Kunstproduktionen ist eine Operationalisierung nicht notwendig. Kunst ist heute mehr denn je politisch und sozial motiviert. Durch das Ineinanderfließen von Disziplinen und durch Entgrenzungsprozesse ehemals fester Kategorien ist in der Gegenwartskunst aktuell ein hohes politisches und soziales Engagement feststellbar, das sich mit gesellschaftlichen Fragen und Phänomenen auseinandersetzt. Oftmals liegen heutzutage künstlerischen Produktionen umfangreiche wissenschaftliche Vorarbeiten zu Grunde. Obwohl diese Vorarbeiten eine eindeutig wissenschaftliche Grundlage aufweisen, ist im Produkt eine subjektive Komponente, die sich nicht intersubjektiv ausweisen muss, legitim. Eine ähnliche Bewegung ist auch für das Wissenschaftsverständnis wünschenswert. Tendenzen einer Übernahme sind beispielsweise bei sogenannten Design Thinkings zu finden. Wissenschaft ist aber heutzutage zu sehr am Ergebnis orientiert und dadurch auch kreativlos. Emotionale



Komponenten wie Empathie, Phantasie oder Einbildungskraft sind in der Wissenschaft nicht kultiviert. Dieser Umstand verhindert Kreativität. Der Bedarf an neuen innovativen Ausdrucksformen in der Wissenschaft besteht und könnte durch künstlerische Ressourcen gedeckt werden.

Wertekommunikation und Wahrheit

Eva Claudia Scholtz, Geschäftsführerin der Hessischen Kulturstiftung in Wiesbaden, nahm innerhalb der dritten Runde des Dialog-Cafés Stellung zu der Frage, ob Kunst durch ihre jeweiligen Werke eine nachhaltigere Lebensweise bewirken kann. Wenn die Kunstschaffenden nicht gerade an einer Auftragsproduktion sitzen, stellen sie ein Produkt für einen Markt her, den es eigentlich nicht gibt. Denn dieser Markt wird erst von ihnen, ihren Netzwerken sowie von Galleristen erschaffen. Diese Grundkondition definiert einen künstlerischen Lebens- und Arbeitsstil, der auf Kostenbewusstsein und auf Ressourcenorientierung basiert. Die Referentin plädiert dafür, den Begriff der Ressourcenorientierung anstelle von Nachhaltigkeit zu verwenden. Damit handelt der Künstler nachhaltig. Kunst vermittelt auch Respekt vor dem Original und das Wissen um die Unwiederbringlichkeit.

Zum Aspekt der Wertekommunikation meint Eva Claudia Scholtz, dass Kunst eine Form von Kommunikation ist, die sich der Mittel der Ästhetik bedient und von ausgewählten Inhalten des Alltags, des Menschseins, des Lebens sowie der Gesellschaft berichtet. Dadurch lädt sie zu einer Begegnung mit anderen Werten ein.

Es ist die Aufgabe von Museumskustoden und Kuratoren, Kunst und Kulturgegenstände zu sammeln, aufzubewahren, sie sorgfältig zu konservieren, sie zu erforschen und aktuelle Forschungsergebnisse zu vermitteln. Wenn Ausstellungen aus der eigenen Sammlung entwickelt werden, wenn sich das Licht der Aufmerksamkeit unter wechselnden gesellschaftlichen, politischen oder wissenschaftlichen Gesichtspunkten verändert und dadurch Kunstwerke anders betrachtet werden und aktuell bleiben, dann ist dies Nachhaltigkeit in der Kunst. Besonders in den Kunst- und Kulturwissenschaften sind Auslegungslücken und kontroverse Deutungen Teile des wissenschaftlichen Diskurses und für die Öffentlichkeit als prozesshafte Annäherung von größtem Interesse. Für Kuratoren und Restauratoren können Situationen entstehen, in denen sich Wissenschaftler im Olymp ihrer individuellen Autoritäten verirren und von dort aus in strittigen Fragen richterliche Qualitäten ausüben.

Die Kunstwissenschaft und die Museen des 21. Jahrhunderts benötigen, nach Auffassung von Eva Claudia Scholtz, neben höchsten wissenschaftlichen Ausbildungsstandards und der vollen Anerkennung individueller Forschungsleistungen, weniger vom Geniegedanken des 19. Jahrhunderts und mehr vom Ideal des fairen Teamplayers. Andere Forschungsansätze müssen aktiv einbezogen werden und es muss ein offener Diskurs über bestehende Kontroversen geführt werden.

Nachhaltigkeit in der künstlerischen Praxis

In der anschließenden Diskussion wurde klar, dass der Begriff der Nachhaltigkeit in der Kunst keine eigenständige Figur darstellt. Doch ist im Sinne einer sozialen Ausrichtung von Kunst Nachhaltigkeit nicht bereits impliziert? Jedes Kunstwerk hat seine eigene Ökonomie auch im Hinblick auf Material und Technik, weil es auf das Überdauern seiner eigentlichen Entstehungszeit ausgelegt ist. Dies bedeutet, dass Nachhaltigkeit im Sinne eines nachhaltigen Wirkens bereits im Entstehungsprozess intendiert ist. Hinzu kommt, dass viele Kunstschaffende ihr künstlerisches Dasein, also sowohl die produktive künstlerische Arbeit als auch eine nachhaltige Lebensweise, als eine Einheit definieren. Der Wunsch nach einer lebenswerten Gesellschaft, nach einem lebenswerten Miteinander ist oftmals intendiertes Ziel vieler Kunstproduktionen. Die Frage nach der Essenz des künstlerischen Schaffens ist elementar und daher zentral zu diskutieren. Künstlerische Praxen sind dann insofern nachhaltig, als dass sie bestimmte Konsequenzen haben, die in die Zukunft hinein wirken.

Nachhaltigkeit und Wertekommunikation im öffentlichen Raum

Wenn Nachhaltigkeit im Sinne einer sozialen Ausrichtung in Kunst bereits impliziert ist und Kunst als Chance gesehen wird, in einem breiten öffentlichen Raum wirken zu können, stellt sich die Frage, wie der Begriff der Nachhaltigkeit im öffentlichen Raum grundsätzlich wahrgenommen wird. Die Teilnehmenden des Dialog-Cafés sind sich weitgehend einig, dass der Begriff der Nachhaltigkeit oftmals nur im Rahmen der Wissenschaftskommunikation diskutiert wird und damit als ein Produkt der Elitenkommunikation erscheint. Beobachtungen aus der Praxis zeigen, dass der Begriff in der öffentlichen Kommunikation zu großen Verwirrungen führt, da er schwer zu vermitteln ist und oft die ökologische oder auch ökonomische Dimension als Rahmen gesetzt wird, um andere Systeme innerhalb dessen zu verankern. Obwohl der Begriff in der Öffentlichkeit nicht gänzlich unbestimmt ist und auch eine politische Kraft entwickeln kann, wird er oft als Wortblase identifiziert, die über alle möglichen Themen gestülpt wird. Unter Nachhaltigkeit versteht jeder etwas anderes. Dies ist aber notwendig, denn je nachdem, welche Rolle derjenige in der Gesellschaft einnimmt, sind mit Nachhaltigkeit auch unterschiedliche Handlungsweisen und Konsequenzen verbunden. In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage nach der Verantwortung des Einzelnen im Hinblick auf Wertekommunikation und den Begriff der Nachhaltigkeit. Doch wer definiert, was für den Einzelnen gesellschaftliche Verantwortung ist? Die Frage, wer welche Werte mit wem kommuniziert, scheint bisher ungelöst. Im Sinne einer neu definierten Werteorientierung und -kommunikation müssen hier neue Formen des Ausdrucks geschaffen werden. Impulse aus der Kunst könnten helfen, diese neuen Formate zu entwickeln, um Wissensprodukte auch über einen wissenschaftlichen Kreis hinaus zu präsentieren und zu vermitteln, um dann entsprechend nachhaltig zu wirken.

Resümee des Dialog-Cafés und Impulse für die Stiftungsarbeit

Die Zusammenfassung des Dialog-Cafés 2 durch das Mitglied des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung, Stephan Lessenich, betont die für die einzelnen Durchgänge wichtigsten Aspekte der Impulse und der darauf aufbauenden Diskussionen. Nach allen Regeln der wissenschaftlichen Kunst wurden im Laufe der drei Runden sämtliche Leitbegriffe dekonstruiert, befragt, hinterfragt und als Plastikwörter identifiziert. Nachhaltigkeit, Wertekommunikation, Wissenschaft, Kunst – der Reihe nach wurde hinterfragt, was das eigentlich ist. Doch laut Lessenich hat dies die Diskussionen nicht erschwert, sondern beflügelt.

Als diskutablen Aspekt erkennt Lessenich die Zeitstrukturen des Nachhaltigkeitsbegriffs. Wie wird der Begriff der Nachhaltigkeit gedacht? Radikal zukunftsorientiert oder eher in die Vergangenheit gerichtet? Der Begriff bezieht sich im Alltagsdenken auf etwas Bewahrendes, etwas Erhaltendes. Muss Nachhaltigkeit nicht zukunftsweisend oder präventiv

gedacht werden? Gerade in diesem Spannungsfeld können sich Wertekonflikte entfalten, zwischen einem zukunftsorientierten oder einem vergangenheitsorientierten Nachhaltigkeitskonzept.

Als einen weiteren wesentlichen Punkt der Diskussionen benennt Stephan Lessenich die Kritik an dem gegenwärtigen Wissenschaftssystem. Wenn Wissenschaft in einem strengen Sinne tatsächlich nie wertfrei, sondern immer mit Wertbezügen forscht und in ihrer Konsequenz auch selbst Wertekommunikation betreibt, welche institutionellen Voraussetzungen des Wissenschaftssystems müssen dann vorliegen, dass sich eine werthaltige wissenschaftliche Kommunikation, beispielsweise über Nachhaltigkeitskonzepte, entwickeln könnte?

In diesem Zusammenhang betont Lessenich den zentralen Konflikt, der sich um die Frage dreht: Wertekommunikation – wer kommuniziert hier eigentlich was mit wem? Und ist Wertekommunikation am Ende nicht immer Elitenkommunikation? Die Diskussion darüber, ob soziale Innovation von unten oder von oben oder von der Seite entstehen sollte, wurde nicht ausgetragen.

Neben der Institutionskritik vermerkt Lessenich auch Elemente der Selbstkritik. Es wurde davon ausgegangen, dass ein Problem der Wertekommunikation oder der Nicht-Wertekommunikation der Wissenschaft darin liegt, dass deren Sprache im öffentlichen Raum nicht zu verstehen und dieses Unverständnis vielleicht eine Frage des Stils und des Formats ist, wie wissenschaftliche Wissensprodukte präsentiert und vermittelt werden. Kann Wissenschaft in Sachen innovativer Formate von der Kunst lernen? Könnte eine Grenzüberschreitung zwischen Wissenschaft und Kunst im Sinne von interventionistischer Kunst-Wissenschaft oder von Experimentalsituationen nicht ein sinnvolles Modell sein?

Zum Abschluss des Dialog-Cafés wird die Rolle der Schader-Stiftung zur Förderung von Gesellschaftswissenschaften im Dialog mit der Praxis aufgegriffen. Die Teilnehmer des Dialog-Cafés machen diesbezüglich folgende Aufgaben für die Schader-Stiftung aus: Zum einen die Stabilisierung und den Ausbau der Vermittlungsfunktion von Wissenschaft im Dialog mit der Praxis. Zum anderen eine problemorientierte, interdisziplinäre Austauschplattform, welche auch „sperrige“ Themen integriert und die Möglichkeit zur Diskussion bietet.



Dialog-Café 3: Nachhaltigkeit und Governance

Impulsgeberinnen und Impulsgeber:

Prof. Dr. Martin Führ, Hochschule Darmstadt

Prof. Dr. Claus Offe, Hertie School of Governance, Berlin

Dr. Bettina Brohmann, Öko-Institut e.V., Darmstadt

Begleitung: Prof. Dr. Ursula Münch, Akademie für Politische Bildung Tutzing

Moderation: Sebastian Fellner, Schader-Stiftung

Bericht und Protokoll: Monika Berghäuser und Sebastian Fellner

Nachhaltigkeit, so bringt es Claus Offe zum Ausdruck, kann als Vorsorge beschrieben werden, nicht ex post bedauern zu müssen, was wir in die Welt gesetzt und ausgelöst haben. Wie kann staatliches Handeln nachhaltige Entwicklung befördern? Welche Rolle kommt der zivilgesellschaftlichen Öffentlichkeit zu? Wie positionieren sich Unternehmen im Prozess hin zu mehr Nachhaltigkeit? Kann Wissenschaft zur Gestaltung von Nachhaltigkeitspolitik beitragen?

Formen der Regulierung zur Einbindung von Nachhaltigkeitsprinzipien

Nachhaltige Entwicklung verlangt grundlegende Veränderungen auf vielen Ebenen: gesetzgeberische Impulse und die Bereitschaft der Akteure, diese Anstöße aufzunehmen. Wie Martin Führ, Verfassungsrechtler mit Schwerpunkten im Umwelt- und Technikrecht, zur Einleitung des Dialog-Cafés referiert, können Rechtsnormen nachhaltiges Handeln nicht verbindlich einfordern, sondern lediglich materielle Grundpflichten formulieren.

Doch im Zusammenhang mit Themen wie etwa Export, Wachstum oder Sicherung von Arbeitsplätzen gilt in verharmlosender Weise als Standard von Nachhaltigkeit, was gerade noch durchzusetzen ist, und nicht, was sich aus einem unabhängigen Maßstab ergeben würde. Gesetze wie das Erneuerbare-Energien-Gesetz spiegeln das wider, was zum Zeitpunkt ihrer Entstehung technisch machbar und politisch möglich war. Normen dieser Art haben einen durchaus experimentellen Charakter – sie erzeugen ihrerseits Dynamik und werden deshalb ständig nachjustiert. In einem solchen „permanenten Laboratorium“ kann der Gesetzgeber Informationsbeschaffungspflichten verankern und Lernschritte mit konkreten Zeitvorgaben definieren, deren Einhaltung zu einem bestimmten Zeitpunkt zu kontrollieren ist – Prüfaufträge mit Verfallsdatum, wie sie beispielsweise die europäische Chemikalienverordnung REACH – Registration, Evaluation, Authorisation and Restriction of Chemicals – als ein Beispiel für Verrechtlichung von Verantwortung enthält.

Rekonstruktion der Handlungsfähigkeit von Politik

Aus Sicht der Politischen Soziologie registriert Claus Offe einen permanenten Zustand der Macht-, Rat- und Hilflosigkeit von Politik. Wie das Konzept der fehlenden „government capacity“ beschreibt, kann es angesichts von Dilemmata, aus denen niemand einen Ausweg weiß, keine *richtigen* politischen Lösungen geben. In seinem Impulsvortrag zitiert Offe die US-amerikanische Politikwissenschaftlerin Jane Mansbridge: „How we can get things done.“ Was steht der Handlungsfähigkeit von Politik im Wege?

Offes Befund zum Problem der Rekonstruktion von Politikfähigkeit: Wie erklärt sich unsere Unfähigkeit, etwas in der Welt zu bewirken, sich gegenüber der Realität zu behaupten? Es sind Probleme kollektiven Handelns, denn Einzelne können nicht veranlasst werden, das zu tun, was gut für alle ist. Wenn bestimmte Akteure – Gesetzgeber – Normen setzen, handeln deren Adressaten nicht entsprechend, ungeachtet etwaiger Kontrollsanktionen oder der Etablierung von Rechtspflichten. Mit dem Versuch, Anreize zu setzen, bewirkt man in vielen Fällen das Gegenteil. Offe schildert in diesem Zusammenhang das in der Literatur vielfach zitierte Experiment des Kindergartens im Hyde Park: Da das erwünschte rechtzeitige Abholen der Kinder trotz Ermahnungen und Appellen nicht funktionierte, wurde eine Regelung geschaffen, nach der das Überziehen der vereinbarten Zeit kostenpflichtig ist. Das Resultat: Die Eltern kommen erst recht zu spät, weil sie die zusätzliche Betreuungszeit „kaufen“ – und sie es sich leisten können.

Selbst wenn es keine *richtigen* politischen Entscheidungen geben kann, so wird eingesetzt, müssen sie dennoch getroffen werden. Dafür sind entsprechende Rahmenbedingungen erforderlich, Strukturen, die helfen, miteinander Entscheidungen zu finden. Es ist keine Perspektive, nichts zu tun, weil es im Nachhinein falsch sein könnte. Die pragmatische amerikanische Formel „How to get things done“ allerdings setzt schon voraus, dass über die Ziele bereits Einigkeit besteht und nur der Weg dorthin noch zu klären ist.

Gesellschaftliche Konsensbildungsprozesse und Governance-Strukturen

Angesichts von Interessenkonflikten und Problemlagen wird die Frage nach den richtigen Governance-Strukturen gestellt: Wie komme ich zu *möglichst* guten Konsenslösungen, um widerstreitende Interessen zu einem Ausgleich zu bringen? Bestimmte Entscheidungen sind in Bezug auf Problemlösung effektiver als andere. Neben neuen Formen der Regulierung sollten also auch gesellschaftliche Konsensbildungsprozesse Aufmerksamkeit erfahren.

Wie jedoch kann Konsensbildung stattfinden, wenn, so wird als Beispiel angeführt, Unternehmen im Energiesektor mit ihren völlig unterschiedlichen Interessen untereinander nicht konsensfähig sind? Insgesamt wird das Vorhandensein eines gesamtgesellschaftlichen *Grundkonsens* zu mehr Nachhaltigkeit festgestellt, konkrete Schritte jedoch sind umstritten, also ist wiederum der Gesetzgeber gefordert.

Akteure in Governance-Prozessen

Mit der Einbeziehung nichtstaatlicher Akteure steigt die Zahl der Beteiligten, die Konsensbildung wird schwieriger, Entscheidungsprozesse gestalten sich langwieriger. Im Ergebnis kann dieser Umstand gewinnbringend sein, er kann aber auch zu Entscheidungsverzögerung oder -unfähigkeit führen. Wie berechenbar und einplanbar ist die Öffentlichkeit im Hinblick auf ihr Partizipationsverhalten? An dieser Stelle zeigt sich die Problematik des Governance-Konzepts. Zudem gelingt die Einbindung der Gesellschaft in partizipative Verfahren bisweilen nur in Bezug auf einen Teil der Bevölkerung. Wenn zusätzlich Partikularinteressen, also widerstreitende, nicht gemeinwohlorientierte Interessen verfolgt werden, kann dies in ein Entscheidungs dilemma führen.



Von Seiten der Politik, die mit Blick auf die nächste Legislaturperiode agiert, wird die Beteiligung von Stakeholdern häufig als ein Risiko mit Verunsicherungspotential gesehen. Im Prozess der Willensbildung, so ein Resümee, sprechen gute Gründe dafür, zivilgesellschaftliche Akteure einzubeziehen. Bei der Herstellung bindender Entscheidungen hingegen steht die Legitimation der nichtstaatlichen Akteure in Frage.

Transformation eines sozio-technischen Gesamtsystems: Die Energiewende

Bettina Brohmann, Forschungskoodinatorin für transdisziplinäre Nachhaltigkeitswissenschaften, legt in ihrem Impuls aus Praxissicht den Fokus nicht auf den rein technologischen Aspekt der Energiewende, sondern auf die gesellschaftliche Transformation, auf die Rolle der Verbraucher und Bürger, auf eine schon lange aktive Energiewendebewegung. Wie reagiert hier die Politik auf strukturelle und inhaltliche Angebote von Seiten der Gesellschaft? Governance im Sinne einer Moderation kann eine gemeinsame gesellschaftliche Vision schaffen und ein verbindendes Element zwischen Mikro- und Makroebene darstellen. Aus Sicht der Praxis müsste dabei mehr Aufmerksamkeit auf die unteren Ebenen, auf die Landkreisebene, die Bundesländer gerichtet werden.

Im Zusammenhang mit der Energiewende nennt Brohmann vier Erfolgsbedingungen praxisrelevanter Governance. Erstens: Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit in der Politik sowie Rahmenbedingungen, die nachhaltigkeitsfördernd sind. Zweitens: Wahrnehmung und Einbindung von Pioniershandeln. Drittens: Statt Legislaturdenken langfristiges Denken und dementsprechend mutige Entscheidungen. Viertens: Breite Beteiligung und breite Kooperationen zwischen den verschiedenen Ebenen sowie Betroffenen und Stakeholdern realisieren, auch gegen Ängste und Widerstände.

Noch treffen sich im Politikfeld der Energiewende die Ebenen nicht, sondern es besteht eine top down-Orientierung. Zwar wird viel getan: Ministerien, die Bürgerbeteiligung anstoßen und regionale Zentren einrichten, die als Schnittstellen zwischen der Makro- und der Mikroebene dienen können. Das aber ist aus dem Blickwinkel der Praxis nur ein erster Schritt. Unter welchen Bedingungen soziale Innovationen stattfinden und Governance im Sinne von Diskurs und Moderation funktioniert, diese Frage ist noch nicht beantwortet.

Unternehmen und Nachhaltigkeit

Aus dem Kreis der Praxisakteure erfährt die Rolle der Unternehmen besondere Aufmerksamkeit. Leisten sie eine nur äußerliche Anpassung an Nachhaltigkeitsprinzipien, auch weil diese ökonomische Vorteile bietet? Oder installieren sie, wozu staatliches Handeln sie nicht zwingen kann, aus eigenem Antrieb eine neue Unternehmenskultur? Einerseits wird in der Diskussion eine „Demokratisierung des Risikowissens“ in Richtung Konsumenten, aber auch Konkurrenten konstatiert, andererseits von Widerständen multinationaler Unternehmen gegen zunehmende Reglementierung berichtet. So konnte trotz intensiver Lobbyarbeit der Industrie die europäische REACH-Ver-

ordnung, und damit die Verrechtlichung von Verantwortung, in Kraft gesetzt werden, weil Verbraucher, Gewerkschaften, Berufsgenossenschaften und Umweltschützer gemeinsam stark genug waren, um dieses Thema durchzusetzen. Die Macht und die Informationsmöglichkeiten der Verbraucher veranlassen Unternehmen, sich in Richtung Nachhaltigkeit zu bewegen. Nach anderer Einschätzung nehmen Teile der Industrie diese Aufgabe aus eigenem Interesse bereits von sich aus wahr.

Per „blaming and shaming“, einem Mechanismus der europäischen Politik, der über das Zuschreiben von Verantwortung funktioniert, können Formen der innovativen Regulierung im Wertschöpfungsprozess wirksam werden und sich Kontrollmechanismen hin zu mehr Nachhaltigkeit entwickeln. Gestützt durch den institutionellen Kontext und durch Druck von Verbraucherseite werden Hersteller so unter Umständen zur Verantwortungsübernahme in den einzelnen Phasen des Produktionsprozesses aktiviert. Die Detox-Kampagne von Greenpeace, die sich sowohl gegen Gifte in Kleidung als auch gegen toxische Belastung für die Beschäftigten im Herstellungsprozess richtet, wird als Beispiel für diese Kontrollfunktion genannt. Aber „blaming“ ist ein konfrontativer, nicht unumstrittener Weg und eben kein Prozess der Konsensbildung.

Digitale Transformation

Insbesondere von Seiten der Politik, so ein kritischer Einwand, wird der Nachhaltigkeitsbegriff angesichts der globalen digitalen Wende zu analog gedacht. Die Digitalisierung ist ambivalent zu sehen; sie kann Nachhaltigkeit befördern, sei es durch Aktivitäten für nachhaltigen Konsum, sei es durch Strategien wie „Sharing-Economy“, die auf digitalen Netzen basieren. Gleichzeitig kann Digitalität eine Bedrohung von Nachhaltigkeit sein.

Wissenschaft und politische Praxis

Im Verlauf des Gesprächs werden immer wieder Möglichkeiten und Grenzen wissenschaftlicher Praxisberatung, namentlich der Politikberatung, thematisiert. Gegenüber der Wissenschaft ist die Praxis nicht nur aufgeschlossen, interessiert, beratungswillig und -bedürftig, sondern, wie die Erfahrungen vieler zeigen, auch widerständig und abweisend, speziell wenn Informationen, salopp gesagt, ihr „nicht in den Kram passen“. Reflexion ist Handlungshemmung: Die Praxis will keine Informationen, die sie möglicherweise gar nicht „verdauen“ kann. Das klassische Verständnis der Wissenschaft, sie sei in der Lage, der Politik Lösungen, noch dazu langfristig wirksame, zu präsentieren, wird indessen als Selbstüberschätzung der Wissenschaft kritisiert.

Auf welche Weise – und dieses Thema wird sowohl aus Sicht der Politik als auch der Wissenschaft angesprochen – durch welche Kommunikation, mit welcher Verbindlichkeit, mit welchem Erfolg kann Wissenschaft Empfehlungen an die Praxis geben? Wie kann die Praxis selbst aktiv werden, um sich wissenschaftliche Informationen zu beschaffen? Wer beurteilt nach welchen Kriterien, was „regrettable“, was bedauerlich ist – und zu welchem Zeitpunkt?

Impulse für die Stiftungsarbeit

Welche Aufgaben kann die Schader-Stiftung im Themenbereich Nachhaltigkeit und Governance übernehmen? Teilnehmende des Dialog-Cafés wünschen sich eine stärkere Wahrnehmung der vermittelnden Rolle. Die Stiftung kann dazu beitragen, neue Allianzen zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren zu schmieden. Die Schader-Stiftung sollte Forschende unterschiedlicher Disziplinen und Praxisakteure zusammenbringen, Ergebnisse zielgruppengerecht transferieren und als Katalysator für „inclusive government“ wirksam sein. Eine weitere Empfehlung geht dahin, Nachhaltigkeit nicht nur analog zu denken, sondern sich mit der Doppelbödigkeit der digitalen Wende auseinanderzusetzen.



Resümee

Ursula Münch, Mitglied des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung, die das Dialog-Café wissenschaftlich begleitet, fasst den Gesprächsverlauf und die Ergebnisse der drei Sessions abschließend zusammen. Sie stellt fest, wie deutlich sich die politikwissenschaftliche von der juristischen Sicht auf Nachhaltigkeit und Governance unterscheidet. Beide Perspektiven eint jedoch die Wahrnehmung nachhaltiger Entwicklung als Prozess – ein dauerhafter nachhaltiger Endzustand ist nicht zu erreichen. Der prozesshafte Charakter und die Dominanz von Wirkungsketten vertragen sich nur schwer mit der Zeitdimension von Politik. Konsequenz ist eine strukturelle Reibungsfläche, die erklärbar macht, dass politische Entscheidungen zustande kommen, die sich im Nachhinein als „regrettable“ herausstellen. Angesichts dieses Widerspruchs agieren staatliche Institutionen hilf- und ratlos, sind aber nur eingeschränkt oder gar nicht bereit, wissenschaftlichen Rat einzuholen oder anzunehmen.

Führt Governance, ein Begriff, der im Gespräch durchaus unterschiedlich gesehen wurde, hier weiter? In Beteiligungsverfahren, die wiederum staatlich reguliert sind, beeinflusst eine Vielzahl von Akteuren die politische Willensbildung. Dabei ist das Zusammenspiel der Ebenen – kommunal, regional bis hin zu global – ebenso von Belang wie die Frage: Wie kalkulierbar ist das Partizipationsverhalten „der Öffentlichkeit“, die sich als ausgesprochen volatil erwiesen hat?

Nachhaltigkeit – so eine weitere Beobachtung Münchs – wird einerseits analog gedacht, andererseits wird vehement eingefordert, den Aspekt der digitalen Wende nicht zu vernachlässigen. Nach ihrer Einschätzung entspricht die Linie zwischen beiden Standpunkten weitgehend der zwischen älterer und jüngerer Generation – und sie regt an, im Diskurs über Nachhaltigkeit auch Themengebiete zu verhandeln, die durch die Digitalisierung angesprochen werden.

Prof. Dr. Claus Offe vertrat Prof. Dr. Meinhard Miegel, Denkwerk Zukunft - Stiftung kulturelle Erneuerung, Bonn, der aus gesundheitlichen Gründen verhindert war, den Impulsvortrag aus der Wissenschaft zu halten.



Dialog-Café 4: Nachhaltigkeit durch Transdisziplinarität

Impulsgeberinnen und Impulsgeber:

Dr. Silke Kleihauer, Hochschule Darmstadt

Prof. Dr. Christian Stegbauer, Goethe-Universität Frankfurt am Main

Dr. Ingo Augustin, FAIR – Facility for Antiproton and Ion Research Europe, Darmstadt

Begleitung: Prof. Dr. Stefan Selke, Hochschule Furtwangen

Moderation: Verena Fries, Schader-Stiftung

Bericht und Protokoll: Verena Fries und Selina Härtel

Das Dialog-Café 4 beschäftigt sich mit der Rolle von Transdisziplinarität zur Förderung des Dialogs um Nachhaltigkeit. Dabei geht es zum einen um die Frage, welche die Arbeitsgrundlagen einer funktionierenden Transdisziplinarität sind – ist es ein gemeinsamer Gegenstand, sind es gemeinsame theoretische Leitvorstellungen oder geteilte Begriffe und Methoden? Auf der anderen Seite geht es darum, wie disziplinäre Grenzen überwunden werden können.

Lern-, Verständigungs- und Gestaltungsprozesse

Prozesse der nachhaltigen Entwicklung halten immer komplexe Zusammenhänge, Unsicherheiten und verschiedene Handlungspositionen bereit, weswegen proaktive Lösungen seitens der handelnden Akteure für eine Kooperation zwischen den verschiedenen Disziplinen erreicht werden müssen. Die zentrale Forderung aus dieser Notwendigkeit ist, dass alle betroffenen Akteure den Veränderungsbedarf erkennen und transdisziplinäre Lösungen für diesen Bedarf an Nachhaltigkeit erarbeiten, was Silke Kleihauer, Biologin mit Spezialisierung auf Umweltfolgenabschätzung, als Lern-, Verständigungs- und Gestaltungsprozesse einer transdisziplinären Nachhaltigkeitsentwicklung beschreibt.

Freiwilligkeit der Akteure als Voraussetzung

Die Schaffung transdisziplinärer Arbeitsstrukturen ist ein aufwendiger Prozess, der die Freiwilligkeit aller relevanten Akteure voraussetzt. Dabei stellt sich die Frage, wie Freiwilligkeit bestimmt wird. Die Freiwilligkeit zu transdisziplinärer Arbeit allgemein wird als „Bewusstseinsbildung“ beschrieben, also ein ermöglichter Zugang zu gemeinsamer Arbeit, kontinuierlicher Motivation und einer emotionalen Bindung der Handelnden. Außerdem wird kritisiert, dass die Freiwilligkeit zur Umsetzung transdisziplinärer Nachhaltigkeitsentwicklung oft besteht, jedoch die Ressourcen zur praktischen Realisierung fehlen.

Gemeinsame Problemorientierung, gemeinsame Methoden

Probleme machen nicht vor Disziplinengrenzen halt und lassen sich auch nicht immer allein von einer Disziplin lösen. Damit verschiedene Disziplinen zusammen an einer Lösung arbeiten können, sind gemeinsame Problemorientierung und damit verbundene Grundvorstellungen die Basis. Voraussetzung hierfür ist die Schaffung institutioneller

Rahmenbedingungen in Form von Governance-Strukturen. Dieses Konzept für erfolgversprechende Transdisziplinarität kann sowohl in der Wissenschaft und Politikberatung als auch in der gesellschaftlichen Praxis umgesetzt werden, so Silke Kleihauer.

Der Ausgangspunkt für transdisziplinäre Zusammenarbeit liegt in der Identifizierung eines gemeinsamen gesellschaftsrelevanten Problems, so einer der Teilnehmenden. Anhand dieses gemeinsamen Problems können Disziplingrenzen erfolgreich überwunden und die Disziplinen als solche einander transparenter werden. Erstes Ziel von transdisziplinären Kooperationen muss also die Erkennung einer gemeinsamen Problemstellung sein, die die gegenseitige Anerkennung bestärken. Hierfür sollten Räume zum Austausch geschaffen werden, in denen gemeinsame Instrumente zur Problemlösung bestimmt werden können. Gleichzeitig besteht die Notwendigkeit, dass gemeinsame Definitionen zu einer Verpflichtung transdisziplinärer Zusammenarbeit werden müssen. Jedoch wird genau dieser verpflichtende Definitionsprozess unter den Teilnehmern des Cafés als Problem bewertet. Diese Notwendigkeit besteht nicht in einheitlichen Definitionen oder gemeinsamer Sprache, sondern darin, das Thema Transdisziplinarität mit zu denken, so ein Teilnehmer.

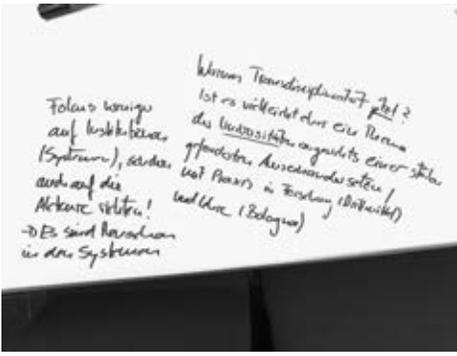
Eine weitere Meinung ist, dass man sich transdisziplinär der Methoden bedienen muss, um einen umfassenden, die Disziplinen überschreitenden Blick auf ein Thema zu schaffen. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob methodische Instrumente unabhängig von der eigenen Disziplin beherrscht werden sollten, was aus Sicht eines Teilnehmenden anzustreben wäre. Es bedarf eines allgemeinen fachübergreifenden Methodenwissens, um die Anerkennung der Einzeldisziplinen im Rahmen transdisziplinärer Zusammenarbeit zu fördern.

Aus dem Teilnehmerkreis wird dem widersprochen: Jede Disziplin hat ein eigenes komplexes Methoden- und Theorienensemble, welches für andere Fachgebiete oft nicht vollständig erschlossen werden kann. Dennoch wird eine fachübergreifende Teiladaption verschiedener Arbeitsstrukturen befürwortet, um den transdisziplinären Blick auf ein Thema erfolgreich realisieren zu können. Denn durch die Perspektivänderung oder Erweiterung können verschiedene Aspekte eines Themenkomplexes sichtbar werden.

Wichtigkeit von Einzeldisziplinen

Bestehende Strukturen in den Hochschulen und konkret in der Lehre sollten aufgebrochen und hinsichtlich einer problemorientierten Lehre umgestaltet werden. Es wird dafür plädiert, nicht in der eigenen disziplinären Perspektive zu verharren und offen zu sein für einen kontrollierten transdisziplinären Austausch. Die fachliche disziplinbezogene Qualität wird als wichtige Ressource für Transdisziplinarität betont. Ein Teilnehmer spricht sich für ein integratives Studium generale aus, das zwar einen festen Studiengang beinhaltet, aber trotzdem transdisziplinäre Übergriffe in der Lehre fördert und fordert, um Studierende transdisziplinär und somit für die Praxis auszubilden. Denn ein Großteil der Studierenden geht nach Abschluss in die Praxis und strebt keine wissenschaftliche Karriere an. Christian Stegbauer, Soziologe und Netzwerkforscher, spricht sich ebenfalls gegen die Auflösung von Disziplinen aus, aber für eine ergänzende Komponente für transdisziplinäre Lehre.

Es stellt sich die Frage, ob es hinsichtlich der Ausbildung von Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern weitere Institutionen gibt oder geben kann, die Transdisziplinarität befördern, während gleichzeitig die fachliche Einzelqualifikation bestehen bleibt. Eine Disziplinauflösung scheint dabei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern als nicht sinnvoll. Transdisziplinarität muss vor allem im Fachwissen der Einzeldisziplinen fußen, denn eine willkürliche Verbindung der Fachgebiete würde zu einer wissensleeren Transdisziplinarität führen, welche nicht gewinnbringend für



die gemeinsame Arbeit ist. Ingo Augustin, Physiker und Stabschef der wissenschaftlichen Geschäftsführung der Anlage für Antiprotonen und Ionen Forschung – FAIR – in Darmstadt, weist ergänzend auf die Notwendigkeit einer vorurteilsfreien Gleichstellung aller Disziplinen für eine erfolgreich funktionierende Transdisziplinarität hin.

Beispiel Netzwerkforschung

Anhand des Beispiels Netzwerkforschung zeigt Christian Stegbauer auf, wie Transdisziplinarität befördert werden kann. Die Netzwerkforschung als alternatives Sozialforschungsparadigma stellt mit einer relationalen Sichtweise ein Ensemble von Methoden zur Analyse von Beziehungsstrukturen zur Verfügung und kann anhand dessen transdisziplinäre Kooperationen bestärken. Transdisziplinarität wird definiert als Theorien, Methoden und Konzepte, die in mehreren Disziplinen Anwendung finden und die praktische Forschungsarbeit außerhalb der Universität beeinflussen kann. Des Weiteren werden zwei grundsätzliche Probleme des Transdisziplinaritätsansatzes definiert. Zum einen werden starke Konkurrenzen um die Karriere im eigenen Fach genannt und zum anderen das größere Problem der zwischendisziplinären Verständigung.

Wenn man nun die Netzwerkforschung und die Vorstellung der Transdisziplinarität zusammenführt, wird die Forderung nach einem Forum für transdisziplinäre Wissenschaft und deren Institutionalisierung deutlich, das durch gemeinsame Kommunikationskanäle erschlossen werden kann. Solche Kommunikationskanäle macht Christian Stegbauer in Einrichtungen wie der Schader-Stiftung aus. Weiterhin wird der Ansatz der Netzwerkforschung als gewinnbringende Möglichkeit betont, Beziehungsstrukturen einer transdisziplinären Wissenschaftsordnung zu schaffen und die Tendenz des disziplinären Verharrungsvermögens zu überwinden.

Behinderung durch das Wissenschaftssystem

Ein junger Nachwuchswissenschaftler plädiert für einen Bruch des Wissenschaftssystems durch transdisziplinäres Arbeiten. Ein anderer Teilnehmer spricht sich hingegen für integrative Ansätze anhand konkreter Projekte aus, um Transdisziplinarität zu fördern und bewertet das Beispiel der Netzwerkforschung als vielversprechenden Ansatz, um die Grenzen zwischen den Einzeldisziplinen zu überwinden. Er selbst nennt das Beispiel von Alumni-Netzwerken für transdisziplinäre Kontakte, die die Kooperation der einzelnen Akteure stärken können.

Es wird betont, dass Transdisziplinarität eine notwendige Bedingung ist, um problem-lösend zu forschen. Des Weiteren stellt sich als Schwierigkeit heraus, dass wissenschaftliche Karrieren selbst Transdisziplinarität blockieren, denn während der wissenschaftlichen Ausbildung besteht immer wieder die Notwendigkeit, sich zum Fach zu bekennen. Transdisziplinarität funktioniert in wirtschaftlichen Kooperationen bisher besser als im Wissenschaftssektor.

Es besteht die dringende Notwendigkeit zur Umgestaltung des Hochschulsystems und der Lehre im Allgemeinen. Um transdisziplinäre Tendenzen zu verstärken, müssen zunächst die kleinteiligen Organisationsstrukturen wie zum Beispiel die Fakultäten aufgebrochen werden. Ein Vorschlag in diese Richtung ist die Schaffung einer „neuen Disziplin generale“, der allerdings schnell von einem Teilnehmer und dem Einwand, besser gemeinsame Themen zu finden als neue Fächer zu konstruieren, gebremst wird.

Ungesagt bleibt die Meinung eines Teilnehmers, der diese auf der beschreibbaren Tischdecke festhält: Ob die Frage nach Transdisziplinarität im Wissenschaftssystem ein Thema der Universitäten sei, angesichts einer stärker geforderten Auseinandersetzung mit der Praxis in Forschung und Lehre durch den Bologna-Prozess?

Chancen und Grenzen transdisziplinärer Zusammenarbeit

Die Scientific Community kann als Vorbild für eine demokratische (Wissenschafts-)Gesellschaft dienen, so ein Teilnehmender. Eine Umstrukturierung dieser Scientific Community zu einer Co-Design Vereinigung, die sich durch problemlösendes Zusammenarbeiten auszeichnet, kann eine gewinnbringende Weiterentwicklung des bisherigen Wissenschaftssystems sein. Eine Teilnehmerin sieht die Chance einer transdisziplinären Wissenschaftscommunity darin, mit dem transdisziplinären Zusammenhalt auch intradisziplinäre Konkurrenzen überwinden zu können.

Transdisziplinäre Überwindungen sind nie vollständig möglich, so Ingo Augustin, jedoch besteht ein Potenzial in der Zusammenarbeit von verschiedenen Akteuren der gleichen Disziplin. Das disziplinäre Beharrungsvermögen wird als stärker beurteilt als die Bereitschaft, transdisziplinäre Kooperationen zu schließen, womit Silke Kleihauer und Ingo Augustin die Grenze von Transdisziplinarität betonen. Gleichzeitig schließen sie jedoch nicht aus, dass eine transdisziplinär orientierte Wissenschaftsgemeinschaft durch gezielte Fördermaßnahmen erreicht werden kann.

Ingo Augustin betont außerdem, dass eine Konkurrenzsituation innerhalb und zwischen den verschiedenen Disziplinen für eine funktionierende Forschung förderlich ist. Zusätzlich bezeichnet er gerade Großforschungsprojekte als „kritische Masse“, die nur begrenzt fähig ist, eigene Disziplinargrenzen zu überwinden und mit Experten anderer Fachgebiete zusammenzuarbeiten.

Resümee des Dialog-Cafés und Impulse für die Stiftungsarbeit

Abschließend fasst Stefan Selke als Mitglied des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung die Diskussion zusammen. Er betont, dass es hinsichtlich transdisziplinärer Zusammenarbeit zwei Dimensionen gibt, die zu berücksichtigen sind. Auf der einen Seite ist dies die Sachdimension. Darunter ist die Frage zu verstehen, wie unterschiedliche inner- und außerwissenschaftliche Akteure im Hinblick auf bestimmte Aufgaben oder Problemstellungen methodisch und kriteriengesteuert zusammenarbeiten, welche Voraussetzungen dies hat und welche Vorteile damit verbunden sind. Auf der anderen Seite ist die Sozialdimension zu sehen. Darunter sind die eher symbolischen Auswirkungen der Hinzunahme „fremder“ disziplinärer Perspektiven oder der Perspektive der Praxis zu verstehen, insbesondere die Angst vor dem Verlust des disziplinären Distinktionscharakters des je eigenen Faches.

Eine Öffnung hin zu Transdisziplinarität erfordert eine Veränderung von Institutionen. Durch das systematische Einbeziehen anderer Felder in eine Disziplin entsteht ein Transfer, der nicht in jeder Einzelheit kontrollierbar ist. Dies wird Lernprozesse in Gang setzen, welche sich nicht mit den klassischen wissenschaftlichen Institutionen erfassen lassen.

In naturwissenschaftlichen Großforschungsanlagen und entsprechenden Projekten – „big science“ – löst die Forderung nach Transdisziplinarität andere Notwendigkeiten aus als in den Gesellschaftswissenschaften. Statt sich in (mehr oder weniger endlose) Diskurse zu begeben und zu verstricken, wird Transdisziplinarität über hierarchiefreie Arbeitsrituale und Publikationspraktiken erzielt – so zumindest die Selbstwahrnehmung. Ob sich dabei Transdisziplinarität quasi „automatisch“ einstellt und somit die Forderung nach Transdisziplinarität in den Gesellschaftswissenschaften ein „künstliches“ oder „selbstgemachtes“ Problem ist, müsse allerdings näher untersucht werden.

Die Schader-Stiftung kann im Hinblick auf die Förderung einer transdisziplinären Nachhaltigkeitsentwicklung vor allem als Plattform für erfolgreiche Lern-, Verständigungs- und Gestaltungsprozesse transdisziplinärer Kooperationen dienen, denn die Stiftungsarbeit hat eine Katalysatorwirkung, um vielfältige Disziplinen zu mobilisieren und zu motivieren. Die Stiftung könnte die notwendige Legitimation schaffen, welche notwendig ist, um die verschiedenen Disziplinen zu einem Dialog zu animieren. Als Netzwerkplattform würde die Stiftung die nötigen Strukturen bieten, um eine transdisziplinäre Vernetzung zu ermöglichen. Auch theoretisch wäre es wichtig, dass die Stiftung eine Problemorientierung und -fokussierung vorgibt, welche in den Fachgesellschaften nicht vorhanden ist. Ein Zitat aus dem Dialog-Café beschreibt die Rolle der Stiftung wie folgt: Es geht darum, die an ihre innerdisziplinären Diskurse gewöhnten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler „von der Insel herunter zu nehmen“.



Dialog-Café 5: Demographie und soziale Nachhaltigkeit

Impulsgeberinnen und Impulsgeber:

Prof. Dr. Günther Bachmann, Rat für Nachhaltige Entwicklung, Berlin

Prof. Dr. Annette Spellerberg, Technische Universität Kaiserslautern

Dr. Thomas Hain, Nassauische Heimstätte, Frankfurt am Main

Begleitung: Prof. Dr. Hanns H. Seidler, Zentrum für Wissenschaftsmanagement Speyer

Moderation: Claudia Bolte, Schader-Stiftung

Bericht und Protokoll: Gudrun Kirchhoff, Schader-Stiftung

Das Dialog-Café geht der Frage nach, welche Herausforderungen sich aus der demographischen Entwicklung für das Ziel sozialer Nachhaltigkeit ergeben. In erster Linie wird das Nebeneinander von divergierenden Entwicklungen in den Blick genommen, was eine Verschärfung regionaler demographischer Ungleichgewichte und somit Auswirkungen auf das Sozialstaatsziel der sozialen Gerechtigkeit zur Folge hat. Ein weiterer Fokus liegt auf dem Beitrag gesellschaftlicher Vielfalt für eine soziale und demographische Nachhaltigkeit.

Demographie als Kernthema der Nachhaltigkeit

Nachhaltigkeit ist ein Aushandlungsprozess ökonomischer, ökologischer und sozialer Belange, der nur im Ganzen funktioniert. Soziale Nachhaltigkeit richtet sich auf die Befriedigung von Grundbedürfnissen einer Gesellschaft, es geht um die Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse auch für die nachfolgenden Generationen, also um Generationengerechtigkeit, um Gendergerechtigkeit und um Armutsbekämpfung. Wegen dieses ganzheitlichen Verständnisses von Nachhaltigkeit kann, so der Generalsekretär des Rates für nachhaltige Entwicklung der Bundesregierung Günther Bachmann, nicht isoliert von sozialer Nachhaltigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit gesprochen werden.

Die Demographie ist ein Kernthema der Nachhaltigkeit. Die langfristigen demographischen Trends sind eindeutig, auch wenn im Moment die Bevölkerung wächst: „Wir werden weniger, älter und bunter.“ Man kann dies auch positiv übersetzen in „klüger, länger und inklusiver“. Es ist ein Mismatch zwischen Politik und Wissenschaft zu verzeichnen. Die Wissenschaft argumentiert in aller Regel beim Thema Demographie mit Statistik und mit Abschätzungen, die immer eine gewisse Linearität unterstellen. Die Politik kann beim Thema Demographie allerdings nicht mit linearen Abläufen agieren, sondern ist in den Städten mit parallelen Prozessen von Schrumpfung und Wachstum konfrontiert und damit mit unterschiedlichen Entwicklungen und Problemlösungserfordernissen zum Beispiel bei Wohnen und Infrastruktur.

Bevölkerung wird sich immer entwickeln, im historischen Kontext ist die derzeitige demographische Entwicklung nur ein kleiner Ausschlag, so ein Teilnehmer. Neuartig ist die Alterung, sie stellt neue und andere Herausforderungen an die Gesellschaft. Die Menschen sind bezogen auf ihre Gesundheit und Aktivität heute 10 bis 15 Jahre jünger

als die Großelterngeneration. Man spricht von gewonnenen Jahren in der Lebensmitte und einer verlängerten Aktivitätsphase. Ab 2050 werden alle Gesellschaften altern und schrumpfen, mit der Folge, dass die Gesellschaften weniger dynamisch sind.

Ein weiteres Phänomen unter dem Gesichtspunkt sozialer Nachhaltigkeit ist die immer weiter auseinandergehende Schere der Vermögen und Einkommen. Bei dem „Human Development Index“ steht Deutschland im Ranking auf Platz 6 und damit einen Platz hinter den USA. Demgegenüber zeigt der Gini-Koeffizient, der die Einkommensungleichheit bemisst, dass Deutschland mit einem Wert von 28 eher gut dasteht, während er für die USA mit einem Wert von 40 eine sehr große Einkommensungleichheit aufzeigt.

Räumliche Dimension

Es sind räumlich parallele Prozesse von Wachstum und Schrumpfung zu verzeichnen, sowohl innerhalb der Regionen als auch in den Städten selbst, mit Auswirkungen auf die Lebensqualität in den städtischen und ländlichen Räumen. In den Städten vollzieht sich eine zunehmende sozialräumliche Polarisierung mit kleinräumigen Segregations-tendenzen und temporären Wanderungen. Schrumpfung ist kein flächendeckendes Phänomen und regional sehr unterschiedlich ausgeprägt. In einigen stark peripherisierten Regionen sind Prozesse einer Deökonomisierung beobachtbar. Nach Meinung von Teilnehmenden ist die Entvölkerung einiger Landstriche unabwendbar. Diese Entwicklung muss aber politisch flankiert und darf nicht allein der lokalen Ebene überlassen werden. Es stellt sich insgesamt die Frage, ob das grundgesetzliche Ziel der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse aufrechterhalten werden kann. Bisher gibt es nur unzureichende gesellschaftliche Antworten auf den Umgang mit Schrumpfung.

Zuwanderung, Mobilität und Integration

Eine große Herausforderung sind die sozialstrukturellen Veränderungen durch Migration und der Umgang mit kultureller Vielfalt. Grundsätzlich ist kulturelle Vielfalt positiv zu bewerten. Migration hat zur wirtschaftlichen Entwicklung von Regionen beigetragen. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung sollte für mehr Zuwanderung geworben werden. Zuwanderung ist heute kein dauerhafter Prozess der Ansiedlung mehr, deshalb sollte man eher von Mobilität sprechen. Auffällig ist, dass die Neuzuwanderer höhere Bildungsabschlüsse als der Durchschnitt der Bevölkerung haben und damit ein großes Potenzial für die gesellschaftliche Entwicklung darstellen. Die zunehmende europäische Migration ist eine neue Dimension und erfordert neue Aushandlungsprozesse in den Kommunen. Dabei geht es um die Frage, wer am Gemeinwesen teil hat und wie Integration unter den Vorzeichen einer zirkulären Migration gestaltet werden kann. Zuwanderern müssen Selbstverwirklichungsmöglichkeiten eröffnet werden. Ein Baustein ist die interkulturelle Öffnung der Institutionen. Bei allen konzeptionellen Ansätzen darf die Fremdenfeindlichkeit in ländlichen Räumen nicht außer Acht gelassen werden.

Ein wichtiges Thema ist der Umgang mit Flüchtlingen und die Anforderungen an eine veränderte Flüchtlingspolitik. Derzeit sind die Kommunen mit der Unterbringung und Betreuung der wachsenden Zahl von Flüchtlingen überfordert. Dazu fehlt es an gesellschaftswissenschaftlicher Expertise.

Sicherung der Infrastruktur

Infrastruktur ist ein kollektives Gut. Die Bereitstellung von Infrastruktur ist nicht nur eine technische Aufgabe, sie enthält viele soziale Implikationen. Die Infrastrukturveränderungen werden in einigen Bereichen als dramatisch angesehen. Es sind integrierte Handlungsansätze erforderlich, zum Beispiel bei den Themen Wasser und Energie. Vor dem Hintergrund von Schrumpfungsprozessen muss über kreative Formen des Rückbaus und flexible Infrastrukturangebote nachgedacht werden, um die Lebensqua-

lität, die individuellen Entwicklungschancen und die notwendige Mobilität sicherzustellen. Dafür bedarf es neuer Konzepte. Insbesondere der ländliche Raum ist von allgemeinen Entwicklungen abgekoppelt und bietet aufgrund mangelnder Rahmenbedingungen schlechte Bildungszugänge, was für die Jugendlichen im ländlichen Raum ein großes Problem darstellt.

Wohnen

Die Wohnungswirtschaft ist mit unterschiedlichen Herausforderungen konfrontiert. Diese wurden unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit vom leitenden Geschäftsführer der Nassauischen Heimstätte/Wohnstadt Thomas Hain dargestellt. In wachsenden Regionen wie dem Rhein-Main-Gebiet muss sie die steigende Nachfrage nach Wohnraum decken und gleichzeitig bezahlbaren Wohnraum schaffen. Für die Aufgaben der Wohnungswirtschaft ist die Anzahl der Haushalte entscheidend und diese ist immer noch wachsend. Je größer der gesellschaftliche Wohlstand, umso größer ist die Nachfrage nach Wohnraum. Ein Problem sind die eingeschränkten Möglichkeiten Wohnungsbau in Form von Neubau und Bestandssanierung zu sozialverträglichen Mieten zu realisieren. Hindernisse beim Wohnungsneubau sind auch die baurechtlichen Auflagen, beispielsweise die Stellplatzverordnung. In schrumpfenden Regionen ist die Wohnungswirtschaft mit mangelnder Nachfrage und Wohnungsleerständen konfrontiert, die die Wirtschaftlichkeit der Wohnungsunternehmen in Frage stellen.

Die Zukunft des kommunalen Wohnungsbestandes ist ungewiss, er macht derzeit nur noch 30 Prozent des Gesamtwohnungsbestandes aus. In ihrem Selbstverständnis sehen sich die kommunalen Wohnungsunternehmen als Begleiter ihrer Mieter im Alltag und als Problemlöser und Unterstützer der Kommunen bei Quartiers- und Stadtentwicklungsfragen und in der Daseinsvorsorge. Die Nassauische Heimstätte ist eines von fünf Wohnungsunternehmen in Deutschland, die den Anspruch auf Nachhaltigkeit in ihr Unternehmensleitbild aufgenommen haben.

Die demographischen Veränderungen und die Heterogenisierung der Lebensstile zeigen sich stark bei der Mieterschaft und haben zu einer differenzierten Nachfrage nach Wohnraum geführt. 33 Prozent der Mieter der Nassauischen Heimstätte sind über 60 Jahre alt. Im Zentrum der Unternehmensstrategie steht deshalb die Bestandsanpassung für die alternde Mieterschaft und die Schaffung eines Angebots haushaltsnaher Dienstleistungen auf Quartiersebene. Die Menschen möchten möglichst lang in ihren Wohnungen verbleiben, auch wenn die Wohnung nach der Familienphase für sie zu groß geworden ist. Über das Belegungsmanagement wird versucht, Älteren kleinere Wohnungen anzubieten.

Die zunehmende sozialräumliche Polarisierung in den Städten ist eine weitere Herausforderung. Die kulturellen Unterschiede machen sich in den Quartieren bemerkbar. Es gibt in einigen Wohnquartieren deutliche Gentrifizierungstendenzen, doch es gibt auch Wohnungsbestände, die dagegen resistent sind. Ziel der Wohnungsunternehmen ist die Vermeidung von Segregation und eine soziale Mischung der Quartiere. Es gibt in Deutschland bisher keine Ghettos wie zum Beispiel in Frankreich die Banlieues von Paris. Hierzu haben auch die kommunalen Wohnungsunternehmen wie die Nassauische Heimstätte beigetragen, die auf ein aktives Belegungsmanagement, ein aktives Quartiersmanagement und eine interkulturelle Mitarbeiterschaft setzen. Sozialarbeiter leisten viel in den Wohnungsunternehmen, sie initiieren Beteiligungs- und Beschäftigungsprojekte im Quartier, sie organisieren das soziale Zusammenleben der Nachbarschaft und bieten Konfliktmediation an. Grundsätzlich ist eine aktive Beteiligung der Mieter an der Entwicklung der Quartiere wichtig. Die Nassauische Heimstätte hat dafür Mieterbeiräte eingerichtet.

Die energetische Gebäudesanierung als Strategie zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes wird durchaus kritisch gesehen. Aus Sicht der Nassauischen Heimstätte ist die energetische Sanierung ökonomisch nur schwer darstellbar, wenn man die mögliche Reduktion durch Wärmedämmung und bessere Heiztechnik ins Verhältnis zum Ausstoß von CO₂ des Gesamtwohnungsbestandes setzt. Der Einsparungseffekt ist im Verhältnis gering. Ein hoher energetischer und technischer Standard im Bestand führt aufgrund der Umlagefähigkeit der Investitionen zu sozialen Problemen, da die hohen Mieten von vielen Haushalten nicht getragen werden können. Als sinnvoller werden niedrigere Standards mit einem geringen Anstieg der Mieten erachtet. Außerdem sollten nicht alle Gebäude energetisch saniert werden. Aus Sicht von Günther Bachmann wird die soziale Frage der Nachhaltigkeit bezogen auf die Energiepreise und das Wohnen allerdings überbewertet.

Die neuen technischen Möglichkeiten, wie die SMART-Living-Konzepte, werden von vielen Mietern nicht angenommen, da sie mit der Technik nicht umgehen können und wollen. *„Bei den technisch orientierten Konzepten sind die Mieter verloren gegangen.“* Die Nassauische Heimstätte setzt strategisch stärker auf Energiegewinnung auf Wohnquartiersebene und nicht nur auf Energieeinsparung. Diese Vorhaben scheitern jedoch bisher in der Praxis, da der durch die Gebäude erzeugte Strom nicht an die Mieter verkauft werden kann. Dem stehen die Interessen der großen Energiekonzerne entgegen.

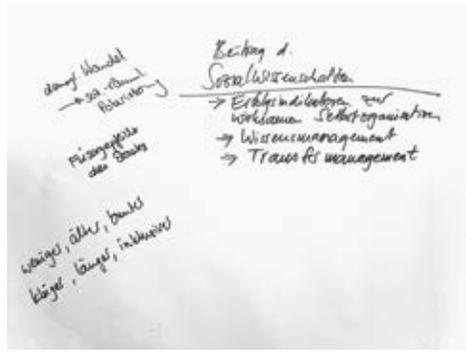
Die Zielkonflikte der sozialen und ökologischen Aspekte der Bestandssanierung müssen im engen Dialog mit der Politik diskutiert werden. Aus Sicht der Teilnehmenden hat die Politik die Wohnungswirtschaft aus den Augen verloren und leistet zu wenig Unterstützung. Hinsichtlich der Wohnungsmarkt- und Mietentwicklung sehen sie die Fürsorgepflicht des Staates gefordert, da der freie Markt keine sozialverträglichen Lösungen bietet.

Rolle der Familie, Soziale Netze und Zivilgesellschaft

Laut Demographiestrategie des Bundes soll die Familie als Gemeinschaft gestärkt werden. Nach Angaben von Annette Spellerberg, Professorin für Stadtsoziologie an der Technischen Universität Kaiserslautern, spricht man heute von der sogenannten „Bohnenstangenfamilie“ mit kleinerer Kernfamilie – ein bis zwei Kinder – aber einer größeren Ausdehnung über bis zu vier Generationen. Die Familien sind je nach Familienform von größeren Ungleichheiten betroffen, so haben zum Beispiel Alleinerziehende eine Armutsquote von 50 Prozent. Die Veränderungen bei den Familien haben Auswirkungen auf das Leben im Alter. Fehlende familiäre Netze und fehlende Kontaktmöglichkeiten erschweren ein selbstbestimmtes Leben im Alter. Gleichzeitig fühlen sich die Älteren verantwortlich für die junge Generation und leisten erhebliche individuelle Unterstützung. Zur Sicherstellung der Versorgung und des sozialen Zusammenhalts sind ergänzende nichtfamiliäre Netze der Zivilgesellschaft erforderlich. Die Bedeutung der Zivilgesellschaft wächst und deren Engagement in den Kommunen muss gesichert werden. Die Selbstorganisation von Gruppen, Kreativität und Innovation zur Verbesserung der Lebensqualität müssen stärker unterstützt werden. Dafür braucht es ein neues Denken, das nicht rein ökonomisch und funktional ausgerichtet ist.

Fachkräftemangel und Qualifizierung

Die demographische Entwicklung wird zu einem massiven Fachkräfteproblem führen, das ist bereits absehbar. Um dem Mangel an Fachkräften zu begegnen, bedarf es einer Qualifizierungsoffensive für diejenigen, die da sind, eine stärkere Einbeziehung von Migrantinnen und Migranten, die im Schnitt sieben Jahre jünger sind als die Deutschen, und neuer Aushandlungsprozesse in den Unternehmen. Betriebe sollten sich familienfreundlicher aufstellen sowie ältere, erfahrene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer länger beschäftigen. Doch die Politik agiert paradox, macht das Gegenteil von dem, was notwendig wäre, und führt die Rente mit 63 Jahren ein.



Kommunale Selbstverwaltung

Im Umgang mit den Folgen des demographischen Wandels müssen die Kommunen in den Fokus genommen werden. Die kommunale Selbstverwaltung ist eine wichtige Reserve, sie muss mehr Freiraum erhalten und revitalisiert werden, denn Selbstorganisation kann Innovation stärken. Viele Lebensbereiche sind stark reglementiert und es besteht wenig Spielraum politischer Gestaltung. Die wesentlichen Trends müssen angegangen werden, dafür sind neue Sensibilitäten und Angebote erforderlich. Sinnvoll sind kleinteilige partizipative Maßnahmen und Projekte, die vor Ort entwickelt werden. Dafür sind lokale Kapazitäten und Kompetenzen erforderlich. Daher benötigen die Kommunen mehr Geld und bessere Unterstützung durch die Länder. Das Konnexitätsprinzip sollte besser umgesetzt und die Rechts- und Finanzaufsicht kommunenfreundlich gehandhabt werden. Wichtig ist bei allem eine Haltungsänderung für mehr Verantwortung im Gemeinwesen.

Lösungskompetenzen und Rahmenbedingungen durch Bund und Länder

Die Politik nimmt die Probleme zu wenig wahr, insbesondere die Probleme schrumpfender Regionen. Bund und Länder müssen bessere Rahmenbedingungen für Familien und das Altern der Gesellschaft schaffen. Die Entscheidung für Kinder gilt in unserer Gesellschaft als reine private Angelegenheit, sie benötigt aber gute Rahmenbedingungen. Die Einführung des Betreuungsgeldes wird als paradoxe Politikentscheidung angesehen, die den gesellschaftlichen Erfordernissen nicht gerecht wird. Als Beitrag zur Stärkung der Familien wird von einem Teilnehmenden das Elternwahlrecht für ihre Kinder vorgeschlagen.

Insgesamt sollten die Standards überdacht werden, zum Beispiel zur Bereitstellung von Infrastruktur. Lösungen können nicht allein vor Ort entwickelt werden. Ordnungspolitik muss Bestand haben, sonst funktioniert Gesellschaft als Ganzes nicht. Aus Sicht eines weiteren Teilnehmenden sollte ein Fonds für neue gesellschaftliche Entwicklungen eingerichtet werden.

Aufgaben der Gesellschaftswissenschaften

Wissenschaft spielt in der Nachhaltigkeitsdebatte eine große Rolle, weil Nachhaltigkeit immer evidenzbasiert ist. Überwiegend besteht Einigkeit darüber, dass es weniger ein Erkenntnis- als ein Umsetzungsproblem gibt. Es wurde aber eingeräumt, dass es einen Erkenntnismangel über das „Wie“ der Umsetzung gibt.

Die Gesellschaftswissenschaften haben im Unterschied zu den Naturwissenschaften noch eine Bringschuld beim Thema Nachhaltigkeit. Eine Aufgabe der Sozialwissenschaften wird in der Sensibilisierung der Zivilgesellschaft für die demographische Entwicklung und in der Unterstützung des zivilgesellschaftlichen Engagements durch eine verstärkte Zivilgesellschaftsforschung gesehen. „Die Akteursperspektive muss mehr in den Blick genommen werden.“ Als spezifischer Beitrag der Gesellschaftswissenschaften

werden kleinräumige Betrachtungen und die Entwicklung differenzierter Strategien und kleinteiliger Instrumente auf regionaler und kommunaler Ebene erwartet. Vorgeschlagen werden darüber hinaus eine Studie zur Vereinskultur und zur Rolle der Vereine für das Gemeinwesen.

Gewünscht werden zudem Untersuchungen zur Zuwanderung in bestimmte Quartiere, deren Rolle und Bedeutung als Ziel für Zuwandernde, und wie man gestaltend damit umgehen kann. Die Wohnungswirtschaft votiert für Modellvorhaben zusammen mit der Wissenschaft zu Fragen der sozialräumlichen Segregation.

Wissenschaftlich fundierte und gemeinschaftlich entwickelte Modellvorhaben werden auch zu Fragen der energetischen Sanierung gewünscht. Wissenschaft könnte zum Beispiel als Multiplikator oder Botschafter für geringere Sanierungsstandards fungieren.

Aufgaben der Schader-Stiftung

Zuwanderung ist ein wichtiges Aufgabenfeld und sollte in der Stiftung weiterhin ein Thema sein. Einige der Teilnehmenden wünschen die Fortführung der bisherigen Forschungs-Praxis-Projekte, zum Beispiel zur aktuellen Problematik der Integration von Asylbewerbern und Flüchtlingen. Als weitere Themen, die im Zentrum der Stiftungsarbeit stehen sollten, werden die Sicherung der Infrastruktur und die Wirkungskontrolle bei partizipativen Verfahren durch Akzeptanzuntersuchungen genannt.

Resümee

Die wichtigsten Diskussionspunkte des Dialog-Cafés fasste Hanns H. Seidler in seiner Funktion als Begleiter und Berichterstatter zusammen. Im Zusammenhang von Demographie und Nachhaltigkeit gibt es keine Erkenntnisprobleme, sondern allenfalls Umsetzungs- und Handlungsprobleme. Es gibt räumlich keine eindeutigen demographischen Trends, sondern parallele Prozesse von Wachstum und Schrumpfung bis hin zur weitgehenden Entvölkerung einiger Regionen. Hierauf müssen ganz unterschiedliche Antworten gefunden werden. Die wesentlichen Herausforderungen stellen sich den Kommunen. Die Sozialwissenschaften haben die Aufgabe, die Kommunen bei der Erarbeitung von Problemlösungen zu unterstützen. Ein wesentlicher Gesichtspunkt ist die Sensibilisierung der Zivilgesellschaft, zumal mit Migration und Zuwanderung ein besonders sensibles Feld angesprochen ist. Betroffene können am ehesten durch kleinteilige Projekte eingebunden werden, die die Selbstorganisation innerhalb der Bevölkerung stärken und damit mehr Kreativität und Innovation herbeiführen. In diesem Zusammenhang wurde die Revitalisierung der kommunalen Selbstverwaltung gefordert.



Dialog-Café 6: Nachhaltigkeit und Demokratie im Konflikt

Impulsgeber:

Prof. Dr. Oliver Quiring, Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Prof. Dr. Dirk Jörke, Technische Universität Darmstadt

Prof. Dr. Harald Müller, Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt am Main

Begleitung: Prof. Dr. Gabriele Abels, Eberhard Karls Universität Tübingen

Moderation: Dr. Tobias Robischon, Schader-Stiftung

Bericht und Protokoll: Michael Feike und Dr. Tobias Robischon

Kann Demokratie Nachhaltigkeit? Im Mittelpunkt des Dialog-Cafés 6 stehen die Zweifel an der Fähigkeit der Demokratie, Antworten auf Fragen der Nachhaltigkeit zu finden und umzusetzen. Sind vielleicht autokratische Systeme im Kriterium Nachhaltigkeit leistungsfähiger? Und bedarf ein Mehr an Nachhaltigkeit Veränderungen der demokratischen Verfahren?

Demokratie und Nachhaltigkeit stehen im Konflikt

Es gibt grundlegende strukturelle Spannungen zwischen Nachhaltigkeit und Demokratie, darin besteht Einigkeit im Dialog-Café. Vor allem der unterschiedliche Zeithorizont ist problematisch: Während Demokratie auf mehrjährigen Zyklen von Wahlen und Legislaturperioden beruht, muss für Nachhaltigkeit ein wesentlich längerer Zeitraum betrachtet werden. Zudem hat Demokratie eine eingebaute Tendenz, Lasten auf die Zukunft zu übertragen, so ein Teilnehmer. Politische Ordnungen müssen in überschaubaren Zeiträumen Probleme lösen. Wenn jedoch immer nur das Minimum erledigt wird, führt dies später zu einer nicht mehr zu bewältigenden Problemlast.

Diese Sichtweise legt schon die klassische politische Ökonomie nach Anthony Downs nahe, erinnert der Kommunikationswissenschaftler Oliver Quiring als Impulsgeber. Die Modellvorstellung, dass Wähler mit ihrer Wahlentscheidung ihren unmittelbaren Nutzen maximieren wollen und Politiker in der Demokratie ihren Stimmenanteil maximieren wollen, führt zu Entscheidungen, die vor allem kurzfristige Steigerungen des Wählernutzens im Blick haben. Aus dieser Analyse folgt, dass es für eine an langfristigen Zielen orientierte Politik an Anreizen fehlt. Empirische Beispiele dafür liefern politische Entscheidungen, die allein aufgrund aktueller demoskopischer Daten getroffen werden.

Hieran schließt der Gedanke an, dass Nachhaltigkeit ein generationenübergreifendes Ziel ist. Die positiven Effekte einer Nachhaltigkeitspolitik erfahren in erster Linie die noch kommenden Generationen, also Menschen, die noch nicht wahlberechtigt oder noch nicht geboren sind. In der Demokratie haben sie keine Stimme, es entscheiden die Generationen der heute Volljährigen. Zusätzlich erschwert der demographische Wandel eine Nachhaltigkeitspolitik, wird ergänzt. Die Alterung der Gesellschaft hat einen markanten Einfluss auf das Wahlverhalten.

Auf einen zweiten grundlegender Konflikt macht der Politikwissenschaftler Dirk Jörke in seinem Impuls aufmerksam: Dieser besteht zwischen liberalen Freiheiten und ökologischer Nachhaltigkeit. Beispielsweise erlauben die verfassungsrechtlich garantierten Grundrechte auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, Art. 2 Grundgesetz, und Freizügigkeit, Art. 11 Grundgesetz, Autos mit hohem Verbrauch in beliebigem Umfang zu fahren. Diese Freiheiten, so wird argumentiert, sind für das Erreichen von Nachhaltigkeitszielen viel problematischer als der demokratische Wahlmodus. In einem republikanischen Verständnis von Demokratie wird das Wohl des Kollektivs in den Mittelpunkt gestellt und nicht die Garantie der Selbstverwirklichung des Individuums. Folgt man diesem Demokratieverständnis, können heute für selbstverständlich erachtete Freiheitsrechte zugunsten von Nachhaltigkeitszielen eingeschränkt werden. Dies betrifft insbesondere die Mobilität. Die Gemeinschaft kann es auch als ihr Gut definieren, das ökologische Überleben zu organisieren. Eine eher sanfte Steuerung über Anreize, wie sie in Demokratien üblich ist, genügt nicht. Insbesondere dann nicht, wenn diese Steuerungsanreize durch Ressourceneinsatz umgangen werden können.

Als weiterer Mechanismus liberaler Demokratien, der das Erreichen von Nachhaltigkeit verhindert, gilt das „Trittbrettfahrer-Phänomen“. Nicht-nachhaltiges Handeln wird oft damit begründet, dass das „Flugzeug auch ohne mich geflogen wäre“. Wenn es aus Sicht des Einzelnen zweifelhaft erscheinen kann, ob sein persönliches Handeln zu mehr Nachhaltigkeit führt, sind kollektiv verbindliche Lösungen effektiver.

Die vierte Schwäche der Demokratie ist der Umstand, dass die demokratischen Strukturen politischen Gegnern von Nachhaltigkeitszielen, wie etwa ressourcenstarken Industrieverbänden oder Verfechtern des Sankt-Florians-Prinzips, Gelegenheiten zur Verwirklichung ihrer Vorstellungen bieten. Der demokratische Prozess ist von Lobby- und Interessengruppen beherrscht, doch in der Nachhaltigkeitsdebatte müssen bestimmte Werte und Ziele eines „guten Lebens“ vermittelt werden.

Trotz dieser strukturellen Probleme, resümiert der Friedens- und Konfliktforscher Harald Müller, sind Demokratien unter dem Nachhaltigkeitsaspekt keine grundsätzlich unterlegenen politischen Ordnungen. Zwar können in nicht-demokratischen Ordnungen Entscheidungen effektiver durchgesetzt werden, besonders wenn diese auf die Realisierung eines bestimmten Zukunftsversprechens, wie zum Beispiel im Kommunismus, ausgerichtet sind. Das Primat der Machtbehauptung autoritärer Systeme setzt diesem Vorgehen jedoch Grenzen. Zudem benötigt Nachhaltigkeit stabile politische Steuerungsstrukturen, deren Legitimität nicht in Frage gestellt ist. Die Möglichkeit reibungsloser Machtwechsel zwischen Regierung und Opposition erlaubt inhaltliche Innovation, ohne damit die Legitimität der politischen Ordnung in Frage zu stellen. In diesem Punkt, so die Schlussfolgerung, ist Demokratie kaum zu überbieten.

Wer agiert nachhaltiger? Demokratische und nicht-demokratische Systeme im Vergleich

Vergleichende Untersuchungen der Politikergebnisse demokratischer und nicht-demokratischer Staaten im Hinblick auf Nachhaltigkeit sind bereits durchgeführt worden. Die Ergebnisse sind allerdings mit Vorsicht zu betrachten, wird gewarnt, da es im Einzelnen sehr darauf ankommt, wie die zu untersuchenden Größen definiert werden. So ist zu entscheiden, welche Staaten als Demokratien gelten sollen. Es muss eine Grenze gezogen werden zwischen noch einigermaßen intakten und einigermaßen rechtsstaatlichen demokratischen Ordnungen und denjenigen Demokratien, die schwere Mängel haben, insbesondere bei der rechtsstaatlichen Sicherung.

Grundsätzlich gilt, dass der ökonomische Reichtum eines Landes notwendige Voraussetzung für ein nachhaltiges Agieren ist. Es können somit sinnvollerweise nur wirtschaftlich entwickelte Staaten vergleichend betrachtet werden.



Im Ergebnis kommt es ebenfalls auf den Demokratietypus an – handelt es sich um Verhandlungsdemokratien wie die Schweiz, Deutschland oder die skandinavischen Länder, oder um Mehrheitsdemokratien wie die USA und Großbritannien. Unter den Gesichtspunkten Ökologie und soziale Sicherung erzielen die Verhandlungsdemokratien nachhaltigere Ergebnisse als Mehrheitsdemokratien.

Betrachtet man dagegen Aspekte der ökonomischen und finanzpolitischen Nachhaltigkeit, so erzielen die Ölstaaten Saudi-Arabien und Norwegen die höchsten Werte. Die Ausbeutung von Bodenschätzen ermöglicht diesen Staaten eine Fiskalpolitik, die kommende Generationen nicht belastet, sondern für sie vorsorgt.

Die laut Rankings ökologisch nachhaltigen Länder zeichnen sich auch durch eine politische Kultur des Ausgleichs und der Sozialstaatlichkeit aus. Dies sind beispielsweise die skandinavischen Länder und die Schweiz. Länder, in denen die gesellschaftliche Integrationskraft nicht so stark ausgeprägt ist, haben auch eine schwächere ökologische Bilanz. Es wird angeregt, diesen Zusammenhang näher zu erforschen.

Die Leistungsbilanz demokratischer Staaten wie Deutschland ist sehenswert, auch wenn Nachhaltigkeit inhaltlich weiter gefasst wird. Beispielsweise ist die Berücksichtigung ökologischer Aspekte für diese Staaten eine Selbstverständlichkeit, obgleich dies im weltweiten Rahmen nicht gelingt. Fiskalische Nachhaltigkeit ist in Deutschland als Neuverschuldungsverbot in den Verfassungen verankert worden. Bislang wurde nach diesen Zielsetzungen gehandelt. Dies ist, so ein Gegenargument, aber zugleich ein Beleg dafür, dass demokratische Regierungen ohne solche institutionellen Selbstfesselungen nicht in der Lage sind, eine ausgeglichene, nachhaltige Fiskalpolitik zu betreiben. Im Bereich der demographischen Nachhaltigkeit gibt es in Deutschland noch Reformbedarf, so eine Einschätzung.

Die Politikergebnisse autokratischer Staaten wie China werden kontrovers diskutiert. Die Ein-Kind-Politik Chinas lässt sich verstehen als ein Lösungsansatz gegen die Überbevölkerung, allerdings ein illiberaler und undemokratischer Ansatz. Dem wird entgegengehalten, die Ein-Kind-Politik sei unethisch, weil sie zu einer Zunahme der Abtreibung weiblicher Föten geführt hat. Sie führt auch nicht zu Nachhaltigkeit, da das chinesische Rentensystem in Zukunft überfordert sein wird. Gleichwohl, wird betont, bleibt Überbevölkerung ein großes Problem für eine Nachhaltigkeitspolitik. In China ist dem Bevölkerungswachstum mit autoritären Maßnahmen erfolgreich entgegenge wirkt worden.

Ein anderes Beispiel ist der teilweise mit militärischer Gewalt durchgesetzte Bau des Drei-Schluchten-Staudamms. Dies ist ein Großprojekt, das eine nachhaltige Energieversorgung des Landes ermöglicht. Auch gibt es in China keine langwierigen Baugenehmungsverfahren, die den Ausbau energieeffizienterer Häuser verlangsamen.

Auch wenn ihre Durchsetzungsfähigkeit es autoritären Regimen ermöglicht, nachhaltigere Lösungen zu erzwingen, bedeutet dieser Umstand keineswegs, dass sich stets „wohlwollende Diktatoren“ um ökologische und soziale Nachhaltigkeit bemühen. Zudem ist, so die gemeinsame Auffassung der Teilnehmenden, die Umweltperformance von Demokratien sichtbar besser als die von Autokratien.

Der demokratische Frieden

Frieden ist in vielen Politikfeldern eine grundlegende Voraussetzung von Nachhaltigkeit. Dabei meint Frieden eine Ordnung, die über eine reine Zwischenkriegszeit hinausgeht. Demokratien führen keine Kriege gegeneinander, wird festgestellt. Ihre Beziehungen untereinander sind vielmehr durch ein hohes Maß an Verflechtung und Interdependenz gekennzeichnet, weshalb sie kriegerische Auseinandersetzungen vermeiden. Dies ist ein statistisch robuster, empirischer Befund, wird betont. Allerdings, heißt es einschränkend, können Demokratien gegenüber Nicht-Demokratien ebenso militant auftreten wie Nicht-Demokratien untereinander. Neben einer „robusten“ Verfolgung nationaler Interessen zeigen Demokratien hierbei gelegentlich auch „missionarischen Eifer“. Allerdings gibt es erhebliche Unterschiede zwischen Demokratien, was sich etwa an der Beteiligung an Kriegen, der Bereitschaft zur Kooperation mit Nicht-Demokratien oder den Rüstungsexporten zeigt.

Das Überlegenheitsgefühl der demokratischen Systeme ist völlig berechtigt, so ein Einwurf. Es kommt darauf an, wird dem entgegnet, ob dieser Überlegenheitskomplex zu einem militanten Auftreten gegenüber Autokratien führt oder zu der Erwartung, dass nicht-demokratische Systeme von sich aus zur Demokratie finden, wenn man die besten Voraussetzungen dafür schafft. Letzteres führt zur Entwicklung kooperativer Beziehungen und damit letztlich zur Kriegsvermeidung.

Die Verbreitung des demokratischen Systems braucht viel Geduld, bemerkt ein Teilnehmer und verweist auf den Zeitraum von 700 Jahren, der von den ersten Schritten zur Demokratie mit der Magna Charta bis zur Einführung des Frauenwahlrechts vergangen ist. Die Änderung der Anderen in unsere Richtung wird, so ein weiterer Hinweis, in erster Linie durch gewinnfreie Werbung bewirkt, nämlich den ständigen Nachweis des besseren Systems.

Eine Demokratisierung von Ländern mit Hilfe von Repression oder Gewalt funktioniert nicht. Demokratisierung muss von innen heraus entstehen. Nur in besonderen Fällen, wird eingeschränkt, glückt eine Demokratisierung durch Intervention von außen. Die großen Demokratisierungserfolge in Ostasien, Lateinamerika und Osteuropa gründeten auf endogenen Bewegungen und konnten sich deshalb stabilisieren. Unter fremder Besatzung sind die Erfolgsaussichten gering. Es wird eindringlich gemahnt, dass die dann wirkenden „furchtbaren Mechanismen“ zwischen Widerstand und Besatzung zum Verfall des ganzen Staates führen können.

Demokratie als Problemlösungsmechanismus

Das Ziel der Nachhaltigkeit verlangt, immer wieder neue Lösungen zu finden – unter veränderten Umständen für anhaltende oder für gänzlich neue Probleme. Die pluralistische Demokratie kann diese Anforderung gut bewältigen, da sie den diskursiven Raum zur Erörterung von Gestaltungsmöglichkeiten bietet. Demokratie kann als ein gigantisches Suchsystem für neue Problemlösungen, wenn nicht sogar als ein Problemlösungsmechanismus begriffen werden. Demokratien verfügen über Instrumente zur Fehlerkorrektur und Innovation, wie Meinungs- und Pressefreiheit, ein unabhängiges Rechtssystem, die Freiheit der Wissenschaft, Koalitionsfreiheit, das Recht der Bürger, den Staat zu verklagen, nicht-weisungsgebundene Amtsausübung, ein föderales System und die Möglichkeit, unfähige Regierungen abzuwählen.



Diese Fehlerkorrekturmechanismen sind der Grund dafür, so ein Teilnehmer, dass der Umweltschutz seine historischen Ursprünge in Demokratien hat und Demokratien noch immer zu den stärksten Verfechtern des Umweltschutzes gehören.

Autokratien dagegen fehlen diese Korrektur- und Problemlösungsmechanismen nicht nur, ihre Problemlösungskapazität wird darüber hinaus negativ beeinflusst durch typische Elemente wie ein hohes Maß an Korruption, die Verquickung von Wirtschaft, Staat und politischer Führung, aktive Repression der Zivilgesellschaft oder den manipulativen Einsatz von Medien zur Problemverschleierung.

Fehlt für Nachhaltigkeit die demokratische Mehrheit?

Im welchem Maße beruhen die Zweifel an der Fähigkeit der Demokratie, Nachhaltigkeitsziele effektiv zu verfolgen, auf einer fehlenden Zustimmung im Wahlvolk für diese Ziele? Obwohl der Begriff Nachhaltigkeit durchweg positiv konnotiert ist, scheint es an demokratischen Mehrheiten für eine entsprechende Politik zu fehlen.

Das Thema Nachhaltigkeit hat zwar in den Sozialwissenschaften große Bedeutung, jedoch nicht in der Gesellschaft. Insofern spiegeln die geringen Ansätze der Politik im Bereich der Nachhaltigkeit die Mehrheitsmeinung des Wahlvolks wider. Dem wird entgegen gehalten, dass Umwelt- und Klimaschutz in Umfragen in Deutschland sehr hohe Zustimmung erfahren. Am wichtigsten, und damit bestimmend für die Wahlentscheidung, sind jedoch die Sicherheit des Arbeitsplatzes und ein vernünftiges Auskommen.

Speziell die Verwirklichung von Nachhaltigkeitszielen durch Verzicht findet keine demokratischen Mehrheiten, so eine weitere Antwort. Dies haben die Grünen in der „Veggie-Day-Debatte“ des Bundestagswahlkampfes 2013 durch fallende Umfragewerte erfahren. Auch der grüne Parteitagbeschluss von 1998, in dem ein Preis von 5 DM für einen Liter Benzin gefordert wurde, hat zu dramatisch sinkenden Zustimmungswerten geführt. Andererseits gibt es Beispiele für restriktive Maßnahmen, die parlamentarische Mehrheiten gefunden haben und rasch in der Bevölkerung akzeptiert wurden. Dazu zählen Mülltrennung, Rauchverbote in öffentlichen Räumen, FCKW-Verbot, Einführung von bleifreiem Benzin und Drei-Wege-Katalysator. Die Politik, so wird gefordert, muss steuern und auch gegen Vollzugsdefizite sowie unzureichende Kontrollen angehen.

Es soll ergründet werden, welche politischen Rahmenbedingungen diese Restriktionsmaßnahmen ermöglicht haben und was ein ähnliches Vorgehen in anderen Bereichen behindert. Ging den Maßnahmen ein gesellschaftlicher Einstellungswandel voraus, oder haben sich die Einstellungen erst in Folge der Maßnahmen gewandelt? In diesem Zusammenhang wird darauf aufmerksam gemacht, dass erst die Akteure den demokratischen Prozess mit Leben füllen. Nicht die Verfassungsordnung der USA, Kanadas oder von Australien bestimmt die Haltung dieser Staaten zu Fragen

des Klimaschutzes, sondern die dort jeweils politisch aktiven Gruppierungen und Interessenvertreter, die innerhalb der demokratischen Ordnung die Durchsetzung ihrer Ansichten anstreben.

Auch die Rolle der Medien wird problematisiert. Es werden in immer kürzeren Intervallen „News“ produziert, die vor allem die Aufmerksamkeit der Leserschaft an das Medium binden sollen. Der Nachrichtenwert der Berichterstattung, der mit Relevanzkriterien und nicht mit Klickzahlen begründet wird, gerät so in den Hintergrund.

Nachhaltigkeit als Schichtfrage?

Bestimmte Einstellungen, wie die Ächtung des Rauchens, sind durchaus schichtspezifisch. Da die Wahlbeteiligung stark von Bildungsstand und sozialer Schichtzugehörigkeit abhängt, spiegeln mit parlamentarischen Mehrheiten getroffene Restriktionsentscheidungen nur bedingt die Haltung bildungsferner und sozial schwacher Bevölkerungsgruppen wider. Solche Entscheidungen, so wird vermutet, führen zu einem (noch) stärkeren Rückzug dieser Bevölkerungsgruppen aus den demokratischen Prozessen. Die soziale Selektivität politischer Beteiligung zeigt sich auch bei Volksentscheiden. Beim bayerischen Volksentscheid zum Nichtraucherschutz stimmten zwar über 60 % für strenge Restriktionen, doch die soziale Selektivität der Mobilisierung spielte eine Rolle. Noch markanter ist das Beispiel des Hamburger Volksentscheids zur Schulreform. Die Beteiligung hieran fiel in sozial schwachen Vierteln klar unterdurchschnittlich aus, obgleich das Ziel der Reform eine Besserstellung der Kinder aus diesen Milieus war.

Die Debatte über Nachhaltigkeit kann so auch als eine Auseinandersetzung über die Dominanz von Werthaltungen und Lebensweisen verschiedener sozialer Schichten begriffen werden, etwa zwischen einer akademisierten, postmaterialistisch orientierten Mittelschicht und sozial tiefer stehenden Schichten, die Freizeit, Unterhaltung oder Tradition einen höheren Wert zumessen.

Korrekturen an der Demokratie für mehr Nachhaltigkeit?

Von der Annahme ausgehend, dass institutionelle Mechanismen mehr bewirken als Appelle, werden eine Reihe von Korrekturen an den demokratischen Verfahren vorgeschlagen, die zu einer stärker an Nachhaltigkeit orientierten Politik führen sollen.

Am weitreichendsten ist der Vorschlag, vom Grundsatz der Gleichheit der Wahl abzuweichen und Eltern pro nicht wahlberechtigtem Kind eine zusätzliche Wahlstimme zu geben. So entstehen große neue Stimmenpakete, um die die Parteien dann mit Angeboten für eine nachhaltige Politik werben müssten. An diesem Vorschlag wird bemängelt, dass die Wahlforschung keine Belege dafür hat, ob Eltern minderjähriger Kinder ein besonders nachhaltigkeitsbewusstes Wahlverhalten an den Tag legen. Gefragt wird, welches Elternteil dann dieses Wahlrecht ausüben dürfte. Auch die grundlegende Annahme eines Zusammenhangs zwischen jugendlichem Alter und Nachhaltigkeitsbewusstsein wird bezweifelt: Es sind die Großeltern, die nachhaltig denken und nicht die Eltern, lautet ein Beitrag. Sie überblicken größere Zeitspannen und haben den Wunsch, die Welt für ihre Enkelkinder zu schützen.

Die Einführung von Gesetzesreferenden ist ein weiterer Vorschlag. Wenn vom Parlament bereits beschlossene Gesetze per Volksabstimmung annulliert werden könnten, würde dies zu einer konservativeren und damit nachhaltigeren Finanzpolitik führen. Auch von einer anderen Rekrutierung der politischen Klasse wird eine nachhaltigere Politik erwartet. Damit Menschen mit außerhalb der Politik gewonnener Lebenserfahrung eine Chance auf einen Parlamentssitz bekommen, sollen obligatorische Vorwahlen für alle Parlamentsmandate eingeführt werden. Dem stehen Erfahrungen aus den USA

entgegen: Dort führt das Vorwahlsystem dazu, dass sich besonders ideologische Kandidaten durchsetzen, da deren Anhängerschaft leichter zu mobilisieren ist. Diese Kandidaten stehen jedoch meist nicht für eine aktive Verfolgung von Nachhaltigkeitszielen.

Im Gegensatz zu diesen Vorschlägen stellt sich in der Runde die Frage: Ist es nicht naheliegender, den Prozess des Nachdenkens in der politischen Entscheidungsfindung zu intensivieren, statt Eingriffe in grundlegende Elemente der Demokratie vorzunehmen? Auch diese Überlegung ist mit institutionellen Neuerungen verbunden: Es wird eine Instanz angeregt, die die Zukunftswirkung von heutigen Entscheidungen prüft und diese mit einem suspensiven Veto verhindern respektive aufschieben kann. Dies wäre vergleichbar mit den Möglichkeiten des US-Präsidenten, der zwar Gesetze per Veto stoppen, aber vom Parlament mit qualifizierter Mehrheit überstimmt werden kann. Eine solche, oft auch Zukunftskammer genannte Instanz gibt es schon in Deutschland, so ein Hinweis, wenn auch in einer stark abgewandelten Form. Gemeint ist der Ethikrat, der den parlamentarischen Diskurs und die Prozesse der Entscheidungsvorbereitung verändert hat. Eine solche „Intensivierung des Nachdenkens“ führt dann allerdings zu einer weiteren Verlangsamung der politischen Entscheidungsprozesse.

In der Debatte steht das Bedauern, dass Autokratien Entscheidungen schneller treffen und umsetzen können, zu sehr im Vordergrund, wird kritisiert. Dabei wird dem Inhalt politischer Entscheidungen und der Intensität des Nachdenkens über diese Inhalte viel zu wenig Beachtung geschenkt. Langsame Entscheidungsprozesse in Demokratien müssen daher keinen Nachteil darstellen.

Wie nachhaltig ist der Erhalt der Demokratie selbst? Elitendekadenz als Risiko

Demokratische Ordnungen haben, auch bei hoher politischer Stabilität, keine Ewigkeitsgarantie. Zur Diskussion des Verhältnisses von Demokratie und Nachhaltigkeit zählt daher auch die Frage, wie nachhaltig der Bestand von demokratischen Ordnungen selbst ist.

Hierzu ist neben der Diskussion institutioneller Gesichtspunkte insbesondere eine Untersuchung der Akteure in der Demokratie und ihrer Praxis notwendig. Die demokratischen Institutionen bieten lediglich Opportunitätsstrukturen, ein lebendiges demokratisches Gemeinwesen erfordert das entsprechende Handeln der Akteure. Als Beispiel wird die Weimarer Republik genannt, die nicht wegen unzureichender demokratischer Institutionen, sondern in erster Linie an einem Mangel an Demokraten und einem Überfluss an Nicht-Demokraten zu Grunde gegangen ist.

Damit wird die Frage aufgeworfen, wo Demokratie erlernt wird. Dies kann schon in der Familie beginnen, auch wenn die Entscheidungsfreiheit dort vielfach durch berufliche und wirtschaftliche Zwänge eingeschränkt ist. Kindern soll schon früh Gelegenheit zur Mitbestimmung gegeben werden. Es muss auch früh gelernt werden, Mitverantwortung für Entscheidungen zu übernehmen und sich Mehrheitsentscheidungen zu beugen. Der wissenschaftliche Blick, so die Kritik, ist zu weit nach oben gerichtet und zu weit von der Alltagspraxis entfernt.

Diese Sichtweise muss reflexiv gewendet werden, so ein Einspruch. Institutionen stellen nicht nur Gelegenheitsstrukturen für Akteure dar, sie prägen auch die Subjekte, die sich in ihnen bewegen müssen. Werden Studierende in ein bestimmtes Ausbildungssystem gezwängt, so ist es nicht verwunderlich, wenn sie dessen Handlungserwartungen annehmen. Es ist insofern kaum möglich, einer jungen Generation zu vermitteln, dass sie eine allgemeine Handlungslogik der „Individualisierung des Gewinns und der Sozialisierung der Kosten“ ablehnen soll. Dies gilt insbesondere dann, wenn die Individuen erfahren, dass ein dieser Logik entsprechendes Handeln erfolgreich funktioniert.

Wenn von einem Werteverfall gesprochen wird, so spricht eine Generation über sich selbst, heißt es ergänzend. Beklagt wird jeweils der Verfall der von dieser Generation hochgeschätzten Werte. Betrachtet man auch hier die Dialektik von Akteuren und Strukturen, so müssen sich die Angehörigen dieser Generation fragen, was sie falsch gemacht haben: Welche Strukturen haben sie geschaffen, wenn Werteverfall deren Produkt ist? Haben sie jüngeren Menschen diejenigen Werte ausreichend vermittelt, deren Verfall sie beklagen?

Unstrittig ist, dass Demokratie auch auf der Befolgung ihrer Normen durch die Bürger beruht. Sinkt die Normtreue, so kann dies zu einer Krise des Vertrauens in die politische Ordnung führen. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Vorbildfunktion der politischen und wirtschaftlichen Eliten.

Es gibt eine „Elitendekadenz“, so eine These, die den Erhalt der Demokratie in Deutschland bedroht. Als Beleg dafür werden öffentlich bekannt gewordene Beispiele angeführt, nämlich Steuerbetrug, aktive und passive Korruption, kriminelle Bankgeschäfte, die rechtswidrige Beförderung junger Parteimitglieder in die B-Besoldung kurz vor oder nach Wahlen, Amtsmissbrauch wie die Verwandtenbeschäftigung im Bayerischen Landtag oder der kurzfristige Wechsel von Ministern in Bereiche der Privatwirtschaft, für die sie zuvor zuständig waren. Diese Dekadenz, so ein Einwurf, ist in allen gesellschaftlichen Bereichen vorhanden. Die Wahrnehmung, diese Dekadenz beschränke sich auf die Eliten, ist Folge einer einseitigen Fokussierung von Medien und Wissenschaft auf Politiker. Das eigentliche Problem ist die weite Verbreitung solcher dekadenter Werthaltungen.

Als Ursache dieser Werteentwicklung wird die „Bereicherungsethik des Neoliberalismus“ benannt. Es fehlt, heißt es, an einem öffentlichen Eintreten für eine „Wohlanständigkeit“. Dies wird auch als ein Versagen des politischen Konservatismus interpretiert, von dem ein Eintreten für Werteerhaltung, bürgerliche Anständigkeit und für Tugenden wie Ehrlichkeit, Verlässlichkeit und Pflichterfüllung erwartet wird. Hier liegt eine Bringschuld der politischen Führung.

Werteorientierungen und nachhaltiges Handeln

Die von popkulturellen Leitbildern geprägte, auf Konsum ausgelegte Lebensweise ist laut eines Beitrags das Hauptproblem für die Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen. Dazu wird zu bedenken gegeben, dass andere Werteorientierungen auch nicht zu nachhaltigem Handeln führen. Eine ältere Studie des Wuppertal Instituts hat beispielsweise ergeben, dass ausgerechnet Wählerinnen und Wähler der Grünen den größten ökologischen Fußabdruck haben. In der Presse wird zudem berichtet, dass Grünen-Wähler am häufigsten fliegen. Es sollte daher untersucht werden, welche Anreizstrukturen dazu führen, dass Menschen nicht entsprechend ihrer persönlichen Werthaltung handeln.

Vom Ressourcenverbrauch her gesehen können Demokratien nicht als nachhaltig gelten. Die meisten Ressourcen verbrauchen die wohlhabenderen Länder und dort die wohlhabenderen Haushalte. Allerdings ist aus der Kulturforschung bekannt, dass es mit fortschreitender Modernisierung zu einem fundamentalen Wertewandel in der Bevölkerung kommt: von materialistischen hin zu postmaterialistischen Werten. Letztere schließen insbesondere die Wertschätzung einer intakten Umwelt ein. Dieser Wertewandel stellt eine Art Selbstkorrekturmechanismus des Modernisierungsprozesses dar, der zu einer nachhaltigeren Politik führt.

Resümee und Empfehlungen für die Arbeit der Schader-Stiftung

Die Gesellschaftswissenschaften sollten sich verstärkt ihrer Aufgabe stellen, Gewissheiten in Frage zu stellen, die in der Gesellschaft den Rang unhinterfragter Selbstverständlichkeiten haben. Die „Überlegenheit der Demokratie“ ist eine dieser Gewissheiten, die hier in Bezug auf Nachhaltigkeit debattiert wurde. Eine andere Gewissheit ist die These, „mehr Bildung führt zu mehr Nachhaltigkeit“. Die Schader-Stiftung sollte Diskussionen dieser Art weiterführen. Dabei könnte auch die These „Großeltern denken nachhaltiger als Eltern“ überprüft werden, wird vorgeschlagen.

Das Verhältnis von Nachhaltigkeit und Demokratie sollte genauer beleuchtet werden, zumal die Überlegenheit der Demokratie vor allem mit ihren Mechanismen der Fehlerkorrektur begründet wird. Es wird vorgeschlagen, die mögliche Fortentwicklung der demokratischen Institutionen in den Blick zu nehmen. Zugleich sollte debattiert werden, in welchem Verhältnis demokratische Institutionen und demokratisches Handeln stehen – bedarf es institutioneller Reformen, oder ist ein Defizit an gelebter Demokratie zu beheben?

Die praktische Umsetzung der Forderung, „die Prozesse des Nachdenkens zu intensivieren“ könnte ebenfalls ein Thema für die Schader-Stiftung sein. Was kann „Intensivierung“ für die repräsentative Demokratie bedeuten? Deren gewählte Vertreter dürfen und müssen Entscheidungen treffen – und beziehen dazu schon jetzt Beratungen mit Wissenschaft, zivilgesellschaftlichen Gruppen und Interessenvertretungen ein.

Ein intensiverer Dialog zwischen Wissenschaft und Politik über die Möglichkeiten und Hindernisse der Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen ist wichtig, so ein weiterer Beitrag. Die Schader-Stiftung könnte hier die Aufgabe übernehmen, die vielfältigen Begriffe und Dimensionen von Nachhaltigkeit zu klären und diese zwischen Wissenschaft und Praxis zu vermitteln. Dabei sollte das Thema um die Frage der Vulnerabilität von Institutionen und Strukturen ergänzt werden, etwa wenn es um die Nachhaltigkeit der Demokratie selbst geht.

Als weitere diskussionswürdige Punkte hebt Gabriele Abels, die als Mitglied des Kleinen Konvents das Dialog-Café begleitet hat, das Auseinanderfallen von ökologischem Bewusstsein und nicht-ökologischem Handeln sowie die Dimension sozialer Ungleichheit im nachhaltigen Handeln hervor. Besondere Aufmerksamkeit soll dem Vertrauensverlust in Eliten und Institutionen, aber auch der Politik in die Bürger geschenkt werden, da darin eine Gefährdung der demokratischen Kultur bestehen kann.

5

Biogramme der Teilnehmenden



Prof. Dr. Gabriele Abels, geboren 1964, ist seit September 2007 Professorin für politische Systeme Deutschlands und der EU sowie Europäische Integration an der Universität Tübingen. Abels studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Englische Philologie an der Universität Marburg. Ihr wissenschaftliches Interesse gilt vorrangig dem Prozess der europäischen Integration. Sie ist Mit-herausgeberin der „femina politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft“ und seit 2012 Vorsitzende der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft.



Prof. Dr. Heik Afheldt, geboren 1937, studierte Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Hamburg. Er war Mitglied und Vorstand der Geschäftsleitung, später Mitglied des Verwaltungsrats der Prognos AG. Von 1988 bis 2002 war er Herausgeber der Zeitungen Handelsblatt und Tagesspiegel. Afheldt ist freier Publizist, Wirtschaftsberater und Honorarprofessor an der Kunsthochschule Berlin-Weißensee. 2002 hielt er die Laudatio auf Fritz W. Scharpf anlässlich der Verleihung des Schader-Preises. Er war Mitglied und von 2003 bis 2008 Vorsitzender des Kuratoriums der Schader-Stiftung.



Prof. Dr. Tilman Allert, geboren 1947, war von 2000 bis 2012 Professor für Soziologie mit den Forschungsschwerpunkten Mikrosoziologie und Familiensoziologie an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Er ist Dozent für Soziologie an der Staatlichen Iwane-Dschawachischwili-Universität Tiflis. Für seine Habilitationsschrift „Die Familie. Fallstudien zur Unverwüstlichkeit einer Lebensform“, erhielt Allert 1999 den Christa-Hoffmann-Riem-Preis für qualitative Sozialforschung. 2005 erschien seine Publikation „Der deutsche Gruss: Geschichte einer unheilvollen Geste“.



Prof. Dr. Klaus-Dieter Altmeyen, geboren 1956, ist Professor für Journalistik an der Universität Eichstätt. Er absolvierte das Studium der Neueren Geschichte, Publizistik und Politikwissenschaft in Münster. Altmeyen war Gastprofessor am Institut für Kommunikationswissenschaft der Universität Salzburg und am Institut für Publizistikwissenschaft und Medienforschung der Universität Zürich. Seit 2010 ist Altmeyen Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft.



Dr. Ingo Augustin, geboren 1962, ist Physiker und arbeitet gegenwärtig als Stabschef der Wissenschaftlichen Geschäftsführung der Anlage für Antiprotonen und Ionen Forschung - FAIR in Darmstadt. Die Anlage befindet sich derzeit im Bau und soll 2020 in Betrieb gehen. Sie wird mehr als 3000 Naturwissenschaftlern und Ingenieuren aus mehr als 50 Ländern die Möglichkeit bieten physikalische Grundlagen- und angewandte Forschung zu betreiben. Nach einem Studium an der Technischen Universität Karlsruhe forschte Augustin an den Universitäten Siegen und Mainz. Nach einem siebenjährigen Forschungsaufenthalt am europäischen Kernphysik-Zentrum CERN trat er 2004 dem FAIR Project bei.



Ksenija Auksutaj, geboren 1964, ist Pfarrerin und seit März 2014 Geschäftsführerin des Konfessionskundlichen Instituts des Evangelischen Bundes in Bensheim. Sie studierte Evangelische Theologie, Volkswirtschaftslehre und Publizistik in Frankfurt, Hamburg und New York. Berufliche Stationen waren der Norddeutsche Rundfunk, die Pressestelle der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Die Theologin entwickelte ein Programm zum Qualitätsmanagement von Kirchengemeinden. Sie publiziert und ist als Interviewpartnerin und Autorin von Verkündigungssendungen regelmäßig im hessischen Rundfunk zu hören und zu sehen.



Prof. Dr. Günther Bachmann ist seit 2001 Leiter der Geschäftsstelle des Rates für Nachhaltige Entwicklung und seit 2007 dessen Generalsekretär. Er schloss 1978 sein Studium der Landschaftsplanung an der Technischen Universität Berlin ab und promovierte dort 1985. Es folgten Studien- und Forschungsaufenthalte am Europäischen Hochschulinstitut (Jean Monnet Stipendium) und in den USA (German Marshall Fund of the US). Von 1983 bis 2001 war er Mitarbeiter im Umweltbundesamt, von 1998 bis 2001 Mitglied der Geschäftsführung des Wissenschaftlichen Beirats Bodenschutz beim Umweltbundesamt. Im Februar 2014 wurde er von der Stiftung Universität Lüneburg zum Honorarprofessor bestellt.



Dr. Carmen Berger-Zell, geboren 1967, ist evangelische Pfarrerin. Sie ist bei der Diakonie Hessen als theologische Referentin für den Bereich Gesundheit, Alter und Pflege tätig. 2012 promovierte die Theologin an der Universität Paderborn im Bereich Praktischer Theologie zu dem Thema „Trauerleibso – Ein Resonanzphänomen“. Sie ist Mitherausgeberin der evangelischen Internetseite trauernetz.de.



Monika Berghäuser, geboren 1955, Soziologin und Assessor juris, ist seit 2007 als freie Autorin und Lektorin für die Schader-Stiftung tätig. Von 1974 bis 1980 studierte sie Rechtswissenschaften, Soziologie und Politikwissenschaft an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Sie legte 1987 ihre Zweite Juristische Staatsprüfung ab und arbeitete anschließend als Korrektorin für wissenschaftliche Texte. Ihr Arbeitsschwerpunkt als Autorin liegt im Bereich innovative Wohnkonzepte und gemeinschaftliche Wohn-Pflegeformen.



Michèle Bernhard, geboren 1984, ist seit 2013 wissenschaftliche Mitarbeiterin der Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung im Amt für Stadtentwicklung und Statistik der Stadt Heidelberg. Schwerpunkt ihrer Tätigkeit ist die Umsetzung der „Leitlinien für mitgestaltende Bürgerbeteiligung“, die in Partizipationsprozessen verbindliche Regeln zur praktischen Umsetzung der Bürgerbeteiligung festlegen. Bernhard studierte Soziologie an der Technischen Universität Darmstadt und promovierte zum Thema Eigenlogik der Städte unter dem Aspekt der Partizipation. Von 2009 bis 2012 war sie wissenschaftliche Volontärin der Schader-Stiftung.



Prof. Dr. Thomas Beschorner, geboren 1970, ist Direktor des Instituts für Wirtschaftsethik an der Universität St. Gallen. Er studierte Wirtschaftswissenschaften an der Universität Kassel sowie der National University of Ireland und promovierte 2001 an der Universität Erfurt. Von 2002 bis 2007 war er Leiter der wissenschaftlichen Nachwuchsgruppe Gesellschaftliches Lernen und Nachhaltigkeit an der Universität Oldenburg, wo er 2007 habilitierte. Es folgten Stationen am Zentrum für interdisziplinäre Forschung der Universität Bielefeld, an der McGill University und an der Université de Montréal. Beschorner ist Gründer und Mitherausgeber der „Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik“.



Prof. Dr. Christoph Bieber, geboren 1970, ist seit 2011 Johann-Wilhelm-Welker Stiftungsprofessor für Ethik in Politikmanagement und Gesellschaft an der NRW School of Governance der Universität Duisburg-Essen. Er studierte von 1990 bis 1995 Politikwissenschaften und Germanistik an der Justus-Liebig-Universität Gießen und an der Freien Universität Berlin. 1999 promovierte er im Fach Politikwissenschaft. Er gehört zum Gründungsvorstand von [politikdigital.e.v.](http://politikdigital.e.v) und ist seit August 2013 Mitglied im WDR-Rundfunkrat.



Tyll Birnbaum, geboren 1990, ist Praktikant der Schader-Stiftung. Er studiert an der Technischen Universität Darmstadt den Bachelor-Studiengang Soziologie mit dem Schwerpunkt Stadt und Raum.



Martin J. Blach, geboren 1975, ist seit 2008 Geschäftsführender Vorstand der Stiftung Kloster Eberbach. Er studierte katholische Theologie an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Sankt Georgen Frankfurt am Main sowie in Boston. Danach arbeitete er als freier Journalist bei Deutsche Welle TV, bevor er in die Staatskanzlei nach Wiesbaden wechselte. Dort war er zunächst Referent in der Presseabteilung und anschließend Persönlicher Referent des Hessischen Ministerpräsidenten. Vor seinem Wechsel in den Rheingau war Blach Referatsleiter in der Hessischen Landesvertretung in Berlin.



Jasmin Boghrat, geboren 1983, arbeitet seit 2012 im Forschungsschwerpunkt Stadtforschung der Technischen Universität Darmstadt in der DFG Forschergruppe „Lokale Generierung handlungsrelevanten Wissens am Beispiel lokaler Strategien und Maßnahmen gegen den Klimawandel“. Sie ist tätig im Teilprojekt „Verwaltungsalltag“ unter der Leitung von Prof. Julian Wékel und Prof. Dr. Karsten Zimmermann. Die studierte Politologin ist außerdem Koordinatorin des interdisziplinären Studienschwerpunkts Umweltwissenschaften an der Technischen Universität Darmstadt.



Claudia Bolte ist Diplomingenieurin der Raum- und Umweltplanung und arbeitet seit 2012 als wissenschaftliche Mitarbeiterin der Schader-Stiftung in Darmstadt. Von 2004 bis 2009 studierte sie an der Technischen Universität Kaiserslautern. Im Anschluss daran war sie drei Jahre als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung der Technischen Universität Kaiserslautern tätig. Ihr Schwerpunkt liegt im Bereich der Projektkoordination des Forschungs-Praxis-Projektes „Integrationspotenziale ländlicher Regionen im Strukturwandel“.



Prof. Dr. Wolfgang Bonß, geboren 1952, ist seit 1995 Professor für allgemeine Soziologie an der Universität der Bundeswehr in München und seit 2012 Sprecher des Forschungszentrums RISK. Bonß absolvierte das Studium der Soziologie, Politikwissenschaft, Germanistik, Geschichte und Jura in München. Seine Arbeitsschwerpunkte sind u.a. Risiko und Unsicherheit in modernen Gesellschaften und Soziologie der Arbeit und Arbeitslosigkeit.



Prof. Dr. Michael Braum, ist Geschäftsführender Direktor der Internationalen Bauausstellung GmbH (IBA) Heidelberg und seit 1998 ordentlicher Professor am Institut für Städtebau und Entwerfen der Leibniz-Universität Hannover. Braum studierte Stadtplanung und Städtebau an der Technischen Universität Berlin. Er war Mitglied der beiden Expertenbeiräte „Bau“ und „IBA“ der Bundesregierung, hat als Städtebauer und Stadtplaner über 30 Jahre praktiziert und war bis 2012 Vorsitzender der Jury des Deutschen Städtebaupreises. Von 2008 bis 2013 war er Gründungsvorstandsvorsitzender der Bundesstiftung Baukultur.



Dr. Joachim Brech, geboren 1943, ist freiberuflicher Planer und Forscher im Bereich Stadtentwicklung und Wohnungsbau. Ein Schwerpunkt seiner Tätigkeit liegt in Wien, wo er für gemeinnützige Wohnungsunternehmen sowie die Stadt Wien mit Fokus auf Fragen der sozialen Nachhaltigkeit tätig ist. Ein zweiter aktueller Schwerpunkt ist die Entwicklung eines modularen Bausystems als Partner des Unternehmens Max Bögl.



Dr. Bettina Brohmann ist seit 1984 als Projektleiterin und Senior Researcher beim Öko-Institut tätig. Von 1988 bis 1996 hatte die promovierte Sozialwissenschaftlerin (Berlin/Klagenfurt) und Regionalwissenschaftlerin (Karlsruhe) einen Lehrauftrag an der Hochschule Darmstadt sowie an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt. Seit 2012 ist sie als Forschungs koordinatorin für transdisziplinäre Nachhaltigkeitswissenschaften für verschiedene Aspekte transformativer Prozesse zuständig und leitet eine bereichsübergreifende Arbeitsgruppe. Schwerpunkte ihrer Arbeit sind Themen wie nachhaltiger Konsum, Energiepolitik und die Evaluierung von Beteiligungsverfahren.



Prof. Dr.-Ing. Ralph Bruder, geboren 1963, ist seit 2014 Vizepräsident der Technischen Universität Darmstadt mit dem Schwerpunkt Studium, Lehre und wissenschaftlicher Nachwuchs. Bruder schloß 1988 sein Studium der Elektrotechnik an der Technischen Hochschule Darmstadt ab und promovierte dort 1992 im Fachbereich Maschinenbau zu dem Thema Anwendung künstlicher Intelligenz in der Arbeitswissenschaft. Von 2002 bis 2005 leitete er das Institut für Ergonomie und Designforschung an der Universität Duisburg-Essen. Er war von 2002 bis 2006 Präsident der Zollverein School of Management and Design. Seit 2011 ist Bruder Präsident der Gesellschaft für Arbeitswissenschaft.



Wolf-Michael Catenhusen, geboren 1945, ist stellvertretender Vorsitzender des Nationalen Normenkontrollrates und stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Ethikrates. Er studierte an den Universitäten in Münster und Göttingen Latein, Geschichte und Sozialwissenschaften. Von 1980 bis 2002 war Catenhusen Mitglied des Deutschen Bundestages. Er war von 1998 bis 2005 Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung. Catenhusen war von 1999 bis 2011 Mitglied im Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentages. Von 2006 bis 2011 hatte er den Vorsitz der NANO-Kommission der Bundesregierung inne.



Prof. Dr. Karin Christiansen ist Associate Professor am Department of Culture and Society, Centre for Health, Humanity and Culture der Universität Aarhus, Dänemark. Ihre Forschungsfelder sind Gesundheitsphilosophie, Philosophie und Ethik der Biotechnologie mit Schwerpunkt auf den Themen human enhancement, predictive DNA diagnostics, screening and prevention, the role of uncertainties in emerging technologies, ethical rationality and narrativity.



Prof. Dr. Thomas Döbler, geboren 1958, studierte Soziologie, Psychologie und Volkswirtschaftslehre an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Anschließend promovierte er im Fach Ökonomie an der Universität Hohenheim, wo er auch als wissenschaftlicher Assistent in Forschung und Lehre tätig war. 1998 übernahm er die Studienleitung der Forschungsstelle für Medienwirtschaft und Kommunikationsforschung an der Universität Hohenheim. 2005 wurde er Leiter der IT- und Medienforschung der MFG Stiftung Baden-Württemberg. Seit 2007 ist er Professor für Medienmanagement an der Macromedia Hochschule für Medien und Kommunikation in Stuttgart.



Thomas Ducrée, geboren 1966, ist seit 2008 Vorstand der Gips-Schüler-Stiftung, die Wissenschaft und Forschung zur Entwicklung neuer Baustoffe und -verfahren sowie neuer umweltfreundlicher Techniken fördert. Weiterer Stiftungszweck ist die Förderung interdisziplinärer Forschungsprojekte und kleinerer Sozialprojekte. Ducrée übernahm 2013 die Leitung des Arbeitskreises Wissenschaft und Forschung im Bundesverband Deutscher Stiftungen. Seit 2014 ist er Mitglied des Stiftungsrats der Stuttgarter Bürgerstiftung. Er gehört dem Landeskuratorium Baden-Württemberg des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft an.



Prof. Dr. Herbert Effinger, geboren 1951, ist seit 1995 Professor für Sozialarbeitswissenschaft und Sozialpädagogik an der Evangelischen Hochschule Dresden. Effinger studierte Sozialpädagogik an den Universitäten Hamburg und Bremen. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören unter anderem Wohlfahrtsmix und Freiwilligenarbeit sowie Professionalisierung und Arbeitsmarkt für Sozial-, Gesundheits- und Kulturberufe. Er war Mitglied im Vorstand und von 2009 bis 2014 Vorstandsvorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit.



Prof. Dr. Martin Endreß, geboren 1960, ist seit 2010 Professor für Allgemeine Soziologie an der Universität Trier. Nach seinem Studium der Soziologie folgte 1993 seine Promotion im Fach Philosophie an der Eberhard Karls Universität Tübingen. Von 1992 bis 2004 war er als Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Tübingen und an der Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg sowie als Redakteur der Alfred-Schütz-Werkausgabe und als Geschäftsführer des Sozialwissenschaftlichen Archivs an der Universität Konstanz tätig. 2002 folgte seine Habilitation im Fach Soziologie. Von 2004 bis 2010 war Endreß Professor an den Universitäten Duisburg-Essen und Wuppertal.



Prof. Dr. Rainer Erd, geboren 1944, ist Vorstandsvorsitzender der Peter Paul und Emmy Wagner-Heinz Stiftung und Mitglied des Vorstands der Kulturfabrik Sachsenhausen. Nach dem Zweiten Juristischen Staatsexamen promovierte er zum Dr. jur. und habilitierte im Fach Soziologie. Von 1993 bis 2010 war Erd Professor für Informationsrecht in dem von ihm gegründeten Studiengang an der Hochschule Darmstadt. Zur gleichen Zeit amtierte er dort als Datenschutzbeauftragter. Von 2010 bis 2012 war er bei der Frankfurter Wirtschaftskanzlei Schmalz Rechtsanwälte mit den Schwerpunkten Datenschutz und Urheberrecht tätig. Erd war Mitherausgeber der Zeitschrift „Kritische Justiz“.



Andreas Esche, geboren 1962, ist Volkswirt. Er ist Programm-Manager, Sprecher des Führungskreises und Director des Programms „Nachhaltig Wirtschaften“ der Bertelsmann Stiftung in Gütersloh. Seit 1996 ist Esche für die Bertelsmann Stiftung tätig, zunächst als Leiter der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik und von 2003 bis 2008 als Leiter des Querschnittsprojekts „Aktion Demographischer Wandel“. Bevor Esche zur Bertelsmann Stiftung kam, war er Projektleiter bei der Prognos AG in Basel, Schweiz, und Senior Consultant am „Centre Européen d'Expertise en Evaluation“ in Lyon, Frankreich.



Dr. Karin Fehres, geboren 1959, ist Direktorin für Sportentwicklung des Deutschen Olympischen Sportbundes und Mitglied des Sprecherrats des Bündnisses für Gemeinnützigkeit. Sie studierte Sport und Latein an den Universitäten Mainz und Berlin und promovierte an der Freien Universität Berlin. Fehres war Bildungsreferentin und anschließend Generalsekretärin des Allgemeinen Deutschen Hochschulsportverbands. In der Folge war sie als Sportamtsleiterin in Frankfurt am Main und Geschäftsführerin der Waldstadion Frankfurt GmbH tätig.



Michael Feike, geboren 1985, ist Praktikant der Schader-Stiftung. Er studierte bis 2013 Soziologie, Rechtswissenschaften und Volkswirtschaftslehre an der Technischen Universität Darmstadt.



Sebastian Fellner, geboren 1988, ist seit 2013 studentischer Mitarbeiter der Schader-Stiftung. Er studiert an der Technischen Universität Darmstadt im Master-Studiengang Governance und Public Policy. Zuvor absolvierte er ein Studium der Politik- und Kommunikationswissenschaften an der Universität Augsburg.



Dieter Fitsch, geboren 1948, ist Diplom-Soziologe. Er studierte am Institut für Sozialforschung der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Seit vielen Jahren ist er im Bereich der Erneuerbaren Energien tätig. Fitsch ist Vorstand der Genossenschaft „Gemeinschaftlich Wohnen in Friedberg“ und engagiert sich im Bereich Quartiersmanagement. Er beteiligt sich am Partizipationsprozess zur Gestaltung des Kulturcampus Bockenheim in Frankfurt und setzt sich dort insbesondere für die Realisierung gemeinschaftlicher Wohnformen ein.



Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Peter Frankenberg, geboren 1947, ist seit 2011 Vorsitzender des Stiftungsvorstands der Heinrich-Vetter-Stiftung in Ilvesheim. Er studierte Geschichte, Geographie, Geologie und Botanik an der Universität Bonn, wurde promoviert und war anschließend wissenschaftlicher Assistent am Geographischen Institut der Universität Bonn. Von 1994 bis 2001 war er Rektor der Universität Mannheim und von 2001 bis 2011 Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst des Landes Baden-Württemberg. Seit 2014 ist Frankenberg Mitglied des Stiftungsrats der Schader-Stiftung.



Verena Fries, geboren 1985, ist Diplom-Soziologin und seit 2012 bei der Schader-Stiftung in Darmstadt, seit 2013 als Assistentin des Stifters tätig. Dabei ist sie seitens der Schader-Stiftung verantwortlich für den „Runden Tisch Wissenschaftsstadt Darmstadt“ sowie die Bereiche Netzwerkforschung und Öffentliche Wissenschaft. Sie studierte an der Technischen Universität Darmstadt Soziologie mit dem Schwerpunkt Bildung und Macht.



Prof. Dr. Martin Führ, geboren 1958, ist seit 1994 Professor für Öffentliches Recht, Rechtstheorie und Rechtsvergleichung an der Hochschule Darmstadt. 1988 wurde er an der Goethe-Universität Frankfurt am Main promoviert und habilitierte sich dort 2002. Nach der Tätigkeit im Öko-Institut e.V. Freiburg/Darmstadt/Berlin hatte er von 1993 bis 1994 die Professur „Rechtsfragen der Technikentwicklung“ an der Fachhochschule Fulda inne. An der Hochschule Darmstadt leitet er die Sonderforschungsgruppe Institutionenanalyse (sofia). Führ ist seit 2008 von der Europäischen Kommission ernanntes Mitglied im Verwaltungsrat der Europäischen Chemikalienagentur.



Alexander Gemeinhardt, geboren 1973, ist seit 2013 Vorstandsvorsitzender und Direktor des Stiftungszentrums der Schader-Stiftung in Darmstadt. Gemeinhardt absolvierte das Studium der Religionspädagogik, des Sozialwesens und der Sozialen Verhaltenswissenschaften. Er war zunächst Geschäftsführer des Evangelischen Bundes Hessen und Nassau, dann Geschäftsführer und Referent für Publizistik des Konfessionskundlichen Instituts in Bensheim.



Dirk Gerasch, geboren 1961, studierte Kommunikationsdesign an der Fachhochschule, jetzt Hochschule Darmstadt. Seit 1991 ist er Inhaber und Geschäftsführer von Gerasch Communication, einer Agentur für Unternehmens- und Markenkommunikation in Darmstadt. Er ist Geschäftsführender Vorstand des Marketing-Clubs Südhessen e.V.



Dr. des. Anja Gerdemann, geboren 1976, ist wissenschaftliche Volontärin der Abteilung Kunst- und Kulturgeschichte am Hessischen Landesmuseum Darmstadt. Sie absolvierte ein Studium der Kunstgeschichte, Theater-, Film- und Fernsehwissenschaft und Skandinavistik an den Universitäten Erlangen, Oslo und Köln. Gerdemann war Promotionsstipendiatin im Graduiertenkolleg „Imaginatio Borealis“ an der Universität Kiel. Sie promovierte 2011 an der Universität zu Köln. In ihrer Forschung beschäftigt sie sich mit der Kunst des 19. und 20. Jahrhunderts sowie der Kunst nördlich der Alpen/Skandinavien.



Prof. Dr. Marion Großklaus-Seidel, geboren 1957, ist Präsidentin der Evangelischen Hochschule Darmstadt. Sie studierte von 1979 bis 1985 Evangelische Theologie und Pädagogik an der Ruhr-Universität Bochum und der Kirchlichen Hochschule Wuppertal. Von 1985 bis 1990 arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Internationale Erwachsenenbildung an der Ruhr-Universität Bochum. Von 1993 bis 1995 war Großklaus-Seidel Pastorin im Kirchlichen Dienst in der Polizei und Ethikdozentin an der Polizei-Führungsakademie in Münster-Hiltrup. Seit 1995 ist sie Professorin für Ethik und Erwachsenenbildung an der Evangelischen Hochschule Darmstadt.



Dr. Franz Grubauer ist Oberkirchenrat und Referent für Statistik und Sozialforschung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Zuvor war er Generalsekretär des Verbands Evangelischer Akademien in Deutschland. Er gehört der Präsidialversammlung des Deutschen Evangelischen Kirchentags an und war Lehrbeauftragter am Institut für Soziologie der Technischen Universität Darmstadt.



Jessica Haase, geboren 1983, ist seit 2008 am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung tätig. Seit 2014 ist sie Leitende Referentin für Forschungsplanung und -strategie und befasst sich unter anderem mit dem Ausbau interdisziplinären Zusammenwirkens in der Forschung. Von 2011 bis 2013 war sie dort Leitende Referentin für Gremien und Berufungskommissionen. Haase studierte Politikwissenschaft an den Universitäten München und Bremen und schloss mit dem Executive MPA an der Hertie School of Governance ab. Sie ist seit 2014 Lehrbeauftragte an der Humboldt-Universität zu Berlin.



Dr. Thomas Hain ist seit Oktober 2013 Leitender Geschäftsführer der Unternehmensgruppe Nassauische Heimstätte/Wohnstadt. Hain studierte Volkswirtschaftslehre an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Er war u.a. Marktteamleiter der HYPO Vereinsbank Leipzig, Leiter der Immobilienabteilung der Deutschen Kreditbank Leipzig und Geschäftsführer der Volkswohnung GmbH Karlsruhe. Thomas Hain ist Mitglied im Stiftungsrat der Schader-Stiftung.



Prof. Dr. Michael Haus ist seit April 2012 Professor für Moderne Politische Theorie an der Universität Heidelberg. Er studierte die Fächer Politikwissenschaft, Soziologie und Philosophie an der Universität Frankfurt und an der Universität Heidelberg. Haus ist Sprecher des Arbeitskreises „Lokale Politikforschung“ sowie Mitglied im Beirat der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft.



Dr. Anika Haverig, geboren 1980, ist seit 2013 als Förderreferentin im Team Internationales bei der VolkswagenStiftung in Hannover tätig. Nach einem Studium der Sozialwissenschaften und Mathematik an der Universität Bielefeld, der Massey University und der University of Canterbury in Neuseeland promovierte sie im Fach Soziologie an der University of Kent, UK. Bei der Volkswagen-Stiftung verantwortet sie die Initiative „Postdoctoral Fellowships in den Geisteswissenschaften an Universitäten und Forschungsinstituten in Deutschland und den USA“ sowie Förderaktivitäten im und zum „Arabischen Raum“.



Selina Härstel, geboren 1991, war 2014 Praktikantin der Schader-Stiftung. Sie studiert an der Technischen Universität Darmstadt den Bachelor-Studiengang Soziologie mit Wahlpflichtfach Psychologie.



Prof. Dr. Heike Herrmann, geboren 1966, ist seit 2006 Professorin an der Hochschule Fulda und seit 2009 Sprecherin der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Herrmann studierte von 1986 bis 1992 Soziologie, Volkswirtschaftslehre, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte sowie Sozialpsychologie an der Universität Hamburg. 2001 promovierte sie zum Thema Bürgerforen. Stichworte zu aktuellen Forschungen sind Unsichere Räume, Sozialorientierte Stadtentwicklung, Gentrification und Bildungschancen. Herrmann war über zehn Jahre als Erste Vorsitzende eines freien Trägers der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe tätig.



Dr. Michael Hinz war von 2008 bis 2014 Kanzler der Universität Erfurt. Er studierte Rechtswissenschaften an der Universität Marburg und promovierte an der Universität Jena. Er war in verschiedenen Funktionen in der zentralen Verwaltung der Universität Jena beschäftigt, u.a. als Dezernent Finanzen, Beschaffung, Datenverarbeitung. Hinz ist als freiberuflicher Berater, Dozent und Coach für Wissenschaftsinstitutionen tätig, u.a. im Rahmen der Beratungs- und Weiterbildungsangebote des Zentrums für Wissenschaftsmanagement e.V. Speyer.



Manfred Hochhuth, geboren 1955, gehört dem Aufsichtsrat der PSD Bank Hessen-Thüringen eG an und ist Vorstandsmitglied in der Ernst-Ludwig-Hochschulgesellschaft, Vereinigung der Freunde der Technischen Universität Darmstadt. Er studierte Wirtschaftswissenschaften und Politikwissenschaften und war bis Ende 2011 Niederlassungsleiter und Prokurist bei der Deutschen Telekom AG. Er ist Aufsichtsrat mehrerer Unternehmen der Wohnungswirtschaft und der Telekommunikationsbranche.



Katharina Hoegl studierte Internationale Beziehungen und Slawistik an den Universitäten in Montreal und Straßburg und erwarb 2011 ihren Master in European, Russian and Eurasian Studies. Nach diversen Auslandsaufenthalten und Tätigkeiten am Canada-Europe Transatlantic Dialogue und für die Karl Schlecht Stiftung koordiniert sie nun die wissenschaftliche Arbeit am Weltethos-Institut. Sie ist verantwortlich für das Management von internationalen Konferenzen und organisiert die Mitarbeit externer Partner an Forschungsprojekten. Sie lektoriert wissenschaftliche Aufsätze und ist als Autorin tätig.



Prof. Dr. Gisela Jakob, geboren 1959, ist Professorin am Institut für Soziale Arbeit und Sozialpolitik der Hochschule Darmstadt. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement, Engagementförderung in Kommunen und drittem Sektor und Freiwilligendienste. Jakob studierte Erziehungswissenschaften an der Philipps-Universität Marburg und promovierte 1990 mit dem Thema „Ehrenamt und Biografie“ an der FernUniversität Hagen. Von 2000 bis 2002 war sie Mitglied der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ des deutschen Bundestages.



Prof. Dr. Dirk Jörke lehrt seit 2014 Politische Theorie und Ideengeschichte am Institut für Politikwissenschaften der Technischen Universität Darmstadt. Er schloss 1996 sein Studium der Politikwissenschaft, Soziologie, Geschichte und Philosophie in Kiel und Hamburg mit seiner Magisterarbeit an der Universität Hamburg ab. 2002 promovierte er an der Universität Greifswald und wurde 2009 durch die Philosophische Fakultät der Universität Greifswald habilitiert.



Imke Jung-Kroh, geboren 1978, ist Diplom-Sozialpädagogin und Bürgerbeauftragte der Wissenschaftsstadt Darmstadt. Sie studierte Politikwissenschaft und Pädagogik an der Fachhochschule Darmstadt. Jung-Kroh arbeitet am Aufbau eines Konzepts zur Bürgerbeteiligung und ist Beraterin der Verwaltung und Stadtpitze bei der Planung, Durchführung und Auswertung von Projekten mit Bürgerbeteiligung. Zudem ist sie tätig im Anliegen- und Beschwerdemanagement der Stadt Darmstadt.



Prof. Dr. Martin Junkernheinrich, geboren 1958, ist seit 2008 Professor für Stadt-, Regional- und Umweltökonomie an der Technischen Universität Kaiserslautern. Er studierte Wirtschaftswissenschaft, Sozialwissenschaften und Germanistik an den Universitäten Bochum und Duisburg und promovierte 1987. Von 1993 bis 1997 war Junkernheinrich Leiter der Abteilung Regional- und Kommunalforschung am Institut für Wirtschaftsforschung Halle sowie von 1997 bis 1998 Generalsekretär der Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Von 1998 bis 2008 war er Professor an den Universitäten Trier, Cottbus und Münster.



Wilfried Kaib, geboren 1947, war von 1986 bis 1992 Stadtbaurat in Offenbach. Zuvor war er Referent für Landesplanung und Umwelt in der Hessischen Staatskanzlei. Er studierte Soziologie, Öffentliches Recht und Volkswirtschaftslehre an der Goethe-Universität Frankfurt am Main, wo er auch als wissenschaftlicher Mitarbeiter forschte. Dort und an der Technischen Universität Darmstadt war er Lehrbeauftragter für Stadt- und Regionalsoziologie. Seine aktuellen Forschungsschwerpunkte sind europäische Regionalpolitik, Städtebau und Wohnungspolitik.



Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Franz-Xaver Kaufmann, geboren 1932, ist emeritierter Professor für Soziologie. Kaufmann absolvierte ein juristisches, wirtschaftswissenschaftliches und soziologisches Studium an der Universität Zürich, der Hochschule St. Gallen und der Université de Paris. Er war Professor für Sozialpolitik und Soziologie sowie Direktor am Zentrum für interdisziplinäre Forschung an der Universität Bielefeld. Kaufmann erhielt 2007 den Schader-Preis und wurde 2012 für sein herausragendes wissenschaftliches Lebenswerk von der Deutschen Gesellschaft für Soziologie ausgezeichnet. Kaufmann gehört dem Senat der Schader-Stiftung an.



Prof. Dr. Karl-Dieter Keim, geboren 1939, studierte Soziologie, Politikwissenschaft und Öffentliches Recht an der Universität Mannheim. Von 1970 bis 1982 war er am Deutschen Institut für Urbanistik in Berlin tätig. 1982 wurde er an der Leibniz Universität Hannover im Fach Soziologie habilitiert. Von 1982 bis 2004 war er Professor an den Universitäten Bamberg und Cottbus. Keim leitete von 1992 bis 2004 das Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung in Erkner bei Berlin. Er war von 1998 bis 2006 Mitglied des Kuratoriums der Schader-Stiftung und von 2003 bis 2006 dessen Stellvertretender Vorsitzender.



Jürgen Kerwer, geboren 1956, ist Ständiger Vertreter des Direktors und Leiter des Referates „Jugendarbeit/Wirtschaft/Soziales“ der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung. Kerwer studierte Sozialpädagogik an der Evangelischen Fachhochschule Darmstadt.



Prof. Dr. Peter Graf von Kielmansegg, geboren 1937, ist emeritierter Professor der Politikwissenschaft an der Universität Mannheim. Graf Kielmansegg studierte Rechtswissenschaften und Geschichte in Bonn, Kiel und Tübingen. 1971 erhielt Graf Kielmansegg einen Ruf als Professor an die Universität zu Köln und 1976 eine Gastprofessur an der Georgetown University in Washington, D.C. Von 1985 bis zu seiner Emeritierung im Jahr 2002 lehrte er als Professor für Politische Wissenschaften an der Universität Mannheim. Von 2003 bis 2009 war Graf Kielmansegg Präsident der Heidelberger Akademie der Wissenschaften. 2001 erhielt er den Schader-Preis.



Ulf Kilian, geboren 1956, ist seit 2000 Vorsitzender des Deutschen Werkbundes Hessen. Er studierte Philosophie, Kunstgeschichte und Kunstpädagogik an der Goethe-Universität Frankfurt sowie Kunst an der Staatlichen Hochschule für Bildende Künste Städelschule. Es folgten zahlreiche Ausstellungen im In- und Ausland. 1989 gründete er die Firma techne. Er war 1998 Mitbegründer des Ensembles daimonion sowie 1999 der Werkgespräche – einem interdisziplinärem Forum für zeitgenössische Kunst beim Deutschen Werkbund Hessen.



Gudrun Kirchoff ist Sozialwissenschaftlerin und seit 2006 wissenschaftliche Referentin der Schader-Stiftung in Darmstadt. Sie studierte Soziologie an der Freien Universität Berlin mit dem Schwerpunkt Stadtsoziologie. Nach dem Diplom arbeitete sie als Stadtforscherin in verschiedenen Institutionen in Berlin und Brandenburg. Ihre Schwerpunkte sind: Migration und Integration im Sozialraum, Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik sowie Soziale Stadt. Derzeit ist sie Projektleiterin des Projektes „Integrationspotenziale ländlicher Regionen im Strukturwandel“.



Steffen Klawitter, geboren 1974, ist Vice President und Leiter des Kompetenzzentrums Kirchen im Wealth Management Deutschland der Deutschen Bank AG, für die er zuvor seit 1993 in verschiedenen Positionen im Private Banking und Wealth Management im In- und Ausland tätig war. Daneben ist er seit zehn Jahren Spezialist für Nachhaltige Kapitalanlagen und Impact Investments. 2013 errichtete er privat das erste Plusenergiehaus in Bad Homburg, das Teil der Forschungsinitiative Zukunft Bau der Bundesregierung im Modellvorhaben „Effizienzhaus Plus“ ist. Ehrenamtlich leitet er die Fachgruppe Private Wealth & Asset Management bei Bank Verbindung e.V.



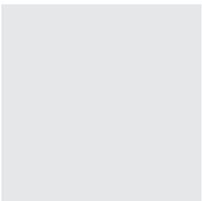
Dr. Silke Kleihauer ist Diplom-Biologin und seit 2001 wissenschaftliche Mitarbeiterin der Sonderforschungsgruppe Institutionenanalyse an der Hochschule Darmstadt. Sie entwickelte dort zudem ein Studiengangskonzept für einen Masterstudiengang Risk Assessment and Sustainability Management. An der Universität Tübingen promovierte sie über ein Thema an der Schnittstelle von Ökologie, Wissenschaftstheorie und Recht. Der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit liegt in Methoden der Folgenbetrachtung sowie der Risikoabschätzung und den jeweiligen Schnittstellen mit rechtlichen Vorgaben.



Dr. Jörg Klein, geboren 1964, ist Geschäftsführer der Daimler und Benz Stiftung in Ladenburg. Die wissenschaftsfördernde Stiftung wurde durch die Daimler-Benz AG, heute Daimler AG, gegründet und ist eine rechtlich unabhängige Stiftung des bürgerlichen Rechts. Klein ist studierter Diplom-Chemiker, seine Dissertation verfasste er zu den Themenbereichen Zoologie und Molekularbiologie. Es folgten Postdoc-Aufenthalte in den Niederlanden und den USA. Klein war als Referent und stellvertretender Geschäftsführer der Leibniz-Gemeinschaft in Bonn tätig. Seine beruflichen Schwerpunkte sind Stiftungswesen sowie Wissenschaft und Forschung in Deutschland.



Daniela Kobelt Neuhaus, geboren 1955, ist seit 2007 Vorstandsmitglied der Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie und dort zuständig für Kommunikation, Öffentlichkeitsarbeit und die operative Inlandsarbeit der Stiftung. Kobelt Neuhaus studierte Pädagogik, Heilpädagogik, Psychologie und Philosophie an der Universität Freiburg (Schweiz). Sie war von 1993 bis 2007 Fortbildungsreferentin und Leiterin der Abteilung Fort- und Weiterbildung der Pädagogischen Akademie Elisabethenstift Darmstadt. Seit 2014 ist Kobelt Neuhaus Mitglied im Beirat des Bundesverbands Deutscher Stiftungen e.V. Sie ist Präsidentin des Bundesverbandes der Familienzentren e.V.



Dr. Stefan Koch, geboren 1968, ist Programmdirektor im Bereich Geistes- und Sozialwissenschaften der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Dort betreut er die Fächer Erziehungswissenschaft, Bildungsforschung und Kommunikationswissenschaft. Er studierte Philosophie und promovierte an der Universität München im Fach Arbeits- und Organisationspsychologie. Koch war mehrere Jahre Assistent für Empirische Sozialwissenschaften an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, bevor er 2005 zur DFG wechselte.



Prof. Dr. Jürgen Kohl ist emeritierter Professor am Max-Weber-Institut für Soziologie an der Universität Heidelberg mit Schwerpunkt Sozialstrukturanalyse und Politische Soziologie. Er studierte Soziologie, Wirtschaftswissenschaften und Politikwissenschaft an den Universitäten Frankfurt und Bielefeld. Anschließend promovierte er an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität Mannheim. Kohl war u.a. Wissenschaftlicher Angestellter am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, Jean Monnet Fellow am European University Institute in Florenz und Gastprofessor an der Northwestern University, Evanston, IL, USA.



Michael Kolmer, geboren 1970, studierte Geografie an der Technischen Universität Darmstadt. Nach beruflichen Stationen an der Technischen Universität Darmstadt und beim Land Baden-Württemberg war er seit 2000 stellvertretender Leiter der Darmstädter Wirtschaftsförderung. Seit dem Jahr 2005 leitet er das Amt für Wirtschaft und Stadtentwicklung der Wissenschaftsstadt Darmstadt. Kolmer vertritt die Stadt Darmstadt bei der Organisation des gemeinsam mit der Schader-Stiftung veranstalteten „Runden Tisches Wissenschaftsstadt Darmstadt“.



Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte, geboren 1958, ist seit 2003 Professor für Politikwissenschaft und Dekan der Fakultät für Gesellschaftswissenschaften an der Universität Duisburg-Essen. Korte studierte Politikwissenschaft, Germanistik und Pädagogik an den Universitäten Mainz und Tübingen. 1983 legte er das Staatsexamen ab und promovierte 1988 in Mainz. 1997 folgte die Habilitation an der Ludwig Maximilians-Universität München. Korte hatte Vertretungsprofessuren an den Universitäten Trier, Köln, München und Duisburg inne. Seit 2006 ist er Direktor der NRW School of Governance an der Universität Duisburg-Essen. Korte ist Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaften e.V.



Dr. Rudolf Kriszeleit, geboren 1955, war bis Januar 2014 Staatssekretär im Hessischen Ministerium der Justiz, für Integration und Europa. Er studierte Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Nach einer Tätigkeit im Hessischen Ministerium der Finanzen war er von 1995 bis 2001 Finanzreferent und Leiter der Finanzabteilung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau und von 2001 bis 2009 Vorstandsmitglied der Investitionsbank Hessen. Kriszeleit ist stellvertretender Vorsitzender des Stiftungsrats der Schader-Stiftung und Mitglied im Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentags.



Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp, geboren 1933, studierte Wirtschaftsingenieurwesen in Darmstadt. 1969 wurde Krupp Professor für Wirtschafts- und Sozialpolitik an der Goethe-Universität Frankfurt, als deren Präsident er von 1975 bis 1979 amtierte. Von 1969 bis 1988 war er Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. Krupp war von 1982 bis 1984 Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. 1988 wurde Krupp Senator, 1991 auch Zweiter Bürgermeister der Hansestadt Hamburg. Zwischen 1993 und 2001 war er Präsident der Landeszentralbank Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern.



Thekla Kulik, geboren 1957, ist Diplom-Sinologin und Diplom-Kulturwirtin. Sie ist als Fundraiserin tätig. Sie studierte Kulturwirtschaft und Sinologie. Ihre Tätigkeitsschwerpunkte sind die Themen Nachhaltigkeit und soziale Fragen.



Sebastian Kurtenbach, geboren 1987, arbeitet am Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung der Ruhr-Universität Bochum. Seine Forschungsschwerpunkte sind Kontexteffekte, Sozialer Wandel, Nachbarschaftsbeziehung, Westdeutsche Großsiedlungen und Neuzuwanderung aus Rumänien und Bulgarien. Kurtenbach studierte von 2006 bis 2013 Soziale Arbeit sowie Sozialwissenschaft an der Fachhochschule Düsseldorf und der Ruhr-Universität Bochum und ist seit 2013 Doktorand am Institut für Soziologie und Sozialpsychologie der Universität zu Köln.



Dr. Thilo Lang ist seit 2009 Leiter der Abteilung Regionale Geographie Europas und Koordinator des Forschungsbereichs Raumproduktionen am Leibniz Institut für Länderkunde. Von 1996 bis 2002 studierte er Raum- und Umweltplanung an der Universität Kaiserslautern und Stadtplanung an der Universität Hamburg. Zwischen 2004 und 2006 forschte Lang an den Universitäten in Sheffield und Durham. Von 2006 bis 2009 war er Projektkoordinator in der ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH.



Dr. Arne Lankenau ist seit 2014 Kanzler der Evangelischen Hochschule Darmstadt. Er studierte von 1999 bis 2005 Geschichte und Erwachsenenbildung an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg und promovierte dort im Jahr 2008. Von 2008 bis 2014 lehrte er an der Hochschule für angewandtes Management in Erdingen und amtierte dort als Kanzler. Parallel absolvierte Lankenau von 2008 bis 2010 das berufsbegleitende Studium zum Master of Business Administration an der Privatuniversität Schloss Seeburg.



Dr. Thorsten Latzel, geboren 1970, ist seit 2013 Direktor der Evangelischen Akademie Frankfurt. Er studierte Evangelische Theologie an der Universität Marburg und promovierte 2002 im Rahmen des DFG-Graduiertenkollegs „Religion und Normativität“ an der Universität Heidelberg. Von 2000 bis 2005 arbeitete Latzel zunächst als Vikar und anschließend als Pfarrer im Kirchenkreis Hanau-Land. Er war von 2005 bis 2012 im Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland als Oberkirchenrat tätig. Seit 2007 leitet er zudem das Projektbüro im Reformprozess „Kirche im Aufbruch“.



Prof. Dr. Joachim-Felix Leonhard, geboren 1946, ist Staatssekretär a.D. des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst. Er absolvierte das Studium der Geschichtswissenschaft, Klassischen Philologie, Historischen Hilfswissenschaften und der Philosophie an den Universitäten Frankfurt und Heidelberg. Er war Vorstand und Direktor der Stiftung Deutsches Rundfunkarchiv Frankfurt am Main und Potsdam sowie Generalsekretär des Goethe-Instituts. Leonhard war von 2007 bis 2011 Präsident der von Behring-Röntgen-Stiftung in Marburg und von 2008 bis 2013 Vorsitzender des Kuratoriums der Schader-Stiftung. Er ist seit 2014 Vorsitzender des Stiftungsrats der Schader-Stiftung.



Prof. Dr. Stephan Lessenich, geboren 1965, ist seit 2014 Professor für Soziologie mit dem Schwerpunkt Soziale Entwicklungen und Strukturen an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Von 2004 bis 2013 war er Professor für Soziologie an der Universität Jena. Lessenich studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Geschichte an der Universität Marburg. Er ist Mitglied des Wissenschaftlichen Redaktionsbeirates „WSI-Mitteilungen“ sowie des Wissenschaftlichen Beirates von Attac Deutschland. Lessenich ist Vorsitzender des Vorstands der Deutschen Gesellschaft für Soziologie und Mitglied des Kleinen Konvents der Schader-Stiftung.



Peter Lonitz, geboren 1959, ist wissenschaftlicher Referent der Schader-Stiftung in Darmstadt und zuständig für den Bereich Presse und Öffentlichkeitsarbeit. Er studierte Soziologie, Psychologie und Städtebau an der Technischen Universität Darmstadt. Peter Lonitz ist Mitglied im Presseclub Darmstadt und vertritt die Schader-Stiftung im Stiftungsnetzwerk Südhessen.



Dr. Editha Marquardt ist seit 2013 Mitarbeiterin am Geographischen Institut der Universität Heidelberg. Nach ihrem Studium der Kulturwissenschaften, Germanistik und Hispanistik an den Universitäten Leipzig und Edinburgh promovierte sie 2004 an der Universität Leipzig. Nach ihrer Dissertation war sie Forschungsmitarbeiterin an der Hochschule Zittau/Görlitz im Projekt „Elisa – Elitenförderung Sachsen. Frauen in Naturwissenschaft, Technik und Medizin“. Von 2009 bis 2013 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am ZAK - Zentrum für Angewandte Kulturwissenschaft und am Karlsruher Institut für Technologie.



Prof. Dr. Ulf Matthiesen, geboren 1943, ist seit 2003 Apl. Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin. Matthiesen studierte Soziologie, Philosophie und Rechtswissenschaften in Freiburg, Frankfurt am Main und Paris und promovierte 1982 an der Technischen Universität Dortmund. Seine Habilitation folgte 1993 an der Goethe-Universität Frankfurt. Von 1994 bis 2007 war Matthiesen mit dem Aufbau und der Leitung der Forschungsabteilung 3 Wissensmilieus und Raumstruktur am Leibniz-Institut für Regionentwicklung und Strukturplanung betraut. Seit gut 10 Jahren untersucht er in Forschung und Lehre – auch international – die Koevolution von Wissens- und Raumentwicklung.



Prof. Dr. Karl-Heinz Meier-Braun, geboren 1950, ist Leiter der Redaktion „SWR International“ und Integrationsbeauftragter des Südwestrundfunks sowie seit 1991 Honorarprofessor an der Universität Tübingen. Meier-Braun studierte Politikwissenschaft und Anglistik an der Universität Tübingen. Er ist Mitinitiator des „Netzwerks Integrationsforschung Baden-Württemberg“, Landesvorsitzender der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Landesverband Baden-Württemberg sowie stellvertretender Vorsitzender des Rats für Migration. 1995 erhielt Meier-Braun den Schader-Preis.



Dr. Kirsten Mensch, geboren 1967, ist seit 2000 wissenschaftliche Referentin der Schader-Stiftung in Darmstadt. Sie studierte Politikwissenschaften, Philosophie sowie Rechtswissenschaften. 1993 folgte ein Studienaufenthalt an der Universität Groningen in den Niederlanden. Von 1994 bis 1998 war Mensch wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft der Technischen Universität Darmstadt. 1999 wurde sie promoviert. Inhaltliche Schwerpunkte ihrer Tätigkeit bei der Schader-Stiftung sind Projekte zu gesellschaftlich und politisch relevanten Fragen.



Dr. Verena Metze-Mangold, geboren 1946, ist seit 2014 Präsidentin der Deutschen UNESCO-Kommission, deren Vizepräsidentin sie seit 1996 war. Die Publizistin und Medienforscherin leitete zwölf Jahre die Evangelische Medienakademie und war von 1987 bis 2011 Bereichsleiterin in der Intendanz des Hessischen Rundfunks. 2006 übernahm sie die Leitung der Hessischen Rundfunk Filmförderung. Sie ist Vorsitzende des Beirats Stiftung Digitale Chancen und Mitglied im Forschungsbeirat des Instituts für Auslandsbeziehungen. Sie lehrte an den Universitäten Frankfurt, Marburg, Hannover, Leipzig, Potsdam, Utrecht und Maastricht sowie an der Freien Universität Berlin.



Dr.-Ing. Monika Meyer ist seit 2012 Geschäftsführerin des Instituts Wohnen und Umwelt in Darmstadt. Meyer studierte Architektur an der Technischen Universität Braunschweig und promovierte dort zu städtebaulichen Effekten von Großereignissen. Sie gestaltete im Bundesamt für Raumordnung und Bauwesen sowie im Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen die Initiative Architektur und Baukultur mit. Meyer ist Mitglied der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung und der Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung.



Prof. Dr. Harald Müller, geboren 1949, ist Professor für Internationale Beziehungen an der Goethe-Universität Frankfurt am Main und Gastprofessor am Center for International Relations der Johns Hopkins University, Bologna/Italien. Er ist seit 1996 Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Leibniz-Instituts Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung in Frankfurt am Main. Er studierte Germanistik, Soziologie, Philosophie und Politikwissenschaften an der Goethe-Universität Frankfurt am Main und promovierte anschließend. 1994 habilitierte Müller sich für das Fach Politikwissenschaften und war in den folgenden vier Jahren Privatdozent an der Technischen Universität Darmstadt.



Prof. Dr. Ursula Münch, geboren 1961, ist seit 2011 Direktorin der Akademie für Politische Bildung Tutzing. Von ihrer Lehrtätigkeit am Institut für Politikwissenschaft der Universität der Bundeswehr München ist sie derzeit beurlaubt. Münch studierte Politikwissenschaft, Kommunikationswissenschaft, Psychologie und Neuere Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Es folgten Forschungsaufenthalte in New York und Minneapolis. Münch ist Vorsitzende des Kuratoriums der Katholischen Stiftungsfachhochschule München. 2014 wurde sie in den Kleinen Konvent der Schader-Stiftung gewählt.



Prof. Dr. Alfred Nordmann, geboren 1956, ist Professor für Philosophie. Nach Magister und Promotion an der Universität Hamburg und einem Aufenthalt an der University of South Carolina lehrt Alfred Nordmann seit 2002 Philosophie und Geschichte der Wissenschaften und Technowissenschaften an der Technischen Universität Darmstadt. Seit 2000 befasst sich Nordmann mit wissenschaftsphilosophischen und gesellschaftlichen Aspekten der Nanowissenschaften und konvergierenden Schlüsseltechnologien und den technikphilosophischen Grundlagen der Erkenntnis- und Wissenschaftstheorie. Er ist Kooperationspartner der Schader-Stiftung im Themenbereich Gemeinwohl und Verantwortung.



Prof. Dr. Claus Offe, geboren 1940, war von 2005 bis 2012 Professor für Politische Soziologie an der Hertie School of Governance. Er studierte von 1959 bis 1965 Soziologie, Volkswirtschaftslehre und Philosophie an der Universität zu Köln und an der Freien Universität Berlin. 1968 promovierte Offe mit der Arbeit „Leistungsprinzip und industrielle Arbeit“ und habilitierte 1973 an der Universität Konstanz. Offe lehrte als Professor unter anderem an den Universitäten Bielefeld, Bremen und Berlin. Er ist wissenschaftlicher Beirat des Netzwerks Grundeinkommen.



Prof. Dr. Werner J. Patzelt, geboren 1953, ist seit 1991 Professor für Politische Systeme und Systemvergleich an der Technischen Universität Dresden. Er absolvierte das Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Geschichte an den Universitäten München, Straßburg und Ann Arbor (USA). Patzelt ist Gründungsprofessor des Dresdner Instituts für Politikwissenschaft, zudem Herausgeber der Buchreihe „Studien zum Parlamentarismus“ sowie Redakteur der „Zeitschrift für Parlamentsfragen“. Er ist Mitglied in der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft.



Alice Pawlik koordiniert als Referentin für Bildung und Vermittlung das ausstellungsbegleitende Programm der Galerie der Schader-Stiftung. Sie studierte Ethnologie, Kulturanthropologie und Psychologie an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Pawlik ist zudem Leiterin der Bild-, Film- und Medienabteilung des Weltkulturen Museums in Frankfurt am Main.



Prof. Dr.-Ing. Michael Peterek, geboren 1956, ist seit 2000 Professor für Städtebau und Entwerfen an der Frankfurt University of Applied Science und geschäftsführender Vorstand des Deutschen Werkbunds Hessen e.V. Peterek studierte Architektur und Städtebau an den Universitäten Berlin, Aachen und Bristol. Nach Tätigkeiten als Architekt und in Hochschulkooperationen promovierte er 1996 am Karlsruher Institut für Technologie mit Auszeichnung. Seit 2008 ist Peterek Studiengangsleiter des Masterstudiengangs Urban Agglomerations an der Frankfurt University of Applied Science.



Dr. Klaus-Dieter Pohl, geboren 1950, ist Kustos für Malerei und Plastik des 19. und 20. Jahrhunderts am Hessischen Landesmuseum Darmstadt. Er studierte Kunstgeschichte, Neuere Geschichte und Publizistik in Göttingen und Berlin. Pohl war für die Öffentlichkeitsarbeit an der Nationalgalerie Berlin zuständig und als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Historischen Museum Berlin tätig.



Dr. Johanna Possinger, geboren 1980, ist seit 2012 Leiterin der Fachgruppe Familienpolitik und Familienförderung am Deutschen Jugendinstitut in München. Sie absolvierte von 2000 bis 2005 Sprachen-, Wirtschafts- und Kulturraumstudien an der Universität Passau und der Universität Granada, Spanien, bevor sie 2012 an der Humboldt-Universität Berlin zur Dr. phil. promovierte. Von 2007 bis 2012 war sie wissenschaftliche Referentin für Familienpolitik beim Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. in Berlin.



Prof. Dr. Oliver Quiring, geboren 1969, ist seit 2009 Professor für Kommunikationswissenschaft am Institut für Publizistik der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Seit 2014 ist er Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Er studierte Kommunikationswissenschaft, Soziologie, Psychologie und Volkswirtschaft an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg und promovierte dort anschließend. Er habilitierte an der Ludwig-Maximilians-Universität in München. Quirings Forschungsschwerpunkte sind u.a. soziale, ökonomische und politische Kommunikation, Medienwandel und Medieninnovation.



Dr. Bettina Reimann, geboren 1967, ist seit 2001 wissenschaftliche Mitarbeiterin und Projektleiterin am Deutschen Institut für Urbanistik in Berlin. Ihr Arbeitsbereich umfasst Stadtentwicklung, Recht und Soziales mit den Schwerpunkten Bürgerbeteiligung, Integration, gesundheitsfördernde Stadtentwicklung, Evaluation und Begleitforschung. Reimann studierte Soziologie, Politologie und Stadtplanung an der Universität Bremen, der Freien Universität Berlin und der Columbia University, New York City, USA. 1999 folgte ihre Promotion zur Dr. rer. soc. an der Humboldt-Universität zu Berlin.



Prof. Dr. Lars Rinsdorf, geboren 1971, ist Professor für Journalistik an der Hochschule der Medien Stuttgart. Seine Forschungsschwerpunkte sind Rezeptionsforschung, Redaktionsmanagement, Forschung und Entwicklung in Medienunternehmen sowie Medienmarken. Er ist stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Rinsdorf gehört der Vorbereitungsgruppe der DGPK-Jahrestagung „Verantwortung – Gerechtigkeit – Öffentlichkeit“ an, die im Mai 2015 im Schader-Forum stattfinden wird.



Dr. Klaus Ritgen, geboren 1965, ist seit 2006 Referent des Deutschen Landkreistages in Berlin. Nach seiner Ausbildung zum Sparkassenkaufmann studierte er Rechtswissenschaften. Nach seiner Promotion war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und später an der Universität zu Köln tätig. Das Projekt „Integrationspotenziale ländlicher Regionen im Strukturwandel“ begleitete er im Projektbeirat.



Dr. André Ritter, geboren 1960, ist Direktor des Europäischen Instituts für interkulturelle und interreligiöse Forschung in Lichtenstein. Er studierte von 1981 bis 1988 Evangelische Theologie an den Universitäten Wuppertal, Tübingen, Bern und Zürich. Nach dem Vikariat promovierte Ritter 1997 an der Kirchlichen Hochschule Wuppertal mit einer Studie über trinitarisches Denken und Reden von Gott im Kontext des christlich-muslimischen Dialogs. Seit 2002 ist er Lehrbeauftragter an der Universität Luzern und seit 2012 an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg und der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe.



Dr. Tobias Robischon, geboren 1963, ist wissenschaftlicher Referent der Schader-Stiftung in Darmstadt. Er studierte Politikwissenschaft an der Universität Marburg und an der Freien Universität Berlin und promovierte am Kölner Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Stadtentwicklung im Kontext des sozialen und demographischen Wandels, Demokratie und Bürgerengagement sowie kommunale Bildungspolitik.



Prof. Dr. Josef Rützel, geboren 1943, ist emeritierter Professor für Berufspädagogik an der Technischen Universität Darmstadt. Rützel studierte Maschinenbau und Betriebstechnik am Polytechnikum Friedberg sowie Berufspädagogik, Psychologie und Rechtswissenschaften an der Technischen Hochschule Darmstadt. Er war Geschäftsführender Direktor im Verwaltungsrat des Studentenwerks der Technischen Universität Darmstadt und Ombudsmann für ausländische Studierende. Als Gastdozent lehrte er in Usbekistan sowie am Institut für Berufsbildung der Tongji Universität Shanghai.



Alois M. Schader, geboren 1928, war freiberuflich als beratender Bauingenieur tätig. 1988 gründete er die Schader-Stiftung in Darmstadt, deren Finanzvorbereiter er ist. 2013 wurde er mit der Leibniz-Medaille der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften ausgezeichnet.



Prof. Dr. Torsten Schäfer ist seit 2013 Professor für Journalismus und Textproduktion an der Hochschule Darmstadt. Nach dem Diplomstudiengang Lobbying/Public Affairs und Journalistik und dem Master-Studium der Politikwissenschaft, European Studies an den Universitäten Aachen, Brüssel, Tours (Frankreich) und Dortmund promovierte er an der Technischen Hochschule Aachen. Er arbeitete als Dozent, Autor, Text- und Online-Redakteur und zeichnet für die Koordination und Redaktionsleitung des Rechercheportals www.gruener-journalismus.de verantwortlich. Schäfer ist Kooperationspartner der Schader-Stiftung im Bereich Nachhaltige Kommunikation.



Ingrid Scheithauer, geboren 1956, ist als Publizistin, Beraterin und Moderatorin bei nationalen und internationalen Medienkongressen tätig. Nach dem Studium der Politik- und Kommunikationswissenschaften an den Universitäten Mainz, München und Stanford leitete sie ab 1984 das Medienressort der „Frankfurter Rundschau“. 2003 gründete sie das Beratungsbüro Ingrid Scheithauer. Die Medien- und Kommunikationsexpertin gehört verschiedenen Jurys von Medienpreisen an. Sie war Mitglied der Weizsäcker-Kommission und des Medienrats der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen.



Wiebke Schindel, geboren 1965, war seit 1992 im Stab des Hessischen Ministers für Landesentwicklung, Wohnen, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz und des Hessischen Ministerpräsidenten tätig. Sie leitet das Referat für Integrationsförderung und Modellprojekte der Integrationsabteilung im Hessischen Ministerium für Soziales und Integration. Schindel studierte Politikwissenschaft, Geschichte und Volkswirtschaft an der Technischen Universität Darmstadt. Das Projekt „Integrationspotenziale ländlicher Regionen im Strukturwandel“ begleitete sie im Projektbeirat.



Prof. Dr. Manfred G. Schmidt, geboren 1948, ist seit 2001 Professor für Politische Wissenschaften an der Universität Heidelberg. Er studierte Politische Wissenschaften und Anglistik an der Universität Heidelberg. Für seine Habilitationsschrift erhielt Schmidt den Stein Rokkan Prize for International Comparative Social Research der UNESCO. Schmidt hatte Lehraufträge für Politikwissenschaften an der Freien Universität Berlin und an der Universität Bremen inne. Er ist Mitglied im Beirat der „Zeitschrift für Politik“ und korrespondierendes Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Von 1998 bis 2006 gehörte er dem Kuratorium der Schader-Stiftung an.



Prof. Dr. Norbert F. Schneider, geboren 1955, ist seit 2009 Direktor des Bundesinstitutes für Bevölkerungsforschung. Er studierte Soziologie, Psychologie und Pädagogik an der Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg und der Universität Bamberg. 1986 promovierte Schneider und habilitierte 1994. Von 1997 bis 2009 lehrte er als Professor an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Er wurde 2010 Mitglied des Expertenrates Demografie beim Bundesministerium des Innern und Mitglied der Sachverständigenkommission zum Achten Familienbericht beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.



Prof. Dr. Uwe Schneidewind, geboren 1966, ist Präsident und wissenschaftlicher Geschäftsführer des Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie. Er studierte Betriebswirtschaftslehre an der Universität Köln und der HEC School of Management, Paris, und promovierte 1995 an der Universität St. Gallen, wo er 1998 habilitierte. Von 1998 bis 2010 war er Professor für Betriebswirtschaftslehre an der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg und amtierte von 2004 bis 2008 als Präsident der Universität. Seit 2010 ist er Professor für Innovationsmanagement und Nachhaltigkeit am Fachbereich Wirtschaftswissenschaft der Bergischen Universität Wuppertal.



Dr. Sonja Schnitzler, geboren 1974, studierte Sozialwissenschaften an der Ruhr-Universität Bochum und wurde im Jahr 2011 mit einer Arbeit über die Soziologie im Nationalsozialismus und das Verhältnis von Wissenschaft und Politik promoviert. Seit 2011 leitet sie die Geschäftsstelle der Deutschen Gesellschaft für Soziologie am Kulturwissenschaftlichen Institut Essen. Ihre wissenschaftlichen Arbeitsschwerpunkte sind Wissenschaftssoziologie, Wissenschaftsgeschichte und Historische Soziologie.



Dr. Christopher Scholtz, geboren 1972, ist seit 2014 Studienleiter für Politik und Religion an der Evangelischen Akademie Frankfurt. Er studierte Evangelische Theologie, Philosophie und Pädagogik an den Universitäten in Mainz, Pisa, Frankfurt und Göttingen. Scholtz ist Pfarrer der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, systemischer Organisationsentwickler und Coach. Bis 2013 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Goethe-Universität Frankfurt am Main.



Eva Claudia Scholtz ist Geschäftsführerin der Hessischen Kulturstiftung. Sie studierte Kunstgeschichte, klassische Archäologie und Südostasienwissenschaften an den Universitäten Bamberg und Frankfurt am Main. Sie beschäftigt sich seit 1990 mit Fragen der Kulturpolitik in Deutschland und in Europa. Seit 1991 ist sie für die Hessische Kulturstiftung tätig.



Prof. Dr. Dieter Schott, geboren 1954, ist seit 2004 Professor für Neuere Geschichte an der Technischen Universität Darmstadt. Er studierte von 1974 bis 1980 Geschichte, Anglistik und Politikwissenschaften an den Universitäten in Konstanz und Berlin. In Konstanz wurde er 1987 promoviert. Von 1985 arbeitete er in verschiedenen Positionen an der Technischen Universität Darmstadt, an welcher er sich 1996 habilitierte. Zwischen 2000 und 2004 hatte Schott den Lehrstuhl „History of Urban Planning“ an der University of Leicester inne. Seine Forschungsschwerpunkte sind Stadt- und Umweltgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts.



Dr. Ulrich Schreiterer ist seit 2008 Senior Researcher am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Projektgruppe der Präsidentin des Wissenschaftszentrums. Er studierte Soziologie, Geschichte und Germanistik an den Universitäten Marburg, Bielefeld und an der London School of Economics. Er war Projektleiter am Centrum für Hochschulentwicklung in Gütersloh sowie Senior Research Scholar am Center for International and Area Studies und Lecturer im Department of Sociology der Yale University.



Dr. Matthias Schulze-Böing ist seit 1995 Leiter des Amtes für Arbeitsförderung, Statistik und Integration der Stadt Offenbach und seit 2005 zusätzlich Geschäftsführer von MainArbeit - Kommunales Jobcenter Offenbach. Schulze-Böing studierte von 1974 bis 1980 Soziologie und Volkswirtschaftslehre an der Goethe-Universität Frankfurt. Er ist Vorstandsvorsitzender des Beschäftigungspolitik: kommunal e.V. sowie Sprecher des Bundesnetzwerks Jobcenter.



Prof. Dr. Dr. h.c. Gesine Schwan, geboren 1943, ist Leiterin der Humboldt-Viadrina Governance Platform gGmbH in Berlin. Sie studierte Romanistik, Geschichte, Philosophie und Politikwissenschaft in Berlin und Freiburg. Schwan war von 1999 bis 2008 Präsidentin der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder). Von 2004 bis 2009 war sie Koordinatorin der Bundesregierung für die deutsch-polnische Zusammenarbeit. Der breiten Öffentlichkeit wurde sie durch ihre Kandidatur für das Amt der Bundespräsidentin 2004 und 2009 bekannt. Von 2010 bis 2014 war Schwan Präsidentin der Humboldt-Viadrina School of Governance. Sie erhielt 2006 den Schader-Preis.



Prof. h. c. Dr. h.c. Winfried Seelisch, geboren 1943, ist Lehrbeauftragter für Sozialpolitik sowie Jugendsozialarbeit in Deutschland und Europa an der Evangelischen Hochschule Darmstadt. Dort ist er Verantwortlicher für die Ost-Partnerschaften des Deutschen Akademischen Austauschdienstes und den EURODIR. Er schloss sein Studium der Geschichte und der Politikwissenschaften an der Freien Universität Berlin 1968 mit dem Diplom ab. Bis 1978 arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Latein-Amerika-Institut der Freien Universität Berlin. Von 1979 bis 2009 war Seelisch Fachhochschullehrer an der Evangelischen Hochschule Darmstadt.



Prof. Dr. Hanns H. Seidler ist seit 2008 geschäftsführender Vorstand des Zentrums für Wissenschaftsmanagement Speyer. Er studierte an den Universitäten Frankfurt, Berlin und Freiburg Rechtswissenschaften und promovierte 1972. Seidler war Referent in der Präsidialabteilung sowie Kanzler der Technischen Universität Darmstadt und unter anderem Mitglied einer Expertenkommission des Bundesministeriums für Bildung und Forschung für ein neues Dienstrecht. Er war mehrfach als Gutachter des Stifterverbands für die deutsche Wissenschaft tätig. Seidler gehört seit 2014 dem Stiftungsrat der Schader-Stiftung an.



Prof. Dr. Stefan Selke, geboren 1967, ist Professor für das Lehrgebiet Gesellschaftlicher Wandel an der Hochschule Furtwangen. Er studierte Luft- und Raumfahrttechnik an der Universität Aachen und Soziologie, Philosophie, Anthropologie und romanische Literaturwissenschaften in Bonn. 2002 promovierte er im Fach Soziologie. Von 2010 bis 2012 war Selke Gründungsstudiendekan des Studiengangs Angewandte Gesundheitswissenschaften an der Hochschule Furtwangen. Er lehrt regelmäßig am Karlsruhe Institute of Technology. Selke ist Projektpartner der Schader-Stiftung im Themenfeld Öffentliche Wissenschaft. 2014 wurde er in den Kleinen Konvent der Schader-Stiftung gewählt.



Matthias W. Send, geboren 1960, ist seit 2007 Vorstand der HSE Stiftung sowie seit 2006 Bereichsleiter Unternehmenskommunikation und Public Affairs der HEAG Südthessische Energie AG. Seit 2008 ist Send Vorsitzender der Geschäftsführung NATURpur Institut für Klima- und Umweltschutz gGmbH. Von 1999 bis 2006 war er Geschäftsführer und Pressesprecher der IHK Frankfurt am Main. Send war zwischen 1991 und 1996 Büroleiter und persönlicher Referent verschiedener Abgeordneter der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag.



Dr. Dagmar Simon, geboren 1954, ist seit 2008 Leiterin der Forschungsgruppe Wissenschaftspolitik am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung sowie seit 2013 Geschäftsführerin der TU-Campus EUREF gGmbH. Simon studierte von 1972 bis 1973 Politische Wissenschaft und Germanistik an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. 1986 folgte ihre Promotion an der Freien Universität Berlin. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Wissenschaftsforschung, Organisationsforschung und Genderforschung.



Dr. Frank Simon, geboren 1961, ist Inhaber eines Beratungsunternehmens für betriebliches Nachhaltigkeitsmanagement und Mitglied im Vorstand des Deutschen Netzwerks Wirtschaftsethik. Nach der Ausbildung zum Industriekaufmann studierte er Betriebswirtschaftslehre an den Universitäten Hagen und Münster, anschließend folgte die Promotion. Der Schwerpunkt seiner internationalen beruflichen Tätigkeit liegt im Lebensmittel- und Dienstleistungsbereich. Im Rahmen der DNWE-Tätigkeit setzt er sich für eine Stärkung der Rolle der Ethik in der Wirtschaft ein.



Loring Sittler, geboren 1951, ist seit 2008 Leiter des Zukunftsfonds der Generali Deutschland Holding AG. 1991 war er Initiator des Bundeswettbewerbs Jugend debattiert. Sittler studierte von 1972 bis 1979 Anglistik, Geschichtswissenschaften und Politik an den Universitäten Freiburg und Gießen. Er gab 2012 die Generali Altersstudie in Zusammenarbeit mit dem Institut für Demoskopie Allensbach und 2013 in Zusammenarbeit mit dem Institut für Gerontologie der Universität Heidelberg die Generali Hochaltrigenstudie heraus. Sittler ist Träger des Bundesverdienstkreuzes und des Otto-Mühschlegel-Preises 2013.



Prof. Dr. Annette Spellerberg ist seit 2008 Professorin für Stadtsoziologie an der Technischen Universität Kaiserslautern. Sie absolvierte ihr Studium der Soziologie, Politik, Psychologie und Pädagogik an der Freien Universität Berlin. Sie war u.a. wissenschaftliche Mitarbeiterin am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung in der Abteilung Sozialstruktur und Sozialberichterstattung und wissenschaftliche Assistentin an der Universität Bamberg. Spellerberg ist Mitglied in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie und der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung.



Prof. Dr. Christian Stegbauer ist Professor für Soziologie an der Universität Frankfurt. Er studierte Soziologie, Sozialpsychologie, Statistik und Wirtschaftsgeographie in Frankfurt. Stegbauer war Projektmitarbeiter an der Technischen Universität Darmstadt, Statistiker bei Nielsen-Marketing Research und wissenschaftlicher Mitarbeiter und Assistent an der Universität Frankfurt. Stegbauer hatte zudem Lehrstuhlvertretungen an den Universitäten Jena und Siegen inne. Er ist Mitherausgeber der Zeitschrift „kommunikation@gesellschaft“ und Sprecher der Sektion Soziologische Netzwerkforschung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie.



Dr. Christian Steuerwald ist Vertreter der Professur für Soziologie der Sozialstruktur und der sozialen Ungleichheit an der Universität Mainz. Er studierte Soziologie, Politikwissenschaft und Rechtswissenschaften. Seit 2005 ist Steuerwald wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Universität Mainz. Er war zwischen 2008 und 2013 beratend für den Arbeitsbereich Kunst und Gesellschaft der Schader-Stiftung tätig. Seine Arbeitsschwerpunkte sind u.a. die Theoretische Soziologie sowie Gesellschaftsvergleiche, Sozialstrukturen und soziale Ungleichheiten.



Prof. Dr. Dr. h.c. Günter Stock, geboren 1944, ist Mediziner und seit 2006 Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Er studierte Medizin in Heidelberg. Stock war von 1980 bis 1983 Professor für das Fach Vegetative Physiologie in Heidelberg, wechselte dann zur Schering AG, wo er von 1989 bis 2005 Mitglied im Vorstand war. Von 2001 bis 2007 war er Senator und Mitglied des Kuratoriums der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Stock war von 1992 bis 2007 Mitglied des Wissenschaftsrates und bis 2011 Vizepräsident der Max-Planck-Gesellschaft. Seit 2008 ist er Präsident der Union der deutschen Akademien der Wissenschaften.



Philipp Stolzenberg, geboren 1985, studierte Politikwissenschaften und Öffentliches Recht an der Universität Rostock und der Technischen Universität Darmstadt. Als Koordinator des Forschungsschwerpunktes Stadtforschung der Technischen Universität Darmstadt und als Projektmanager der „wer denkt was GmbH“ sind Bürgerbeteiligungsverfahren und Haushaltspolitik auf kommunaler Ebene seine Arbeitsschwerpunkte.



Günther Teufel, geboren 1946, ist Diplomwirtschaftsingenieur i.R. und weiterhin als Berater tätig. Er studierte Wirtschaftsingenieurwesen an der Technischen Hochschule Darmstadt. Teufel war für verschiedene Privatbanken beratend tätig. Sein Arbeitsschwerpunkt ist die Strukturierung von Privat-, Stiftungs- und anderem Vermögen. Er war Mitglied der Kuratoriumsleitung und von Dezember 2012 bis Mai 2013 Vorsitzender des Vorstands der Schader-Stiftung.



Christian Thiel, geboren 1981, ist seit 2012 für das Geschäft von LSE Enterprise in Deutschland und Zentraleuropa verantwortlich. LSE Enterprise ist das auf Beratung sowie individuelle Aus- und Weiterbildungsprogramme spezialisierte Tochterunternehmen der London School of Economics and Political Science. Bis 2007 studierte Thiel am LSE European Institute. Danach fungierte er als Senior Associate in einer Kommunikationsagentur und beriet verschiedene Unternehmen sowie staatliche und nichtstaatliche Institutionen im In- und Ausland.



Prof. Dr. Peter F. Titzmann, geboren 1973, ist Assistenzprofessor für Lebenslauf- und Kompetenzentwicklung im Kindes- und Jugendalter an der Universität Zürich. Er studierte an der Universität Greifswald Psychologie und promovierte, neben seiner Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter, an der Universität Jena. Seine Forschungsinteressen liegen auf dem Gebiet der Migration und Akkulturation, wobei er sich unter anderem mit Themen wie der Entstehung interethnischer Freundschaften und den Faktoren für die Entstehung von Delinquenz bei jugendlichen Immigranten beschäftigt. Titzmann ist Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Psychologie.



Rüdiger Trojok, geboren 1986, ist Molekularbiologe, Künstler und Biohacker. Er hat System- und Synthetische Biologie an den Universitäten Potsdam, Kopenhagen (DTU) und Freiburg studiert und arbeitet seit 2012 für das Technikfolgen-Abschätzungsbüro beim Deutschen Bundestag und für die Universität Karlsruhe. Dort erforscht er neue Wege, wissenschaftliche Erkenntnisse der Lebenswissenschaften gesellschaftlich nutzbar zu machen. Darüber hinaus unterstützt er die Open-Source Biotechnologie-Bewegung in der Öffentlichkeit und den Künsten und möchte interessierten Bürgern ein molekulares Verständnis der Zusammenhänge zwischen Natur und Zivilisation vermitteln.



Prof. Dr. Joachim Valentin, geboren 1965, ist Direktor des Katholischen Zentrums Haus am Dom und Außerplanmäßiger Professor der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Er studierte von 1986 bis 1992 Katholische Theologie, Philosophie und klassische Philologie an der Universität Freiburg und promovierte dort 1996 im Fach Fundamentalthologie. Valentin war von 1998 bis 2005 Assistent und Oberassistent am Arbeitsbereich Religionsgeschichte in Freiburg und absolvierte von 1996 bis 1998 im Bistum Limburg eine Ausbildung zum Pastoralreferenten. Valentin ist unter anderem Mitglied des Rundfunkrates des Hessischen Rundfunks und der Filmkommission der Deutschen Bischofskonferenz.



Prof. Dr. Michael Vilain, geboren 1969, ist seit 2008 Professor für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre an der Evangelischen Hochschule Darmstadt. Er studierte Betriebswirtschaftslehre, Politikwissenschaft und Wirtschaftspolitik. Vilain war von 2000 bis 2003 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsschwerpunkt Wohlfahrtsverbände/Sozialwirtschaft an der Fachhochschule Düsseldorf, ab 2003 am Institut für Politikwissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Von 2004 bis 2006 war er Geschäftsführer des Zentrums für Nonprofit-Management. Vilain hatte Vertretungsprofessuren an der Fachhochschule im Deutschen Roten Kreuz Göttingen und der Fachhochschule Nordhausen inne.



Prof. Dr. Gerhard Vowe, geboren 1953, ist seit 2004 Professor für Kommunikations- und Medienwissenschaft am Institut für Sozialwissenschaften der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Er studierte Politische Wissenschaften und Geschichte sowie Informations- und Dokumentationswissenschaft an der Freien Universität Berlin. Bis 1997 arbeitete er an der Humboldt-Universität Berlin, am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln sowie als Gastprofessor an der Hochschule der Künste Berlin. 1998 wurde er Professor für Politik und Medien an der Technischen Universität Ilmenau. Seit 2011 ist er Sprecher der DFG-Forscherguppe „Politische Kommunikation in der Online-Welt“.



Ruth Wagner ist seit 2008 Vorsitzende des Kuratoriums des Kulturfonds Frankfurt RheinMain. Sie war von 1999 bis 2003 Hessische Ministerin für Wissenschaft und Kunst sowie Stellvertreterin des Ministerpräsidenten. Wagner studierte Germanistik, Geschichte und Politikwissenschaft an der Goethe-Universität Frankfurt am Main und war von 1968 bis 1976 Gymnasiallehrerin in Darmstadt. Sie war von 1987 bis 2008 Mitglied des Hessischen Landtags und in zwei Legislaturperioden Vizepräsidentin des Parlaments. Von 1994 bis 1999 war sie Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion und von 1995 bis 2005, als erste Frau einer Partei in Hessen, Vorsitzende der Hessischen FDP.



Prof. Dr. Ismeni Walter, geboren 1967, ist seit 2014 Professorin im Studiengang Ressortjournalismus an der Hochschule für angewandte Wissenschaften Ansbach. Walter studierte Biologie an der Technischen Universität München. Nach einem Forschungsjahr an der Harvard Medical School promovierte sie auf dem Gebiet der marinen Ökotoxikologie an der Universität Hamburg. Sie arbeitet als freie Journalistin für Wissenschaft und Umwelt mit Schwerpunkt audiovisuelle Medien/TV in Köln, vorwiegend für die Programmgruppe Wissenschaft des WDR.



Prof. Dr. h.c. Johannes Weiß, geboren 1941, ist Professor für Soziologische Theorie und Philosophie der Sozialwissenschaften an der Universität Kassel. Er studierte Philosophie, Soziologie und Psychologie an den Universitäten Köln, Bonn und Freiburg. Weiß promovierte im Fach Philosophie an der Universität zu Köln und habilitierte sich 1975 an der Universität Duisburg für das Lehrgebiet Soziologie und Philosophie der Sozialwissenschaften. Von 1991 bis 1993 war er Gründungsdirektor und Vorsitzender der Gründungskommission des Instituts für Kulturwissenschaften der Universität Leipzig. Weiß hatte Gastprofessuren an den Universitäten Trient, Salzburg und Göttingen inne.



Prof. Julian Wékel, geboren 1951, ist seit 2001 Professor für das Fachgebiet Entwerfen und Stadtplanung an der Technischen Universität Darmstadt. Er studierte Architektur und Städtebauvertiefung in Wien und Berlin. Wékel war in der Hamburger Bauverwaltung tätig und Leiter der Stadtplanungsdezernate in Frankfurt und Berlin. 2008 wurde er in das Kuratorium Nationale Stadtentwicklungspolitik berufen, 2010 in den Beirat für Raumentwicklung beim Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Er lehrt u.a. an Universitäten in Paris, Ho Chi Minh Stadt und Berkeley. Wékel war bis 2013 Kurator der Schader-Stiftung und wurde 2014 in den Kleinen Konvent der Stiftung gewählt.



Prof. Dr. Petra Werner, geboren 1966, ist Professorin für Journalistik im Studiengang Online-Redakteur und Geschäftsführende Direktorin des Instituts für Informationswissenschaft an der Fachhochschule Köln. Sie studierte Journalistik und Sozialwissenschaften, war als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Journalistik der Universität Dortmund tätig und promovierte dort. Werner gehört der Vorbereitungsgruppe zur Jahrestagung 2015 der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an, die im Mai 2015 im Schader-Forum stattfinden wird.



Dr. Birgit Wetzel ist seit 2002 freiberufliche Wirtschaftsjournalistin. Sie studierte Ökonomie, Geschichte, Slawistik und Amerikanistik an der Freien Universität Berlin sowie an der Universität Hamburg und promovierte an der Freien Universität Berlin. Ihr Schwerpunkt ist das Thema Energie in Osteuropa, Kaukasien und Zentralasien. Sie veröffentlicht unter anderem im Bayrischen Rundfunk, Deutschlandfunk und für „Die Zeit“.



Prof. Dr. Christine Wimbauer, geboren 1973, ist seit 2014 Professorin für Mikrosociologie mit Schwerpunkt Geschlechterverhältnisse an der Eberhard Karls Universität Tübingen. Sie studierte von 1994 bis 1999 Soziologie, Psychologie und Rechtswissenschaften an der Ludwig-Maximilians-Universität München und promovierte dort 2003 zur Dr. phil. Von 2006 bis 2010 leitete Wimbauer die Emmy-Noether-Nachwuchsgruppe Liebe, Arbeit, Anerkennung – Anerkennung und Ungleichheit in Doppelkarriere-Paaren. 2011 habilitierte Wimbauer und war von 2011 bis 2014 Professorin mit Schwerpunkt Soziale Ungleichheit und Geschlecht an der Universität Duisburg-Essen.



Dr. Mathias Winde, geboren 1973, ist Programmleiter Hochschulpolitik und -organisation beim Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft. Er studierte deutsche Philologie, Politikwissenschaft und Geschichte an der Universität zu Köln und an der University of Warwick, Großbritannien. Er wurde an der Universität zu Köln im Jahr 2001 promoviert und war beim Institut der deutschen Wirtschaft tätig. Er hat zu Themen der Hochschulbildung und Hochschulfinanzierung publiziert und ist Mitglied im Arbeitskreis Hochschule – Wirtschaft der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.



Karin Wolff MdL, geboren 1959, ist Staatsministerin a.D. und Mitglied des Hessischen Landtages. Sie studierte Geschichte und Theologie an den Universitäten Mainz und Marburg. Wolff war Studienrätin der Edith-Stein-Schule in Darmstadt. Wolff war von 1999 bis 2008 Hessische Kultusministerin. Sie war stellvertretende Ministerpräsidentin, stellvertretende Landesvorsitzende der CDU Hessen und Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Hessen, zudem Stadtverordnete in Darmstadt. Von 1992 bis 2010 war Wolff Mitglied der Kirchensynode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Wolff gehört seit 2014 dem Stiftungsrat der Schader-Stiftung an.



Felix Wurm, geboren 1964, ist Diplom Sozialwissenschaftler und seit 1994 Geschäftsführer der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Er studierte Politikwissenschaft, Philosophie und Geschichte an der Universität Duisburg sowie Public Affairs an der Indiana University of Pennsylvania, USA. Von 2007 bis 2013 war er Generalsekretär der European Confederation of Political Science Associations. Wurm ist seit 2011 Mitglied im Rat der Stadt Osnabrück.



Dr. Lukas Zenk, geboren 1980, ist seit 2006 Forscher und Projektleiter an der Donau-Universität Krems sowie seit 2004 Dozent an der Technischen Universität Wien. Zenk studierte von 2000 bis 2006 Wirtschaftsinformatik, Soziologie und Psychologie an der Universität Wien und an der Technischen Universität Wien. Er promovierte 2012 im Bereich der Angewandten Netzwerkforschung an der Universität Wien. Sein Forschungsschwerpunkt liegt im Bereich der Innovationsnetzwerke: Er untersucht wie sich Menschen in Organisationen und bei Veranstaltungen vernetzen und wie dadurch Innovationen entstehen.



Prof. Dr. Karsten Zimmermann, geboren 1970, ist seit 2012 Professor für Europäische Planungskulturen an der Fakultät Raumplanung der Technischen Universität Dortmund. Er studierte von 1992 bis 1999 Sozialwissenschaften an der Leibniz Universität Hannover und absolvierte von 1998 bis 1999 den Aufbaustudiengang Regionalwissenschaften Lateinamerika an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. 2004 promovierte Zimmermann an der Leibniz Universität Hannover und habilitierte 2010 im Fach Politikwissenschaften. Seit 2004 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter und seit 2011 Gastprofessor am Institut für Politikwissenschaft der Technischen Universität Darmstadt.



Brigitte Zypries MdB, geboren 1953, ist Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie. 1991 wurde sie Referatsleiterin, 1997 Abteilungsleiterin in der Niedersächsischen Staatskanzlei. Von 1997 bis 2002 war sie beamtete Staatssekretärin, bis 1998 im Niedersächsischen Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales, von 1998 bis 2002 im Bundesministerium des Inneren. Zypries war von 2002 bis 2009 Bundesministerin der Justiz. Seit 2005 ist sie direkt gewählte Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Darmstadt und Darmstadt-Dieburg. Zypries ist seit 2014 Mitglied im Stiftungsrat der Schader-Stiftung.



Die Mitglieder des Großen Konvents wählen jeweils bei ihrer Jahrestagung im November aus den Reihen der Gesellschaftswissenschaftlerinnen und Gesellschaftswissenschaftler einen Kleinen Konvent, der als zentrales Beratungs- und Begutachtungsgremium die Aufgabe hat, mit dem Vorstand gemeinsam die kommende Konventstagung vorzubereiten, Förderanträge zu begutachten und die Stiftung in wissenschaftlichen Fragen zu beraten.

Der Kleine Konvent besteht aus sechs Personen und hat die Möglichkeit, ein weiteres Mitglied als Vertretung des akademischen Nachwuchses zu kooptieren. Zu Beginn des Jahres 2014 wurden die ersten drei Mitglieder des Kleinen Konvents durch den Stifter berufen:

- Prof. Dr. Stephan Lessenich
Institut für Soziologie, Ludwig-Maximilians-Universität München
- Prof. Dr. Gabriele Abels
Institut für Politikwissenschaft, Eberhard Karls Universität Tübingen
- Prof. Dr. Klaus-Dieter Altmeppen
Fachgebiet Journalistik, Katholische Universität Eichstätt

Die Wahl zum Kleinen Konvent unterliegt folgenden Grundregeln:

- Wählbar sind Gesellschaftswissenschaftlerinnen und Gesellschaftswissenschaftler im Verständnis von § 2 (2) der Satzung.
- Es muss mindestens je ein Mitglied des Kleinen Konvents dem Bereich der Soziologie, der Politikwissenschaft sowie der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft angehören.
- Es dürfen nicht gleichzeitig mehrere Mitglieder des Kleinen Konvents einer Hochschule oder einem Institut angehören.
- Gewählt werden immer drei Mitglieder auf jeweils zwei Jahre.
- Das passive Wahlrecht ist nicht an die Präsenz bei der Tagung des Großen Konvents gebunden.
- Das aktive Wahlrecht kann nur persönlich während der Tagung des Großen Konvents wahrgenommen werden.

- Eine direkte Wiederwahl ist einmalig möglich. Nach dem Ausscheiden aus dem Kleinen Konvent ist eine spätere Wiederwahl ebenfalls möglich. Dabei gelten die Erstberufungen in diesem Sinne nicht als Wahl.
- Die Wahlliste wird von Vorstand und amtierendem Kleinen Konvent aufgestellt.
- Ab 2015: Nach der Übersendung der Wahlliste sind bis zum Beginn des Großen Konvents weitere Nennungen möglich.
- Der Kleine Konvent soll ein jüngeres Mitglied aus dem Bereich der Gesellschaftswissenschaften kooptieren. Für dieses stimmberechtigte Mitglied gilt eine Berufungszeit von zwei Jahren.

Die Wahl zum Kleinen Konvent wurde ordnungsgemäß während der Jahrestagung des Großen Konvents am 14. November 2014 vollzogen. Die Kandidierenden hatten Gelegenheit, sich persönlich vorzustellen. Die Wahlbeteiligung lag bei 82 %. Jedes Mitglied des Großen Konvents hatte drei Stimmen. Dabei entfielen auf die Kandidierenden Stimmen in folgender prozentualer Verteilung:

Prof. Dr. Ursula Münch	95 %
Prof. Dr. Stefan Selke	81 %
Prof. Dipl.-Ing. Julian Wékel	90 %

Prof. Dr. Ursula Münch, geboren 1961, ist seit 2011 Direktorin der Akademie für Politische Bildung Tutzing. Von ihrer Tätigkeit am Institut für Politikwissenschaft der Universität der Bundeswehr München, wo sie seit 1999 die Professur für Innenpolitik und Vergleichende Regierungslehre inne hatte, ist sie derzeit beurlaubt. Münch studierte Politikwissenschaft, Kommunikationswissenschaft, Psychologie und Neuere Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München. 1989 promovierte sie dort im Fach Politikwissenschaft. Nach Forschungsaufenthalten in den USA an der New York University und als Visiting Assistant Professor an der University of Minnesota, Minneapolis, habilitierte Münch 1996 zum Thema Sozialpolitik und Föderalismus. Sie war zunächst Prodekanin und von 2009 bis 2011 Dekanin der Fakultät für Staats- und Sozialwissenschaften an der Universität der Bundeswehr. Münch ist unter anderem Mitglied der Enquete-Kommission des Bayerischen Landtags „Reform des Föderalismus – Stärkung der Landesparlamente“ und externes Mitglied im Hochschulrat der Ludwig-Maximilians-Universität München. Sie ist Vorsitzende des Kuratoriums der Katholischen Stiftungsfachhochschule München.

Prof. Dr. Stefan Selke, geboren 1967, wurde 2008 für das Lehrgebiet Mediensoziologie an die Hochschule Furtwangen berufen und vertritt dort seit 2011 das Lehrgebiet Gesellschaftlicher Wandel. Er studierte Luft- und Raumfahrttechnik an der Universität Aachen und Soziologie, Philosophie, Anthropologie und romanische Literaturwissenschaften an der Universität Bonn. 2002 promovierte er im Fach Soziologie. Von 1998 bis 2002 war er Projektleiter beim infas Institut für empirische Sozialwissenschaft GmbH in Bonn. Von 2003 bis 2004 leitete er das vom Ministerium für Wissenschaft und Kunst in Baden-Württemberg geförderte Genderforschungsprojekt Technology and Gender in Applied Sciences. Nach einer Lehrstuhlvertretung für das Fach Soziologie an der Fachhochschule Villingen-Schwenningen war er von 2006 bis 2008 als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe in der Abteilung Soziologie sowie am Institut für Regionalwissenschaften der Universität Karlsruhe in einem internationalen Masterstudiengang tätig. Von 2010 bis 2012 war Selke Gründungsstudien- und Studiengangdekan des Studiengangs Angewandte Gesundheitswissenschaften an der Hochschule Furtwangen. Seit 2013 ist er dort Prodekan der Fakultät Gesundheit, Sicherheit, Gesellschaft sowie seit 2011 Senatsbeauftragter für Nachhaltige Entwicklung. Er lehrt regelmäßig am Karlsruhe Institute of Technology. Selke ist Projektpartner der Schader-Stiftung im Themenfeld Öffentliche Wissenschaft.

Prof. Dipl.-Ing. Julian Wékel, geboren 1951, ist seit 2001 Professor für das Fachgebiet Entwerfen und Stadtplanung an der Technischen Universität Darmstadt. Er absolvierte das Studium der Architektur und Städtebauvertiefung an den Technischen Universitäten Wien und Berlin. Wékel war in der Hamburger Bauverwaltung tätig und Leiter der Gesamtplanung im Planungsdezernat der Stadt Frankfurt am Main sowie der Stadtplanung, Stadtentwicklung und Landschaftsplanung in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin. Er ist Mitglied der Akademie für Raumforschung und Landesplanung und gehört den Präsidien der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung sowie der Forschungsgesellschaft für Landschaftsentwicklung und Landschaftsbau an. 2008 wurde er in das Kuratorium Nationale Stadtentwicklungspolitik berufen, 2010 in den Beirat für Raumentwicklung beim Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Er lehrt unter anderem an der Universität Sciences Politiques, Paris, der Deutsch-Vietnamesischen Universität Ho Chi Minh Stadt und an der University of California, Berkeley. Wékel war bis 2013 Kurator der Schader-Stiftung.

„Wenn die Schader-Stiftung mich als Stadtplaner zu den Gesellschaftswissenschaftlern zählt, entspricht das absolut meinem Selbstverständnis. Ich begreife mich also als Gesellschaftswissenschaftler und ich begreife mich weiterhin als jemand, der eher aus der Praxis die Brücke in die Wissenschaft zu stärken versucht. Ich tue das im Moment in besonderer Weise auf dem Feld der nationalen Stadtentwicklungspolitik. Dies ist ein Feld, das natürlich ganz eng mit den Begriffen verbunden ist, die heute bereits im Großen Konvent anklängen, sowohl der Begriff der Nachhaltigkeit als auch der Bereich der Governance.“

Prof. Dipl.-Ing. Julian Wékel

„Die Entscheidung, mich von der Universität der Bundeswehr zumindest vorübergehend beurlauben zu lassen, um an die Akademie für politische Bildung zu gehen, ist eine Entscheidung, die im Grunde relativ viel Deckungs- oder Schnittflächen mit der Schader-Stiftung aufweist. Im Unterschied zu einem reinen Lehrstuhl für Politikwissenschaft bietet diese spezielle Akademie als politisch unabhängige Einrichtung die Möglichkeit und den gesetzlichen Auftrag, eine Verbindung zwischen den Wissenschaften und der Praxis herzustellen. Mir ist es ein Anliegen, diesen Bezug nicht nur zur politischen Praxis herzustellen, sondern auch, um damit zwischen Erkenntnissen von Wissenschaft und gesellschaftlichem Leben zu vermitteln.“

Prof. Dr. Ursula Münch

„Mein Interesse für eine Zusammenarbeit mit der Schader-Stiftung ist vielfältig, es gibt dazu nicht nur einen Zugang. In verschiedenen Projekten beschäftige ich mich mit lokaler Wissensarchäologie und versuche auch, neue experimentelle Formen der Bürgerbeteiligung, des Dialogs zu erproben. Ein wichtiger Forschungsstrang ist für mich die öffentliche Wissenschaft. Die Deutsche Gesellschaft für Soziologie hat die Initiative „DGS goes public“ initiiert. Ich knüpfe da mit einem Projekt an, dem Public Science Lab, einem Experimentierraum für Nachwuchswissenschaftler. Für solche Experimentierräume, narrative Formen, Dialog- und Beteiligungsformate möchte ich mich einbringen, so kreativ wie möglich.“

Prof. Dr. Stefan Selke

Einmal jährlich führt ein Großer Konvent die Partnerinnen und Partner der Schader-Stiftung zusammen. Diesem Konvent gehören neben aktuellen Projektpartnern die Mitglieder der Organe, Gremien und Arbeitskreise der Stiftung an.

Unter dem Leitwort „Nachhaltigkeit im Dialog“ tagte am 14. November 2014 der zweite Große Konvent der Schader-Stiftung. Vertreterinnen und Vertreter aus Gesellschaftswissenschaften, Praxis, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, aus Wissenschaftsmanagement und angewandter Wissenschaft, Verbänden und nichtstaatlichen Organisationen begleiteten gemeinsam die inhaltliche Entwicklung der Stiftung.

Die vorliegende Dokumentation informiert über den Großen Konvent 2014, die Teilnehmenden und die Wahl zum Kleinen Konvent.

www.schader-stiftung.de/GrKo14